

KAS AUSLANDSINFORMATIONEN

ISLAM UND PARTEIEN

■ **Ausnahme oder Vorreiter?
Der politische Islam in
Marokko**

Helmut Reifeld

■ **Zwischen Religion, Extre-
mismus und Regierungsver-
antwortung: Der politische
Islam in den Palästinensi-
schen Gebieten**

Jörg Knocha / Hans Maria Heÿn

■ **Islamische Parteien und
Demokratie in Indonesien –
Erfahrungen aus dem größten
muslimischen Land der Welt**

Jan Woischnik / Philipp Müller

■ **ArgenChina: Die chinesische
Präsenz in Argentinien**

John Stokes



KAS
AUSLANDSINFORMATIONEN
10|13



Konrad
Adenauer
Stiftung

ISSN 0177-7521

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
29. Jahrgang

Klingelhöferstraße 23

D-10785 Berlin

Telefon (030) 2 69 96-33 83

Telefax (030) 2 69 96-35 63

Internet: <http://www.kas.de>

<http://www.kas.de/auslandsinformationen>

E-Mail: stefan.burgdoerfer@kas.de

Bankverbindung:

Commerzbank Bonn

Kontonr.: 10 3333 100 BLZ: 380 400 07

IBAN: DE43 3804 0007 0103 3331 00

BIC: COBADEFFXXX

Herausgeber:

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktion:

Frank Priess

Dr. Wolfgang Maier

Thomas Birringer

Gisela Elsner

Dr. Stefan Friedrich

Dr. Beatrice Gorawantschy

Jens Paulus

Verantwortlicher Redakteur:

Stefan Burgdörfer

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Bezugsbedingungen:

Die KAS-Auslandsinformationen erscheinen
zwölfmal im Jahr. Der Bezugspreis für zwölf
Hefte beträgt 50,- € zzgl. Porto. Einzelheft
5,- €. Schüler und Studenten erhalten einen
Sonderrabatt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um
ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis
zum 15. November eines Jahres schriftlich
abbestellt wird.

Bestellungen: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
(obige Anschrift)

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den
KAS-Auslandsinformationen.

Übersetzung: RedKeyTranslation, Hannover

Satz: racken, Berlin



CO₂-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach DIN ISO 12647-2
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier, das mit dem
europäischen Umweltzeichen (EU Ecolabel: FR/011/003) ausge-
zeichnet ist.

Inhalt

4 | EDITORIAL

Islam und Parteien

6 | AUSNAHME ODER VORREITER? DER POLITISCHE ISLAM IN MAROKKO

Helmut Reifeld

24 | ZWISCHEN RELIGION, EXTREMISMUS UND REGIERUNGSVERANTWORTUNG: DER POLITISCHE ISLAM IN DEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN

Jörg Knocha / Hans Maria Heÿn

63 | ISLAMISCHE PARTEIEN UND DEMOKRATIE IN INDONESIEN – ERFAHRUNGEN AUS DEM GRÖSSTEN MUSLIMISCHEN LAND DER WELT

Jan Woischnik / Philipp Müller

Andere Themen

86 | ARGENCHINA: DIE CHINESISCHE PRÄSENZ IN ARGENTINIEN

John Stokes



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Anfang Oktober sind die Anhänger der ägyptischen Muslimbruderschaft wieder auf der Straße. In gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften protestieren sie gegen die Absetzung des gewählten Präsidenten Mohammed Mursi im Juni, der von der Armee an einem geheimen Ort festgehalten wird. Unterdessen ist die Mehrzahl der führenden Kräfte der Muslimbruderschaft in Haft. Damit wurde der wichtigste Akteur des politischen Islam in Nordafrika, wie schon zu Zeiten des ehemaligen Machthaber Hosni Mubarak, in die Illegalität gedrängt. In anderen Ländern der Region sind die islamistischen Kräfte dagegen noch immer an der Macht. Marokko zum Beispiel wird von einer islamistischen Partei regiert, wenn auch unter der Prägung des Königs, wie Helmut Reifeld in dieser Ausgabe ausführt.

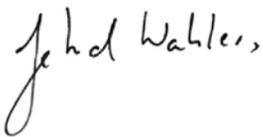
Von einigen hoffnungsvoll stimmenden Ausnahmen abgesehen: In Ägypten wie in anderen Staaten der Region haben sich die Erwartungen, die mit dem „Arabischen Frühling“ verbunden waren, bislang nicht erfüllt. In demokratischen Wahlen kamen islamistische Parteien an die Macht, deren politische Überzeugungen nicht unbedingt mit den Ideen übereinstimmen, die von den protestierenden, zumeist jungen Menschen vertreten wurden: Freiheit und Recht, Beteiligung und Pluralismus. Stattdessen bemühten sie sich um die Sicherung ihrer Macht – verbunden mit dem Ziel, keinem anderen demokratisch gewählten politischen Akteur mehr weichen zu müssen, und mit der Überzeugung, dass sie allein den von Gott gewollten Staat schaffen könnten.

Die Etablierung von demokratisch gewählten Parteien des politischen Islam in vormals säkular-autoritär regierten Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas hat vielfach die Frage aufgeworfen, ob es sich hier um natürliche Partner derjenigen deutschen Parteien handeln könnte, die das

„C“ im Namen führen. Hier gibt es jedoch eine wesentliche Unterscheidung, und diese besteht nicht im Unterschied zwischen Christentum und Islam, sondern im Unterschied zwischen religiösen Parteien und Parteien mit religiöser Wertorientierung. Christdemokraten berufen sich heute in ihrem politischen Denken und Handeln auf das christliche Menschenbild und damit auf die Würde jedes einzelnen Menschen, die freiheitliche Willensbildung und die Gleichheit aller Menschen. Sie verstehen die Heilige Schrift jedoch nicht als politische Handlungsanweisung, die es eins zu eins umzusetzen gilt.

Im Dialog mit Vertretern des politischen Islam erleben wir, dass es nicht an Bekundungen fehlt, sich für Pluralismus, Toleranz und Demokratie einzusetzen. Doch aus den Erfahrungen sollten wir die Lehre ziehen, islamistische politische Akteure an ihren Taten und nicht an ihren Worten zu messen. Wer für die genannten Prinzipien eintritt, muss auch die Frage, ob er sich für die Freiheit der Religionsausübung einsetzt, eindeutig mit Ja beantworten. Wer christlichen Glauben praktiziert und auch wer zum Christentum übertritt muss in islamischen Ländern umfassend geschützt werden. Vielfach ist leider das Gegenteil der Fall, und daran haben die Ereignisse des „Arabischen Frühlings“ wenig geändert.

Im In- und Ausland führt die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Vielzahl von Projekten durch, um bürgergesellschaftliches Engagement von Muslimen zu fördern. Gleichzeitig arbeiten wir in Deutschland und weltweit mit einer Reihe von Experten zusammen, die sich mit dem Thema „Islam und Demokratie“ beschäftigen. Wir suchen den Dialog, auch mit Akteuren des politischen Islam. Die Nagelprobe bleibt hier jedoch die Einstellung unserer Gesprächspartner zu Demokratie und Rechtsstaat und nicht zuletzt zum Schutz der religiösen Minderheiten.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de



Dr. Helmut Reifeld ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Marokko.

AUSNAHME ODER VORREITER?

DER POLITISCHE ISLAM IN MAROKKO

Helmut Reifeld

Schon bald nach dem Beginn des „arabischen Frühlings“ wurde die *exception marocaine*, die Ausnahme Marokko, eines der beliebtesten Themen in den Medien und den öffentlichen Diskussionen in Marokko. Die politischen Gründe, die für diese Ausnahmestellung angeführt werden können, liegen in der jüngeren Geschichte des Landes: An oberster Stelle ist dies die Existenz einer stabilen Monarchie sowie insbesondere die Reformpolitik des jetzigen Königs, Mohammed VI., die auch gern als *culture de l'anticipation* bezeichnet wird. Ferner zu nennen sind das Bestehen parlamentarischer Strukturen und autonomer Parteien seit der Unabhängigkeit des Landes 1956, die Verfassungsentwicklung seit 1962, die multiethnische Bevölkerungsstruktur und die pluralistische Kultur des Landes. Seit fast zwei Jahren wird Marokko von einer moderat islamistischen Regierung friedlich regiert, während die islamistischen Regierungen in Tunesien und Ägypten zu neuem Aufbruch und Instabilität beigetragen haben.

Unabhängig von der Tragfähigkeit dieser Gründe ist nicht zu übersehen, dass der aktuelle, vergleichsweise erfolgreiche politische Transformationsprozess Marokko deutlich aus der Gruppe der nordafrikanischen Staaten hervorhebt. Die marokkanische Elite sieht ihr Land bereits als „Hub“ zwischen Europa und Afrika. Es wird zuweilen in einem helleren Licht präsentiert als je zuvor: im Licht eines friedlichen Weges hin zu einer parlamentarischen Demokratie und einer vertieften Partnerschaft mit Europa. Dass es auch Schattenseiten gibt, wird nicht verheimlicht. Im neuesten *Human Development Index* der Vereinten Nationen von 2012 rangiert Marokko noch auf Platz 130 (von 186) und in der Rangliste für Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen auf Platz 136 (von 179). Fast die Hälfte der

Jugendlichen geht nicht zur Schule und hat keine geregelte Arbeit. Die Alphabetisierung ist eine der schlechtesten in der MENA-Region (Nahost und Nordafrika).

Was die Stellung des Islam betrifft, gilt Marokko als streng konservativ. Fast alle Juden, die noch bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts 2,3 Prozent der Bevölkerung ausmachten, haben das Land verlassen. Und da es fast keine marokkanischen Christen gibt, ist die islamische Bevölkerung bei über 98 Prozent anzusetzen. Welchen Anteil hat der Islam am Transformationsprozess des Landes? Und welche Rolle kommt dem parteipolitisch organisierten Islam – im Unterschied zu anderen nordafrikanischen Staaten – derzeit für die Entwicklung Marokkos zu?

AUF DER SUCHE NACH REGELN

Die zentrale Frage hinter diesen Diskursen ist immer wieder die nach dem Verhältnis von „Islam und Demokratie“. Publikationen sowie vor allem Leitartikel und Kommentare in den Medien zu diesem Thema haben seit Jahren Konjunktur. Sie suchen stets von Neuem nach Regeln für einen Prozess, der faktisch in jedem Land besonderen Bedingungen und spezifischen Voraussetzungen unterliegt. Diese Suche nach Regeln für den Transformationsprozess ist häufig von der Einschätzung geprägt, wie viel oder wie wenig Reformbereitschaft der Autor „dem Islam“ zutraut. Als ein ausgewogenes Beispiel soll an dieser Stelle lediglich auf das Buch von Nader Hashemi, *Islam, Secularism and Liberal Democracy*,¹ hingewiesen werden, zumal es dem Autor gelingt, auch Marokko gut in seine Analyse zu integrieren und den spezifisch marokkanischen Problemen gerecht zu werden. Dabei vertritt Hashemi die These, dass die Wege islamisch geprägter Staaten zur Demokratie vielleicht noch lang sein werden, dass sie jedoch um Phasen der islamistischen Regierungsbildung und -verantwortung nicht umhin kommen werden, und zwar aus zwei Gründen.

Leitartikel und Kommentare in den Medien suchen nach Regeln für einen Prozess, der faktisch in jedem Land besonderen Bedingungen und spezifischen Voraussetzungen zwischen Islam und Demokratie unterliegt.

1 | Nader Hashemi, *Islam, Secularism and Liberal Democracy. Toward a Democratic Theory for Muslim Societies*, Oxford, OUP, 2009.

Zum einen muss die Rolle der Religion in der Politik überhaupt erst noch verhandelt werden. Bis heute bestehe der größte Irrtum der islamistischen Parteien in der MENA-Region in ihrer Annahme, dass es in muslimischen Gesellschaften bereits seit Langem sowohl einen theologisch-normativen als auch einen emotionalen Konsens über die Rolle der Religion in der Politik gebe. Zudem seien die meisten Islamisten überzeugt, dass dieser Konsens grundsätzlich einen demokratischen Charakter habe, der sich vom westlichen Demokratieverständnis nicht wesentlich unterscheide. Hieran gibt es seiner Meinung nach berechtigte Zweifel.

Zweitens können islamistische Parteien und Politiker durchaus eine maßgebliche Rolle im Demokratisierungsprozess in ihren Ländern spielen, vorausgesetzt es gelingt ihnen, ihre religiösen Maßstäbe mit den internationalen Menschenrechtsstandards und den Grundregeln der parlamentarischen Demokratie in Einklang zu bringen. Anzeichen hierfür gebe es. Die größte Hürde sieht Hashemi allerdings noch in der Konzeptionalisierung und Akzeptanz einer Form von „islamischem Säkularismus“, der es erlaubt, staatliche Institutionen und religiöse Körperschaften deutlich voneinander zu trennen.

Gegenüber „säkular“ auftretenden Diktatoren erscheint vielen Islamisten – auch in Marokko – der türkische Regierungschef Erdogan als ein herausragendes Gegenbild.

Das größte Hindernis auf diesem Weg bilden Hashemis Meinung nach die negativen Erfahrungen mit den autoritären Regimes in den post-kolonialen arabischen Staaten, die sich vor allem durch ihren Anspruch auf Säkularität legitimieren konnten. Gegenüber diesen „säkular“ auftretenden Diktatoren erscheint vielen Islamisten – auch in Marokko – der türkische Regierungschef Erdogan noch immer als ein herausragendes Gegenbild. Doch auch dieses Bild hat mehr und mehr Risse bekommen, seit Erdogans Machtpolitik sich unübersehbar auch auf die arabischen Staaten erstreckt.

Um die Spannungen in den unausweichlichen Konfliktfeldern zwischen Religion, Säkularismus und Demokratie besser einzudämmen, empfiehlt Hashemi die Auseinandersetzung mit dem Konzept der „multiplen Modernitäten“, das ursprünglich von dem israelischen Soziologen Shmuel Eisenstadt in die internationale Diskussion eingebracht worden ist. „Multipel“ bedeutet dabei, dass die Entwicklungen

in Staat und Gesellschaft, in Religion und Politik, in Wirtschaft und Kultur sowohl innerhalb eines Landes als auch zwischen den Staaten einer Region weder gleichzeitig noch inhaltlich zusammenhängend verlaufen müssen. Ungeachtet dessen, dass dieser Hinweis in der digitalen Welt des 21. Jahrhunderts immer rascher an Bedeutung verliert, vollziehen sich politische Transformationen offensichtlich noch immer auf sehr unterschiedlichen Wegen. Auch die europäische Moderne habe sich auf verschiedenen Ebenen entwickelt. Sie sei nicht primär christlich, sondern säkular geprägt gewesen. Welche Entwicklungen in den arabischen Staaten möglich seien, dies müsse – so folgert Hashemi zu Recht – jedes Land für sich aushandeln.

STRUKTUREN UND STRÖMUNGEN DES ISLAM IN MAROKKO

Obwohl sich das Erscheinungsbild des Islam in Marokko in den letzten zehn Jahren bereits deutlich gewandelt hat, lässt es sich noch immer grob in zwei Hauptströmungen unterteilen.² Die erste Gruppe umfasst den formellen Islam, also den der Rechtsgelehrten (*Ulema*), der zugleich einen Islam der Städte, der Araber und der Elite des Landes darstellt. Die zweite Gruppe bildet der so genannte Volksislam, der vor allem in den ländlichen Regionen zuhause ist. Grob formuliert handelt es sich um den Islam der Berber, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. In ihm wurden ursprünglich auch mystische, ja selbst heidnische Elemente absorbiert, und vor allem finden sich hier starke Einflüsse des Sufismus wieder.

Der Islam in Marokko lässt sich in zwei Hauptströmungen unterteilen. Die erste Gruppe umfasst den formellen Islam der Städte, die zweite bildet der Volksislam, der vor allem in den ländlichen Regionen zuhause ist.

Das Verhältnis der beiden Gruppen zueinander war in der Vergangenheit durch konstante Konfliktlinien geprägt, so dass ein großer Teil ihrer Energie zweifellos in diese Auseinandersetzungen untereinander gesteckt wurde. Die *Ulema*

2 | Vgl. hierzu vor allem die sowohl empirisch als auch analytisch hervorragende Studie von: Mohammed El Ayadi, Hassan Rachik und Mohamed Tozy, *L'Islam au Quotidien. Enquête sur les valeurs et les pratiques religieuses au Maroc*, Casablanca, 2013, 25 ff. Die Grundlage dieser Erhebung bilden über tausend strukturierte, repräsentative und in ganz Marokko durchgeführte Einzelinterviews. Die Einleitung der drei Autoren (S. 15-55) bietet zudem einen exzellenten Überblick über die ältere Literatur und den aktuellen Forschungsstand zu diesem Thema.

präsentieren sich dabei in der Regel als Parteigänger des Königs. Die Aufgabe der Krone wiederum ist es, säkular-laizistische und religiöse Interessengegensätze auszugleichen. Gleichzeitig hat es immer besonders heftige Konfrontation zwischen den Rechtsgelehrten und dem sufistisch geprägten Islam gegeben. Diese spiegelt sich in allen drei der genannten Bereiche wider: Stadt versus Land, Elite versus Volk und Araber versus Berber. Auch wenn diese Gegensätze und Unterscheidungen zwischen den beiden grob skizzierten Gruppen in den vergangenen zehn Jahren durch staatliche Islampolitik größtenteils nivelliert worden sind, wirken sie bis heute nach.

Eine marokkanisch-maghrebinische Besonderheit stellen dabei die aus dem Sufismus entstandenen Heiligengräber (*Marabouts* oder auch *Zaouias*) dar. Von diesen gibt es etwa 100.000 in Marokko. Politisch bedeuten sie nicht zuletzt eine Demonstration religiöser Selbstbestimmung seitens der Berber. Angesichts ihrer jahrhundertealten Verwurzelung in der marokkanischen Gesellschaft tragen sie entscheidend zum konservativen Erscheinungsbild des Islam im öffentlichen Leben bei. Seit Jahrhunderten dienen viele von ihnen als Pilgerstätten, um die herum sich Bruderschaften gebildet haben. Während deren Verhältnis zur Krone traditionell gespannt war und die Franzosen diese Spannungen Anfang des 20. Jahrhunderts auch noch gegen die Krone instrumentalisiert hatten, gelang Hassan II. in den 1960er Jahren eine Annäherung. Seitdem werden einige dieser Bruderschaften finanziell von der Krone unterstützt, und zu ihren Mitgliedern gehören teilweise sogar hochrangige Funktionsträger aus Staat und Gesellschaft. Bis heute kann es bei diesen Bruderschaften zu Vermischungen von Religion und Politik kommen, da sie sich bei besonders traditionsbewussten Intellektuellen und quer durch alle Schichten der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreuen. Der derzeitige Religionsminister gehört zum Beispiel der renommierten Boutschichiyya-Bruderschaft an.

Von einem starken sufistischen Hintergrund geprägt ist auch die Bewegung Al-Adl wal-Ihsan (für Gerechtigkeit und Wohlfahrt), die zwar als Partei verboten ist, aber als Bewegung toleriert wird. Der geistige Vater der Al Adl, wie sie meist nur genannt wird, war der Ende 2012 verstorbene Scheich Yassin aus Salé, der Nachbarstadt von Rabat, aber

ihre Sympathisanten fanden sich überall in Marokko.³ Sie hat in den Jahren 2011 und 2012 maßgeblich die außerparlamentarische Protestbewegung Mouvement 20 Février geprägt und getragen, die in dieser Zeit fast täglich vor allem in Casablanca, Rabat, Fes und Tanger, aber auch in anderen großen Städten des Landes für soziale und wirtschaftliche Rechte, für Maßnahmen gegen die Korruption und für demokratische Reformen in vielen staatlichen Bereichen demonstriert hat.⁴



Salafistischer Protest 2012: Da sich ihre dogmatischen Vorschriften auch auf Bereiche der Politik und des öffentlichen Lebens erstrecken, stellen sie für islamistische Parteien ein erhebliches Abgrenzungsproblem dar. | Quelle: Magharebia ©.

Die Al Adl akzeptiert die politische Auseinandersetzung als Mittel der Veränderung. Sie vertritt islamische Werte nicht in Opposition zu demokratischen, sondern als Argumente gegen einen Mangel an Demokratie. Ihre Demonstrationen sind fast durchgehend gewaltfrei geblieben, und ihre Mitglieder versuchen, die Demokratisierung Marokkos mit islamischen Vorstellungen von Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität in Einklang zu bringen. Sie wollen keine „Rückkehr“ zu imaginierten, vormodernen Gesellschaftsformen oder einer vermeintlichen islamischen „Authentizität“, wie sie den kleinen Gruppen der Salafisten vorschweben, sondern sie versuchen, so mit und in der „Moderne“ zu leben,

3 | Zur Entwicklung und Bedeutung vgl. Youssef Belal, *Le cheikh et le calife. Sociologie religieuse de l'islam politique au Maroc*, Lyon, 2011.

4 | Abdeslam Bekkali, *L'an 1 de la Cyber Democratie au Maroc: 20 Février 2011*, Edition Hammouch, 2012.

dass diese für sie einen „islamischen“ Charakter behält, wie dies Scheich Yassin 1998 beschrieben hat.⁵ Inwieweit die Al Adl bis heute von der Basis her moralischen Druck auf die regierende, moderat islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) ausübt, darüber gibt es lediglich Spekulationen. Einige Stimmen behaupten sogar, dass der Einfluss der Al Adl auf die öffentliche Meinungsbildung stärker ist als der der PJD.

Das politische Hauptproblem stellen demgegenüber – ähnlich wie in anderen nordafrikanischen Staaten – die Salafisten dar. Sie werden in der gesamten Region für terroristische Attentate mitverantwortlich gemacht und haben maßgeblich das Bild des radikalen, gewaltbereiten Islam geprägt. Im Gegensatz zu den moderaten Islamisten der regierenden PJD lehnen sie nicht nur die Parteien, sondern die Politik, die Demokratie und den Rechtsstaat insgesamt

Salafisten träumen von einer Tabula rasa, bei der vor allem den Sufisten und den moderaten Islamisten der Kampf angesagt wird. Ein extremes Beispiel hierfür bot die Zerstörung der Mausoleen und Heiligengräber in Timbuktu.

ab. Sie interessieren sich weder für politische Institutionen noch für Menschen- oder Freiheitsrechte. Auf der Grundlage ihrer Auslegung von Koran und Sunna und der daraus resultierenden Scharia-Gesetze streben sie eine „Reform der Seele“ an, die wichtiger ist als jede Reform des Staates.⁶ Was die Umsetzung betrifft, träumen sie von einer Tabula rasa, bei der vor allem den Sufisten und den moderaten Islamisten der Kampf angesagt wird. Ein extremes Beispiel hierfür bot die Zerstörung der Mausoleen und Heiligengräber in Timbuktu, die noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein vielen marokkanischen Gläubigen als Pilgerstätte dienten. Im Mai 2012 hatten dort die beiden malisch-salafistischen Gruppen der Ansar Dine und der Al-Qaida im Islamischen Maghreb gewütet. Ihre Devise lautete damals: „Gegen Gräber und Paläste!“ – als die beiden wichtigsten Symbole des Aberglaubens. Ähnliche Zerstörungen gab es 2012 auch in Tunesien.

5 | Abdessalam Yassin, *Islamiser la Modernité*, Rabat, 1998.

6 | Vgl. hierzu: Mohammed Mouaquit, „Marginalité de la charia et centralité de la commanderie des croyants: Le cas paradoxal du Maroc“, in: *La charia aujourd'hui. Usages de la référence au droit islamique, sous la direction de Baudouin Dupret*, La Découverte, Paris, 2012, 141-151.

Nirgendwo in der arabischen Welt haben Salafisten ein einheitliches, kohärentes System ihrer Glaubens- oder Ordnungsvorstellungen entwickelt, auch nicht in Marokko. Sofern sie sich politisch abgrenzen, bleibt dies sporadisch, fließend und unscharf. Was vor allem fehlt, sind in der Regel Abgrenzungen gegenüber terroristischer Gewalt. Demgegenüber erscheinen ihre strengen und für Außenstehende kaum nachzuvollziehenden religiösen Auseinandersetzungen untereinander über Verhaltens-, Kleidungs- oder Ernährungsregeln, mit denen sie die ursprüngliche Praxis des Propheten erhalten und fortsetzen wollen, auch den meisten Muslimen maniert. Da sich ihre streng dogmatischen Vorschriften letztlich auch auf Bereiche der Politik und des öffentlichen Lebens erstrecken und selten nur pazifistisch vertreten werden, stellen sie nicht nur ein allgemeines Sicherheitsproblem, sondern speziell für islamistische Parteien ein erhebliches Abgrenzungsproblem dar. Die Zahl ihrer Anhänger wird für die gesamte islamische Welt auf circa ein Prozent geschätzt, was in etwa auch für Marokko zutreffen dürfte. Abgeschreckt von der Entwicklung in Ägypten und Tunesien, bemühen sie sich hier jedoch anscheinend um ein politisch loyales Auftreten.⁷ Offiziellen Angaben zufolge sind ihre Aktivisten in Marokko überwiegend inhaftiert oder zumindest unter ständiger Beobachtung.

Abgeschreckt von der Entwicklung in Ägypten und Tunesien, bemühen sich die Salafisten Marokkos um ein politisch loyales Auftreten.

DER POLITISCHE ISLAM IN DER REGIERUNGS- VERANTWORTUNG

Den Repräsentanten der moderat islamistischen PJD ging es seit der Formierung dieser Partei 1998 mehr um Politik als um Religion. Ihre Vertreter haben von Anfang an akzeptiert, dass die Partei sich nicht „islamistisch“ nennen, sondern nur „mit Bezug zu islamischen Werten“ zur Wahl antreten darf. Ihre treibende Motivation war es, Religion und Politik auf eine neue, sozial gerechte und im Prinzip demokratische Weise miteinander zu verbinden. Nach dem Vorbild der türkischen Regierungspartei AKP und in

7 | Vgl. Mohammed Masbah, „Moving towards Political Participation. The Moderation of Moroccan Salafis since the Beginning of the Arab Spring“, *SWP Comments 1*, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, 01/2013, http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2013C01_msb.pdf [03.09.2013].

Akteure islamistischer Gruppen und Organisationen, die aufgelöst oder verboten wurden, schlossen sich später der PJD an, um „den Weg durch die Institutionen“ zu gehen.

deutlichem Gegensatz zu den Salafisten geht es ihnen um die Verwirklichung islamischer Wertvorstellungen im Rahmen eines modernen Rechtsstaates und mithilfe einer demokratisch legitimierten Partei. Bevor sich jedoch dieses Profil der PJD herausbilden konnte, hatten sich seit den 1970er Jahren dutzendfach islamistische Gruppen und Organisationen gebildet, die dann entweder aufgelöst oder verboten worden sind, deren Akteure sich später jedoch vielfach der PJD angeschlossen haben, um gewissermaßen „den Weg durch die Institutionen“ zu gehen. Sie geben sich heute überwiegend ein konservatives, teilweise aber auch ein sozialistisches oder liberales Image.

Die PJD verdankte ihren Erfolg bei den letzten Parlamentswahlen im November 2011 ihren zahlreichen Versprechen, religiöse Werte in Politik umzusetzen. Geprägt von den Zielen einer sozial gerechten Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, beanspruchte sie, auch in den übrigen Politikfeldern die nötige Handlungskompetenz mitzubringen. Gemäß der neuen Verfassung, die am 1. Juli 2011 per Referendum in Kraft getreten war und damit diese vorgezogenen Neuwahlen zur ersten Kammer des Parlaments erforderlich gemacht hatte, war zugleich garantiert, dass der König den Repräsentanten derjenigen Partei mit der Regierungsbildung beauftragen würde, die als stärkste aus diesen Wahlen hervorgehen sollte. Mit 107 von insgesamt 395 Sitzen fiel diese Aufgabe an die PJD; und die entscheidende Frage lautet seitdem: Bestimmt der politische Islam in Marokko die Richtlinien der Politik?

Bereits in den Koalitionsverhandlungen wurde der Führungsanspruch der PJD auf eine Zerreißprobe gestellt. Nur unter dem Diktat der begrenzten Zeit gelang es dem neuen Regierungschef und Vorsitzenden der PJD, Abdelilah Benkirane, am 3. Januar 2012 eine Regierungskoalition zu bilden. Diese erste Regierungsübernahme durch eine islamistische Partei in Marokko gelang mithilfe der nationalistisch-konservativen Istiqlal, dem eher liberalen Mouvement Populaire und der sozialistischen PPS. Diese Koalitionspartner wurden allein nach den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen akzeptiert, ungeachtet möglicher ideologischer Vorbehalte. Seit die Istiqlal am 7. Juli 2013 aus dieser Koalition wieder ausgetreten ist, kann die PJD

zwar vorläufig weiterregieren, sie sucht aber aus den Reihen der Opposition nach neuen Partnern für eine parlamentarische Mehrheit. Auch wenn das Votum des Königs in dieser Sache eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hat, kann es ohne Zweifel bereits als ein Sieg der neuen Verfassung und damit auch der Demokratie gewertet werden, dass diese Krise sich zurzeit ausschließlich im Parlament vollzieht.

Rückblickend zeigt sich, dass es der PJD nicht um eine Politisierung der Religion ging, sondern umgekehrt. Ihr moralischer Konservatismus sollte politikfähig werden, und das bedeutete von Anfang an auch eine Auseinandersetzung mit dem säkularen Alltag der marokkanischen Demokratie. Der Bedeutungsunterschied, der den religiösen Themen im Wahlkampf und nach der Wahl zukam, ist frappant. Zugleich hat sich die nationalistische Ausrichtung ihrer Politik nach der Regierungsbildung noch einmal deutlich verstärkt. Von ihrer ursprünglichen Orientierung an der türkischen AKP war nach dem Wahlerfolg kaum noch die Rede. Und von den vermeintlichen Versprechungen aus dem Wahlprogramm der PJD sind viele in Vergessenheit geraten.

Die bescheidenen konkreten Erfolge, die die PJD in den knapp zwei Jahren ihrer Regierungsführung vorweisen kann, lassen die Stabilität der bestehenden politischen Strukturen erkennen, an die sie sich angepasst und in die sie sich erfolgreich integriert hat. Dass dieses System primär ein säkulares ist, bedeutet zugleich eine Säkularisierung des politischen Islam und einen Primat des Politischen über die Religion. In den zwei Jahren seit dem Referendum über die neue Verfassung hat es zwar in Regierung und Parlament eine konstruktive Debatte über deren Bedeutung und Ziele gegeben, aber fast alle notwendigen Durchführungsgesetze lassen auf sich warten. Die Aufteilung der Macht zwischen der Krone und dem Regierungschef wird fortwährend auf die Probe gestellt. Was im Sinne der Verfassung unter Säkularismus und garantierten individuellen Freiheitsrechten zu verstehen ist, interessiert anscheinend nur eine kleine intellektuelle Elite. Kein führendes Parteimitglied macht sich zum Beispiel die Forderung nach einer Wiedereinführung

Seit dem Referendum über die neue Verfassung hat es zwar in Regierung und Parlament eine konstruktive Debatte gegeben, aber fast alle notwendigen Durchführungsgesetze lassen auf sich warten.

der Todesstrafe – insbesondere auf Apostasie – zu Eigen, wie sie nicht nur von Salafisten, sondern auch von Teilen der *Ulema* erhoben wird. Aus Sicht der PJD garantieren Demokratie und Menschenrechte ihre politische Teilhabe.

DER EINFLUSS DER MONARCHIE

Das schwierigste Konfliktfeld, auf dem sich Benkirane in den vergangenen zwei Jahren bewegen musste, scheint die notwendige Abstimmung mit der Krone gewesen zu sein, denn was den Zusammenhalt des Islam in Marokko und seine politischen Gestaltungsmöglichkeiten betrifft, kommt dem König eine Schlüsselstellung zu. Seit der Machtübernahme durch die Dynastie der Alaouiten 1631 und bis heute legitimieren sich die marokkanischen Könige als *Cherifen*. Dies bedeutet, dass sie sich auf ihre Abstammung von Hassan, dem Sohn der Prophetentochter Fatima, und damit auf eine direkte Erbfolge berufen können. Hieraus wiederum leitet sich der Titel „Amir Al Mouminine“ ab: Prinz oder auch Behüter der Gläubigen. Heute ist dieser Titel in Artikel 41 der neuen marokkanischen Verfassung verankert und gibt dem König das Recht, in allen religiösen Angelegenheiten per Dekret (*dahir*) letztgültig zu entscheiden. Öffentlich kritisiert wird dieser Rechtsanspruch im Grunde nur von der Bewegung Al Adl.



Mohammed VI. im Weißen Haus 2002: Der König spielt mit und gewinnt in der Regel immer. | Quelle: Eric Draper, White House.

Mit dieser Rückversicherung kontrolliert der König nicht nur die Imamausbildung, den Koranunterricht, die Freitags- und Fastenpredigten. Er scheint nicht selten der einzige zu sein, der Politik noch zu gestalten vermag.

Der marokkanische König scheint nicht selten der einzige zu sein, der Politik noch zu gestalten vermag. In sieben Ministerien hat er – neben dem vom Regierungschef berufenen Minister – einen „Ministre Délégué“ eingesetzt.

In den sieben wichtigsten Ministerien hat er – neben dem vom Regierungschef berufenen Minister – einen „Ministre Délégué“ eingesetzt. In allen Städten, Regionen, nationalen Institutionen und vor allem im Innenministerium hat das letzte Wort der Wali, der direkt vom König eingesetzt wird. Auch die Mitglieder der sich weiterhin hinter verschlossenen Türen treffenden Verfassungskommission sind ausschließlich von ihm berufen worden. Wie erst im Nachhinein bekannt wurde, hat der König dennoch weitere Änderungen an der Verfassung vornehmen lassen, selbst nachdem diese bereits für das Referendum publiziert worden war.

Die neue Verfassung, die Mohammed VI. überraschend schnell nach dem Ausbruch der Unruhen in Tunesien bereits am 9. März 2011 in einer Thronrede angekündigt hatte, hat ohne Zweifel eine weitere Demokratisierung des Landes auf den Weg gebracht. Sie gilt den meisten Beobachtern als die umfassendste demokratische Verfassung in der Geschichte Morokkos. Sie erkennt das Prinzip der Gewaltenteilung an, garantiert wesentliche Grund- und Freiheitsrechte, stärkt sowohl die Rechte der Regierung als auch der parlamentarischen Opposition und erstreckt sich auf alle Kernbereiche der politischen Ordnung. Die Prärogativen des Königs beschränken sich auf die Bereiche Religion, Sicherheit und politisch-strategische Richtungsentscheidungen. Darüber hinaus entsteht jedoch zuweilen der Eindruck, dass der König nicht nur herrscht, sondern auch regiert und unmittelbar in die Entscheidungen der Exekutive eingreift. In der Wochenzeitung *Telquel* war vor Kurzem von einer *monarchie exécutive* die Rede. Der König sei nicht nur Schiedsrichter, sondern auch Mitspieler, und er gewinne in der Regel immer.⁸

Wichtig für die Islampolitik des Königs ist seine direkte Kontrolle über das Dar al-Hadith al-Hassaniya, ein weit über Marokko hinaus angesehenes Forschungsinstitut für religiöse Studien. Hassan II. hatte es in Rabat errichten

lassen, nicht zuletzt als Gegengewicht zu den traditionell unabhängigen universitären Islamstudien insbesondere in Fes. Außenminister Saad-Eddine El Othmani und Justizminister Mustafa Ramid (beide PJD) haben dort einen Abschluss erworben. Darüber hinaus unterstehen dem Vorsitz des Königs die Rabita Mohammedi des Oulema, eine Art theologischer Think-tank, und der Majliss Al Ilmi, ein Schulungszentrum für die *Ulema* aus ganz Marokko, die beide in Rabat angesiedelt sind. Für die Anerkennung Mohammed VI. in der arabischen Welt nicht unwichtig ist zudem, dass seit 1979 der marokkanische König immer zugleich Vorsitzender des Comité al Quds ist, das sich für den Anspruch auf Jerusalem als Hauptstadt der Palästinenser einsetzt.



Nicht gegen die Monarchie an die Macht gekommen, sondern dank der Reformpolitik des Königs: Regierungschef Abdelilah Benkirane (PJD), hier mit Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy. | Quelle: Magharebia ©①.

Gegenüber den etablierten Machtverhältnissen der marokkanischen Monarchie hat der moderate Islam – trotz der Regierungsverantwortung – keinerlei Veränderungen durchgesetzt, ja nicht einmal durchzusetzen versucht. Schließlich ist er nicht gegen die Monarchie an die Macht gekommen, sondern dank der Reformpolitik des Königs. Der sinnfällige Satz Benkiranes, „L’Etat c’est le Roi“, hat weniger resignativen als einen affirmativen Charakter. Die PJD tritt nicht als ein Sprachrohr der Religion gegen die Politik auf, sondern als ein neuer „Player“, der jetzt mitspielen darf auf der etablierten Bühne der Macht. Wie gut sie diese Rolle spielt, entscheiden bei der nächsten Wahl zweifellos

auch die marokkanischen Wähler. Bis dahin aber ist es eher der *makhzen*, der etablierte Macht- und Kontrollapparat des Königs, der über die Fortführung der Reformpolitik entscheidet.

ISLAM ZWISCHEN SÄKULARISMUS UND DEMOKRATIE

Ebenso wie in anderen islamisch geprägten Staaten wird auch in der Präambel der neuen marokkanischen Verfassung sowie in mehreren der folgenden Artikel der Anspruch geltend gemacht, dass die Staatsreligion des Landes der Islam ist. Zum einen hat diese Festlegung die Funktion, die Entscheidungshoheit in religiösen Angelegenheiten der Freiheit der jeweiligen Regierung zu entziehen, um sie ausschließlich der Souveränität des Königs zu überlassen. Zum anderen schließt diese Festlegung keineswegs aus, dass Fragen der Religion und der Politik voneinander getrennt werden.

Noch bevor diese Festlegung auf einen *etat musulman souverain* erfolgt, heißt es jedoch bereits im ersten Satz dieser Präambel, dass das Königreich Marokko ein *etat de droit démocratique* sei, dessen Fundamente die Prinzipien *de participation*, *de pluralisme* und *de bonne gouvernance* bilden. Zudem werden bereits in der Präambel – ebenso wie in mehreren der folgenden Artikel – die Menschenrechte als unteilbar und universell anerkannt. Nicht explizit genannt wird dabei die Religionsfreiheit. In Artikel 3 wird lediglich die Garantie gegeben, dass andere Religionen ihre Kulturlandungen frei ausüben dürfen. Faktisch bedeutet dies jedoch, dass ein Religionswechsel für Muslime in Marokko unmöglich ist.

In ihrer alltäglichen Politik sieht sich die islamistische Regierung heute mit den gleichen Problemen konfrontiert, die jede andere Regierung auch hätte. Der faktische Säkularismus, der die politische Kultur Marokkos seit Langem prägt und Erwartungen der Bürger

Der faktische Säkularismus, der die politische Kultur Marokkos seit Langem prägt und Erwartungen der Bürger an eine fortschreitende Demokratisierung bestärkt, setzt allen islamistischen Ambitionen Grenzen.

an eine fortschreitende Demokratisierung bestärkt, setzt allen islamistischen Ambitionen Grenzen. Sowohl in der Außen- und Europapolitik als auch in der Wirtschafts- und Energiepolitik sind viele Weichen so gestellt, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung diesen auch folgen möchte.

Die kulturpolitischen Vorstellungen islamistischer Gruppen sind im modernen, urbanen Marokko nicht mehr mehrheitsfähig.

Was den modernen, kulturellen Bereich betrifft, gilt es, auf die jährlichen internationalen Filmfestspiele in Marrakesch hinzuweisen sowie auf das ebenfalls jährlich stattfindende Mawazine, ein internationales Musikfestival in Rabat. Beide Veranstaltungen ziehen jeweils wochenlang die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich, während die gelegentliche Kritik von Seiten islamistischer Gruppen marginal bleibt. Darin wird zum einen deutlich, dass deren kulturpolitische Vorstellungen im modernen, urbanen Marokko nicht mehr mehrheitsfähig sind, und zum anderen, dass es auch in Marokko immer mehr Bereiche gibt, deren Charakter eher den Entwicklungslinien der Globalisierung folgt als denen einer rückwärtsgewandten Koranexegese.

Für Lahcen Oulhaj, den bisherigen Dekan der Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rabat, sind es im Wesentlichen drei Gründe, die den säkularen Charakter Marokkos untermauern und gegebenenfalls einer streng islamistischen Politik im Wege stehen. Als erstes betont er, dass allein der Säkularismus den politischen und wirtschaftlichen Fortschritt des Landes ermöglicht habe und seine Integration in die Weltwirtschaft gewährleiste. Für religiösen Fundamentalismus, der diese Integration Marokkos rückgängig zu machen versuche, gebe es keine Mehrheit. Zweitens weist er darauf hin, dass teilweise bereits die Verfassung von 1962, vor allem aber die neue von 2011 zahlreiche Grund- und Menschenrechte, ein Verbot der Diskriminierung und die Gleichstellung von Mann und Frau garantiere, und zwar auf der Grundlage einer säkularen Gesellschaftsordnung. In allen Bereichen der ökonomischen, politischen und kulturellen Integration des Landes sei die PJD mit Problemen konfrontiert, die sie anders als säkular gar nicht sinnvoll lösen könne. Und drittens sei die Mehrheitskultur der Berber bis heute wesentlich stärker von individualistischen und damit auch pluralistischen Elementen geprägt als von orthodox religiösen. Er erinnert an Jacques Berque, einen der tiefsten Kenner des Maghreb, von dem die These stammt, dass die Berber mehr den Islam „berberisiert“ hätten als sie von ihm islamisiert worden seien.⁹

9 | Lahcen Oulhaj, „Une perception du sécularisme au Maroc“, in: Farid el Bacha und Helmut Reifeld (Hrsg.), *La Liberté de Religion*, Rabat, 2013, 45-58, hier: 55.

Ob es in den arabischen Staaten Nordafrikas „moderne“, demokratische und das heißt letztlich vor allem pluralistische politische Regierungsformen ohne eine säkulare Grundstruktur geben kann, ist vermutlich eine der Schlüsselfragen des politischen Islam in der gesamten Region. Dabei gilt es, das Verhältnis von Politik und Religion in jedem Staat und jeder Region entsprechend den historischen Gegebenheiten und aktuellen Rahmenbedingungen spezifisch zu analysieren. In Marokko lässt sich dabei sehr rasch der Eindruck gewinnen, dass ein starker Einfluss des Islam im gesellschaftlichen Bereich auch mit einem entsprechenden Einfluss in der Politik in Einklang zu bringen ist. Hierfür scheinen vor allem drei positive Voraussetzungen gegeben zu sein: Erstens gibt es eine starke Zivilgesellschaft, die von sozialem Engagement und vitalen Gemeinschaftsbildungen gekennzeichnet ist; zweitens ein verbreitetes Verlangen nach Freiheitsrechten und einer Verbesserung der Lebensverhältnisse sowie drittens insbesondere in der Wirtschaft Offenheit für die Herausforderungen der Globalisierung.

In Marokko lässt sich sehr rasch der Eindruck gewinnen, dass ein starker Einfluss des Islam im gesellschaftlichen Bereich auch mit einem entsprechenden Einfluss in der Politik in Einklang zu bringen ist.

Gleichzeitig werden Diskurse über religiöse Themen auf allen Ebenen der marokkanischen Gesellschaft geführt. Dies gilt nicht nur für die Protestbewegung des 20. Februar, sondern auch für weite Kreise der gebildeten Elite des Landes, die sogar vielfach mit diesen Demonstranten sympathisiert, hierfür aber nicht auf die Straße gehen würde. Wie erwähnt, sind große Teile dieser Bewegung religiös motiviert, aber nicht gewaltbereit. Ihre Motivation speist sich nicht aus religiösem Fundamentalismus, wohl aber aus dem Bedürfnis nach religiöser Selbstbestimmung und der Forderung nach partizipativer Demokratie. Hierbei handelt es sich sowohl um ein Zeichen von Demokratisierung als auch um einen Wandel der Religiosität.

Wie aus den Analysen von El Ayadi, Rachik und Tozy hervorgeht, ist der Islam in Marokko in den vergangenen Jahren – ähnlich wie auch in den übrigen Staaten Nordafrikas – von zwei starken Tendenzen geprägt gewesen. Zum einen von einem erneuerten Herrschaftsanspruch des Staates über die Religion und zum anderen von einer wachsenden Fragmentierung in vielen Bereichen des religiösen Lebens.¹⁰ Die

Die These von einer weltweit fortschreitenden Säkularisierung des gesellschaftlichen Lebens auf der einen Seite steht einer „Wiederkehr der Religionen“ auf der anderen Seite gegenüber.

Autoren tun sich jedoch schwer, das Land zwischen den beiden großen Entwicklungsthesen zu verorten, von denen die Auseinandersetzungen in den Kulturwissenschaften seit Jahrzehnten international geprägt sind:

der These von einer weltweit fortschreitenden Säkularisierung des gesellschaftlichen Lebens auf der einen Seite und der von einer „Wiederkehr der Religionen“ auf der anderen Seite. Was die erste These betrifft, halten sie die Rückwirkungen der staatlich reglementierten Religiosität auf den Einzelnen für nicht genügend berücksichtigt; gegenüber der zweiten These wenden sie ein, dass es in Marokko nie einen Rückzug und somit auch keine Wiederkehr des Religiösen gegeben habe. Religion sei ein konstanter Bestandteil des öffentlichen Lebens. Eine neue Entwicklung sei, dass die religiöse Bildung zugenommen habe, insbesondere die der Frauen. Vor allem aber habe sich die Praxis des religiösen Lebens stark individualisiert. Es gebe einen zunehmenden Pragmatismus, der leicht verinnerlicht wird und dessen politische Opportunität sich im öffentlichen Leben bereits vielfach widerspiegelt. Zudem betreffe dies alle Altersgruppen, wenn auch der Hang zum Dogmatismus mit zunehmendem Alter steigt. Die Autoren fordern sowohl Verständnis für diesen Strukturwandel im öffentlichen Auftreten des Islam allgemein als auch für die Alltagsreligiosität der Menschen im Licht des Säkularisierungsprozesses.

Was die meisten der politischen Veränderungen der vergangenen zehn Jahre in Marokko betrifft, ist es schwierig, sie überhaupt und schon gar primär anhand der religiösen oder kulturellen Begriffe des Islam zu erklären. Die fortschreitende Anerkennung und Geltung der Menschenrechte, die Reformen der Frauenrechte (*moudawana*) und insbesondere die Umsetzung der neuen Verfassung seit 2011 erfolgten auf Initiative des Königs. Sie wurden nicht gegen die islamistischen Kräfte im Land durchgeführt, sondern in Zusammenarbeit mit ihnen. Alle Versuche orthodoxer Grenzziehungen von Seiten einiger Islamisten geraten dagegen zunehmend in eine offene Auseinandersetzung mit den Einflüssen der Globalisierung und der sukzessiv fortschreitenden Demokratisierung des Landes.

Olivier Roy hat darauf hingewiesen, dass diese Auseinandersetzung letztlich nach westlichen Kategorien stattfindet. Viele Islamisten glauben zwar noch, „dass sie die Tradition verkörpern, doch in Wahrheit drücken sie eine negative Form der Verwestlichung aus“.¹¹ Dies führt seiner Einschätzung nach erstens zu einer Privatisierung der Re-Islamisierung und zweitens zu einer strengeren staatlichen Aufsicht über religiöse Einrichtungen. Unter diesen Bedingungen könnten auch in Marokko eine fortschreitende Modernisierung und Demokratisierung mit einem weiteren Gewinn an individuellen Freiheitsrechten einhergehen. Und je eher sich eine ähnliche Entwicklung „multipler Modernitäten“ auch in den übrigen nordafrikanischen Staaten durchzusetzen vermag, desto eher wird von einer *exception marocaine* nicht mehr die Rede sein.

11 | Olivier Roy, *Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung*, München, 2006, 36.



Jörg Knoch ist Programmmanager im Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah.



Dr. Hans Maria Heÿn leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Palästinensischen Gebiete.

ZWISCHEN RELIGION, EXTREMISMUS UND REGIERUNGS-VERANTWORTUNG

DER POLITISCHE ISLAM IN DEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN

Jörg Knoch / Hans Maria Heÿn

Der Islam ist laut dem palästinensischen Grundgesetz die offizielle Religion in den Palästinensischen Gebieten.¹ Er ist integraler Bestandteil des politischen und sozialen Lebens der Palästinenser im Westjordanland und dem Gazastreifen, die zu 98 Prozent Muslime sind. Maßgeblich beeinflusst er auch die beiden großen Bewegungen, Hamas und Fatah, sowie eine Vielzahl kleinerer Parteien und Bewegungen, die oftmals aus dem säkularen Milieu stammen oder marxistische Wurzeln haben.

In den Jahren von 1920 bis 1948 gehörte das Territorium des heutigen Israel und der Palästinensischen Gebiete zum britischen Mandatsgebiet. Nachdem sich die Briten zurückgezogen hatten und es mit der Staatsgründung Israels im Mai 1948 zum ersten israelisch-arabischen Krieg kam, fiel Gaza unter ägyptische und das Westjordanland inklusive Ostjerusalem unter jordanische Herrschaft. Im Laufe des Sechstagekrieges 1967 besetzte Israel schließlich diese beiden Territorien. Daher existierten bis zum ersten Oslo-Abkommen, das Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) 1993 schlossen, nur rudimentäre palästinensische Institutionen. Es gab auch kein Parteiensystem wie in der westlichen Welt. Die diversen Bewegungen definierten sich mehr durch soziale Aktivitäten, den bewaffneten Kampf gegen die Besetzung ihres Landes oder Terroranschläge.

1 | Vgl. The Palestinian Basic Law, „2003 Amended Basic Law“, <http://palestinianbasiclaw.org/basic-law/2003-amended-basic-law> [13.09.2013].

Die Teilautonomie seit 1993 führte zum graduellen Aufbau eines institutionellen Gefüges. Erstmals gab es eine Regierung, Ministerien wurden gegründet und 1996 gab es nationale Wahlen. Durch die im Jahr 2000 ausbrechende Zweite Intifada wurde ein beträchtlicher Teil der politischen Infrastruktur zerstört. Im Juni 2007 übernahm die Hamas, die aus den Parlamentswahlen im Januar 2006 als Sieger hervorgegangen war, den Gazastreifen. Seitdem sind die Palästinensergebiete politisch zweigeteilt.

Der moderne politische Islam spielte in dieser Entwicklung eine nicht zu unterschätzende Rolle, denn er schaut im historischen Palästina auf eine Tradition zurück, die bis in die 1920er Jahre zurückreicht. Dabei spielten von Anfang an auch nationalistische Bewegungen eine Rolle. Betrachtet man das Verhältnis islamischer Bewegungen in den Palästinensischen Gebieten zum Konzept des Nationalismus, ihre Interaktion mit politischen Institutionen sowie ihren Umgang mit demokratischen Prinzipien, ist es zunächst notwendig, auf die Besonderheiten des Zusammenspiels von Islam, Politik und Nation im arabischen und islamischen Raum einzugehen.

DAS VERHÄLTNIS VON RELIGION UND STAAT

Religion ist in weiten Teilen der islamischen und vor allem der arabischen Welt von Politik, Wirtschaft und Kultur nicht strikt getrennt. Stattdessen gibt es oftmals eine starke Verbindung des Staates zu einer bestimmten Religion oder Konfession. Anhänger anderer Glaubensrichtungen gelten in den seltensten Fällen als gleichwertig. Die Freiheit, eine Religion zu wählen und auszuüben, sie zu wechseln oder nicht zu glauben, besteht kaum.²

Auch in den Palästinensischen Gebieten gibt es keine klare Trennung von Religion und Staat. So basiert das Personenstandsrecht, welches Erbrecht, Heirat, Scheidungen und Sorgerecht reguliert, auf dem islamischen Recht, der

2 | Vgl. Charles Taylor, „The Polysemy of the Secular“, *Social Research*, 76, 4, 2009, 1143-1166, <http://jstor.org/discover/10.2307/40972206?uid=3738872&uid=2129&uid=2&uid=70&uid=4&sid=21102573045343> [13.09.2013]; U.S. Department of State, „International Religious Freedom Report for 2012“, 2012, <http://state.gov/j/drl/rls/irf/religiousfreedom> [13.09.2013].

Scharia.³ Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) bezahlt die Gehälter der meisten Imame im Westjordanland und stellt die Themen, die sie in den Freitagspredigten behandeln dürfen.⁴ In Gaza stehen viele

Nicht nur die islamistische Hamas, sondern auch Arafats Fatah benutzt immer wieder religiöse Rechtsgutachten, so genannte *Fatawa*, und wirbt um international anerkannte religiöse Autoritäten, um die eigene Politik zu legitimieren.

Moscheen bereits seit Jahrzehnten unter der Kontrolle der Hamas bzw. ihrer Vorgängerorganisation, der Muslimbruderschaft. Auch im politischen Diskurs spielt Religion eine größere Rolle als im Okzident.⁵ Palästinenserführer Yasir Arafat war bekannt dafür, seine

Reden mit religiösen Referenzen zu versehen und religiöse Symbolik zu benutzen. Auch wenn sie im Grundton nationalistisch gehalten waren, gab es kaum eine Ansprache, die er nicht mit Koranversen versah. Nicht nur die islamistische Hamas, sondern auch Arafats Fatah benutzt immer

- 3 | Diese Regelungen gelten allerdings nur für die muslimische Bevölkerung. Für die großen christlichen Konfessionen gibt es separate christliche Gerichte mit ähnlichen Befugnissen wie die islamischen Scharia-Gerichte. Vgl. The Palestinian Basic Law, Fn. 1; Birzeit-Universität, „Ecclesiastical Courts in Palestine: Legal Norms and Problems of Application“, *Institute of Law Roundtable Meeting*, 10.03.2012, http://lawcenter.birzeit.edu/iol/en/index.php?action_id=266&id_legal=546&id_type=2&PHPSESSID=19af57c6b28a34e95491c338924c6e8a559a1365 [13.09.2013]; Felix Dane und Jörg Knocha, „Rolle und Einfluss der Christen in den Palästinensischen Gebieten“, *KAS-Auslandsinformationen*, 2010, 12, 56-75, http://kas.de/wf/doc/kas_21240-544-1-30.pdf [13.09.2013]. Gespräch der Autoren mit Theophilus III. von Jerusalem, amtierender Patriarch der Orthodoxen Kirche von Jerusalem, am 09.09.2013 in Ostjerusalem.
- 4 | Vgl. U.S. Department of State, „International Religious Freedom Report for 2012: Israel and The Occupied Territories – The Occupied Territories“, 2012, http://state.gov/j/drl/rfs/irf/religiousfreedom/index.htm?dynamic_load_id=208394&year=2012 [13.09.2013].
- 5 | Als aktuelles Beispiel hierfür kann ein undatiertes arabisches Flugblatt der Fatah im Westjordanland gelten, das die Autoren am 21.08.2013 in Ramallah auffanden. Das Flugblatt ist überschrieben mit der *Basmala* („Im Namen des barmherzigen und gnädigen Gottes.“), der arabischen Anrufungsformel, die am Anfang fast jeder Koransure steht. Der Text beginnt mit den Schlussworten des zweiten Verses der fünften Koransure („Der Tisch“), die vom Islamwissenschaftler Rudi Paret folgendermaßen übersetzt wurde: „Helft einander zur Frömmigkeit und Gottesfurcht, aber nicht zur Sünde und Übertretung! Und fürchtet Gott! Er verhängt schwere Strafen.“ (Rudi Paret, *Der Koran. Übersetzung von Rudi Paret*, W. Kohlhammer, Stuttgart, 2007, 78.) Anschließend geht es jedoch weniger um religiöse Themen, sondern um die aktuelle politische Situation, die israelischen Siedlungen, die palästinensische Wirtschaft, soziale Probleme sowie die Sicherheitslage im Westjordanland.

wieder religiöse Rechtsgutachten, so genannte *Fatawa*, und wirbt um international anerkannte religiöse Autoritäten, um die eigene Politik zu legitimieren.⁶ Der während der Zweiten Intifada entstandene bewaffnete Arm der Fatah, die al-Aqsa-Märtyrerbrigaden, wählten nicht nur einen islamisch klingenden Namen, sondern versahen ihr Logo mit einem Koranvers und bedienten sich stark religiös konnotierter Botschaften.⁷



Yitzhak Rabin, Bill Clinton, Yasir Arafat (v.l.n.r.) 1993: Da die Gewalt nach der Schließung der Oslo-Verträge anhielt, blieb die Hamas vorerst auf ihrem militärischen Kurs. | Quelle: © Ron Edmonds, picture alliance / AP Photo.

Jedoch hat das enge Verhältnis zwischen Religion und Politik keineswegs das Entstehen nationalistischer Bewegungen verhindert. Das Konzept des Nationalismus wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts zur maßgeblichen Ideologie im Nahen Osten, obwohl es Ideen eines muslimischen Einheitsstaates konterkariert.⁸ Ziel war es, das Gemeinwesen entlang des europäischen Modells zu modernisieren.

- 6 | Vgl. Nathan J. Brown, „Debates about Islam and the Hamas-Fatah Schism“, Heinrich-Böll-Stiftung, 2010, <http://boell.de/worldwide/middleeast/middle-east-palestine-islam-hamas-fatah-schism-8686.html> [13.09.2013].
- 7 | Der Politikwissenschaftler Hillel Frisch betrachtet dies weniger als Indikator für eine verstärkte Religiosität der Fatah, sondern als ein Instrument, um die Bevölkerung zu mobilisieren und eine Ausbreitung der Islamisten zu verhindern. Vgl. Hillel Frisch, „Has the Israeli-Palestinian Conflict Become Islamic? Fatah, Islam, and the Al-Aqsa Martyrs’ Brigades“, in: *Terrorism and Political Violence*, 17, 3, 2005, 391-406.
- 8 | Vgl. Fred Halliday, *The Middle East in International Relations. Power, Politics and Ideology*, Cambridge University Press, Cambridge, 2005, 193-228.

Die Ausbreitung des Nationalismus wurde durch die Gründung moderner Staaten nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches, den Unabhängigkeitskampf gegen die politische und kulturelle Dominanz Europas und den wachsenden ideologischen Einfluss einiger nationalreligiöser muslimischer Gelehrter wie Jamal ad-Din al-Afghani, Mohammad Abduh und Rashid Rida beschleunigt.⁹ Der in den 1920er Jahren beginnende Konflikt zwischen Arabern und Zionisten in Palästina war in erster Linie das Aufeinanderprallen zweier nationalistischer Strömungen und somit eine Konsequenz dieser Entwicklung.

Unter Vertretern des politischen Islam gibt es ein breites Spektrum an Meinungen über den demokratischen Prozess und eine Teilnahme daran. Einige islamistische Theoretiker betrachten die Demokratie als ein ausländisches Konzept, das durch die Betonung der Volkssouveränität die Souveränität Gottes verneinen würde. Hingegen argumentieren andere, dass der Islam auf Grund der im Koran erwähnten Gleichheit aller Menschen, der Notwendigkeit gegenseitiger Konsultation (*Shura*) sowie des Strebens nach Konsens (*Ijma'*) nur durch ein demokratisches System repräsentiert werden könne.¹⁰ In Bezug auf Demokratiefähigkeit scheint oftmals die islamische Welt mit der größtenteils autoritär regierten arabischen Welt gleichgesetzt zu werden.¹¹ Fast die Hälfte aller Muslime lebt in Demokratien bzw. in Ländern, in denen ein demokratisches System zumindest vorübergehend vorherrschte.¹²

9 | Vgl. John L. Esposito, *Islam and Politics*, Syracuse University Press, New York, 1998, 48-61.

10 | Vgl. John L. Esposito und John O. Voll, „Islam and Democracy“, *Humanities*, 22, 6, 2001.

11 | Vgl. Alfred Stepan und Graeme B. Robertson, „An ‚Arab‘ More Than ‚Muslim‘ Electoral Gap“, *Journal of Democracy*, 14, 3, 2003, 30-44; Alfred Stepan und Graeme B. Robertson, „Arab, Not Muslim, Exceptionalism“, *Journal of Democracy*, 15, 4, 2004, 140-146.

12 | Vgl. Alfred C. Stepan, „Religion, Democracy, and the ‚Twin Tolerations‘“, *Journal of Democracy*, 11, 4, 2000, 37-57. Der Politikwissenschaftler Alfred C. Stepan klassifiziert dabei Pakistan, Bangladesch, Indonesien und die Türkei als eben solche Systeme. (Gemein ist diesen vier Ländern neben der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung, dass sie alle von weiblichen Ministerpräsidenten bzw. Staatspräsidenten regiert wurden.) Außerdem zählt er die muslimischen Einwohner Indiens und westlicher Demokratien hinzu.

DIE ANFÄNGE DES ISLAMISMUS UND DER AUFSTIEG DER MUSLIMBRÜDER

Von der britischen Mandatszeit (1920 bis 1948) bis zum Beginn der 1980er Jahre ist die Geschichte des politischen Islam in Palästina die Geschichte der Muslimbruderschaft.¹³ Zwar spielte der Islam auch in anderen politischen Bewegungen eine Rolle, doch nirgendwo anders war die Religion ein so inhärenter Bestandteil.

Die ägyptische Muslimbruderschaft (al-Ikhwan al-Muslimun) wurde 1928 vom Schullehrer Hassan al-Banna in Ismailia gegründet. Sie sollte als Werkzeug zur Wiederbelebung religiös-islamischer Prinzipien dienen und gleichzeitig als Frontbewegung gegen die britische Besetzung Ägyptens fungieren. Im Mittelpunkt der Doktrin der Muslimbrüder stand das Konzept des Dschihad. Der „große Dschihad“ wurde dabei als Mittel zur Katharsis begriffen, um fehlgeleitete Muslime zum wahren Islam zurückzuführen. Dieser neue Islam wurde als Renaissance verstanden, um die Muslime von den Fesseln der Tradition zu befreien.¹⁴ Der „kleine Dschihad“ bestand im aktiven Kampf gegen die Feinde des Islam. Damit waren primär die Institutionen des britischen Protektorats gemeint.¹⁵ Von Anfang an stand Palästina im Fokus der Muslimbrüder.¹⁶ Ganz deutlich zeigt sich hierin die Ambivalenz der Bewegung. Einerseits sah sie sich als spirituelle Bewegung, die sich der islamischen Erziehung und Bildung widmete. Andererseits bewies sie schon in ihrer Anfangszeit ein starkes politisches Bewusstsein, das sich über den

Im Mittelpunkt der Doktrin der Muslimbrüder stand das Konzept des Dschihad. Der wurde dabei als Mittel zur Katharsis begriffen, um fehlgeleitete Muslime zum wahren Islam zurückzuführen.

13 | Vgl. Ziad Abu-Amr, „ Hamas: A Historical and Political Background“, *Journal of Palestine Studies*, 22, 4, 1993, 5-19.

14 | Vgl. Sara Roy, *Hamas and Civil Society in Gaza. Engaging the Islamist Social Sector*, Princeton University Press, Princeton, 2011, 62-67.

15 | Der Islamwissenschaftler Tariq Ramadan bestreitet vehement, dass sein Großvater Hassan al-Banna die Anwendung von Gewalt in Ägypten befürwortet habe. Laut dessen Schriften sei sie lediglich in Palästina erlaubt, da sie dort eine Reaktion auf die Brutalität von Briten und Zionisten sei. Vgl. Tariq Ramadan, „Whither the Muslim Brotherhood?“, *The New York Times*, 08.02.2011, <http://nytimes.com/2011/02/09/opinion/09iht-edramadan09.html> [13.09.2013].

16 | Vgl. Jean-Pierre Filiu, „The Origins of Hamas: Militant Legacy or Israeli Tool?“, *Journal of Palestine Studies*, 41, 3, 2012, 54-70.

Kampf gegen die herrschenden Strukturen in der Region des Nahen Ostens, die sie als imperialistisch bezeichneten, definierte. Bereits in zeitgenössischen journalistischen Quellen wird die Bewegung nicht nur als religiös, sondern auch als politisch und nationalistisch charakterisiert.¹⁷

Mohammed Amin al-Husseini benutzte seit den 1920er Jahren den Islam, um die palästinensische und darüber hinaus die gesamte islamische Welt gegen den Zionismus zu mobilisieren.

Als die Muslimbrüder im Oktober 1945 einen ersten Ableger in Palästina gründeten, trafen sie auf einen fruchtbaren Boden für das Konzept des doppelten Dschihad. Mohammed Amin al-Husseini, der langjährige Großmufti von Jerusalem und Präsident des obersten islamischen Rats, benutzte seit den 1920er Jahren den Islam, um die palästinensische und darüber hinaus die gesamte islamische Welt gegen den Zionismus zu mobilisieren.¹⁸ Es war jedoch der syrische Gelehrte Izz ad-Din al-Qassam, der als erster palästinensischer Führer im britischen Mandatsgebiet das Konzept eines modernisierten und politisierten Islam als Mittel des Widerstands ansah. Während seines Studiums in Kairo kam er wahrscheinlich mit den Lehren von al-Afghani, Abduh und Rida in Kontakt. Diese drei Gelehrten setzten sich für die Erneuerung, Modernisierung und Politisierung des Islam ein. Das Eindringen westlicher Mächte in die islamische Welt konnte laut ihrer Lehre nur bekämpft werden, indem man bestimmte Werte der westlichen Zivilisation übernimmt, ohne dabei jedoch das Grundgerüst des Islam zu hinterfragen. Die Muslime sollten sich auf ihre jahrhundertalte Identität und die zivilisatorischen, wissenschaftlichen und ökonomischen Errungenschaften des Islam besinnen. Nur dann wären sie in der Lage, die westlichen Mächte aus der Region zu vertreiben und sich selbst zu regieren.

Al-Qassam kam erstmals 1921 nach Palästina. In Haifa traf er auf eine Schicht verarmter Palästinenser, die durch den Verkauf von landwirtschaftlichen Nutzflächen an jüdische Einwanderer aus Europa ihre Arbeit verloren hatten und sich in der Hafenstadt als Tagelöhner verdingten. In seinen Predigten in der Gerini- und später der Istiqlal-Moschee rief

17 | Vgl. Albion Ross, „Moslem Brotherhood Leader Slain As He Enters Taxi in Cairo Street“, *The New York Times*, 13.02.1949, <http://query.nytimes.com/mem/archive/pdf?res=F60915FB345C177B93C1A81789D85F4D8485F9> [13.09.2013].

18 | Vgl. Frisch, Fn. 7.

er zur Erneuerung des Islam auf und legte dar, wie der wachsende Wohlstand der herrschenden Klasse zu ihrer Armut beitrage. Nach und nach entwickelte er eine politische Ideologie, die die Gründung eines islamischen Staates auch mit Mitteln des physischen Kampfes gegen Briten und Zionisten vorsah. Er bildete mehrere Koranzirkel, die voneinander getrennt operierten. Dort fand neben religiöser Unterweisung auch militärisches Training statt.¹⁹ Nach dem Mord am jüdischen Polizisten Moshe Rosenfeld intensivierten die Briten den Kampf gegen die Schwarze Hand (al-Kaff al-Aswad), die Gruppe von al-Qassam. Im November 1935 wurden er und einige seiner Anhänger (*Qassamiyyun*) in einem Gefecht getötet.²⁰ Zuvor hatte sein Erscheinen in Palästina jedoch bereits den Machtverlust der alten muslimischen Eliten eingeleitet, denen er vorwarf, nichts gegen Briten und Zionisten zu unternehmen oder sogar mit ihnen zu kollaborieren.²¹

Nach und nach entwickelte al-Qassam eine politische Ideologie, die die Gründung eines islamischen Staates auch mit Mitteln des physischen Kampfes gegen Briten und Zionisten vorsah.

Für viele Palästinenser, die es auf Grund von Landverlust und Industrialisierung in urbane Gebiete zog und die so Teil des wachsenden städtischen Proletariats wurden, waren al-Qassams nationalreligiöse Lehren ein Weckruf. Seine Predigten und seine über den Tod hinaus bestehende Anhängerschaft waren maßgebliche Kräfte des großen arabischen Aufstands von 1936 bis 1939. Auch wenn sich die Muslimbruderschaft aus Gründen eines fehlenden Netzwerks in Palästina gegen eine aktive Teilnahme an der Revolte entschied, ist das Erbe al-Qassams für die weitere Entwicklungsgeschichte der Bewegung von großer Bedeutung. Der religiös-nationalistische Fokus der palästinensischen Muslimbrüder zeigt sich bereits in ihrer Charta von 1946. Darin geht es nicht nur um islamische Moralprinzipien und den Koran, sondern auch um den Kampf gegen Armut und Analphabetentum, die Steigerung des palästinensischen Lebensstandards sowie die Modernisierung der

19 | Vgl. Abdullah Schleifer, „Izz al-Din al-Qassam: Preacher and *Mujahid*“, in: Edmund Burke, III (Hrsg.), *Struggle and Survival in the Modern Middle East*, University of California Press, Berkeley und Los Angeles, 1993, 164-178.

20 | Vgl. Beverly Milton-Edwards, *Islamic Politics in Palestine*, I. B. Tauris, London und New York, 1999, 10-20.

21 | Vgl. Beverly Milton-Edwards und Stephen Farrell, *Hamas*, Polity Press, Cambridge und Malden, 2010, 18-30.

Gesellschaft.²² Ihre ersten Aktivitäten waren das Abhalten von Großveranstaltungen, das Werben um Spenden, die Eröffnung ihrer Zentrale in Jerusalem sowie der Aufbau von lokalen Vertretungen in Jaffa, Haifa, Nablus und anderen Städten.²³

Für al-Banna, den Gründer der Muslimbruderschaft, wurde die palästinensische Sache zum Hauptinstrument für die Mobilisierung. Er selbst besuchte den Gazastreifen im März 1948.

Die palästinensische Muslimbruderschaft war eng mit ihrer Mutterorganisation in Ägypten verbunden. Für al-Banna, den Gründer der Muslimbruderschaft, wurde die palästinensische Sache zum Hauptinstrument für die Mobilisierung. Er selbst besuchte den Gazastreifen im März 1948. Trotz der wachsenden Anhängerschaft waren die Brüder im anschließend ausbrechenden ersten israelisch-arabischen Krieg marginalisiert. Ihre Weigerung, ägyptischen Militäranweisungen zu folgen und Waffenstillstände einzuhalten, führte zu einer rapiden Verschlechterung im Verhältnis zu den ägyptischen Autoritäten.²⁴ In kurzer Abfolge kam es zum Verbot der Muslimbrüder, wofür diese sich mit dem Mord am ägyptischen Ministerpräsidenten Mahmud Noqrashi rächten, woraufhin al-Banna im Februar 1949 ebenfalls einem Mord zum Opfer fiel.

Im von Ägypten verwalteten Gazastreifen gründete der lokale Zweig der Muslimbrüder eine neue Gruppe, die Vereinigungsorganisation (Jam'iyat al-Tawhid). Ihre Mitglieder organisierten kulturelle Veranstaltungen und Aktivitäten für Jugendliche, um den muslimischen Glauben zu stärken, betätigten sich aber auch parteipolitisch. Der Beginn der Periode nach dem ägyptischen Militärputsch im Juli 1952 stand für die Muslimbrüder unter hoffnungsvollen Zeichen. Ein führender Vertreter der Gruppe wurde als Dank für die Unterstützung des Putsches zum Gouverneur von Gaza ernannt. Die Muslimbrüder waren unter anderem für die Verteilung von humanitären Gütern verantwortlich. Es war das erste Mal, dass sie direkten Kontakt zum politischen Alltagsgeschäft hatten. Zu diesem Zeitpunkt waren sie die größte politische Vereinigung in Gaza und hatten

22 | Vgl. Helga Baumgarten, *Hamas. Der politische Islam in Palästina*, Heinrich Hugendubel Verlag, Kreuzlingen und München, 2006, 25-26.

23 | Vgl. Amnon Cohen, *Political Parties in the West Bank under the Jordanian Regime, 1949-1967*, Cornell University Press, Ithaca und London, 1982, 144-208.

24 | Vgl. Filiiu, Fn. 16.

mehr Mitglieder als die Kommunistische Partei.²⁵ Doch die Weigerung, ihre Angriffe auf Israel einzustellen, und ein Attentatsversuch eines Muslimbruders auf den ägyptischen Ministerpräsidenten Gamal Abdel Nasser im Jahr 1954 führten zu einer erneuten Repressionswelle. Die Gruppe konnte nur noch geheim agieren und war gezwungen, in den Untergrund zu gehen.²⁶

Durch die Unterdrückung der Muslimbrüder und die Verhaftung führender Mitglieder wurde die Gruppe massiv geschwächt. Anschließend rückte eine junge Generation an die Spitze der Organisation. Viele von ihnen gaben der religiösen Unterweisung und Ausbildung (*Da'wa*) den Vorrang vor militanten Aktivitäten – eine Lehre aus den Erfahrungen mit den ägyptischen Autoritäten, die unabhängige politische und militante Aktivitäten nicht duldeten. Doch nicht alle Muslimbrüder waren mit diesem neuen Kurs einverstanden. Zu den Köpfen der Organisation gehörten zu diesem Zeitpunkt unter anderem Fathi Balawi, Salah Khalaf, Khalil al-Wazir, Yussef al-Najjar, Kamal Adwan und Assad Saftawi. Khalaf war in der Kairoer Palästinensischen Studentenvereinigung von Yasir Arafat aktiv und wurde zu einem engen Vertrauten des späteren Palästinenserführers. Später gab er sich den Namen Abu Iyad. Al-Wazir, der sich den Kampfnamen Abu Jihad gab, schlug der Führung der Muslimbrüder in Gaza vor, eine nichtreligiöse Organisation zu gründen, die den bewaffneten Kampf gegen Israel aufnehmen sollte. Seine Ideen wurden jedoch nicht ernsthaft in Betracht gezogen.²⁷ Diese beiden gründeten zusammen mit Arafat 1959 die Bewegung für die Befreiung Palästinas (*Harakat al-Tahrir al-Watani al-Filastini*), deren umgekehrtes arabisches Akronym zum Rufnamen der Organisation wurde: Fatah. Später traten auch Adwan, al-Najjar und

25 | Vgl. Mohammed K. Shadid, „The Muslim Brotherhood Movement in the West Bank and Gaza“, *Third World Quarterly*, 10, 2, 1988, 658-682.

26 | Vgl. Shaul Mishal und Avraham Sela, *The Palestinian Hamas: Vision, Violence, and Coexistence*, Columbia University Press, New York und Chichester, 2006, 16-20.

27 | Vgl. Khaled Hroub, *Hamas: Political Thought and Practice*, Institute for Palestine Studies, Washington, DC, 2000, 25-29.

Balawi der Fatah bei. Dass viele aus Arafats Kairoer Umfeld bekenkende Muslimbrüder waren, ist unumstritten. Ob er selbst jemals Mitglied war, ist hingegen unklar.²⁸

In jedem Fall hatte das religiös-nationalistische Umfeld in Gaza und Ägypten einen großen Einfluss auf die beiden heute dominierenden palästinensischen Bewegungen.²⁹ Die Reaktion der Muslimbrüder auf die neue Konkurrenz war eindeutig. 1960 sprach man sich gegen die Gründung der Fatah aus, da ihr Weg impraktikabel und zum Scheitern verurteilt sei. Dies führte zu

1960 sprach sich die Muslimbruderschaft gegen die Gründung der Fatah aus. Dies führte zu einem Bruch zwischen dem bewaffneten palästinensischen Widerstand und dem palästinensischen Islamismus.

einem historischen Bruch zwischen dem bewaffneten palästinensischen Widerstand und dem palästinensischen Islamismus.³⁰ In der Folge kam es zum Aufstieg eines jungen Predigers, der die neue Linie der Muslimbrüder in Gaza vorantrieb: Ahmad Yasin. Durch die Gründung einer Erziehungsstätte, in der er Koranunterricht gab und in der Sportaktivitäten angeboten wurden, verfügte er im Flüchtlingslager Shati bald über ein großes Ansehen und eine beträchtliche Anhängerschaft.³¹ Viele Palästinenser in Gaza, die meisten von ihnen Flüchtlinge, die so schnell wie möglich in ihre alte Heimat zurückkehren wollten, lehnten diesen Kurs jedoch ab. Sie befürworteten eine aktivere Strategie bis hin zum bewaffneten Kampf.

Im Westjordanland vereinigten sich die Muslimbrüder mit ihrer Mutterorganisation in Jordanien und bildeten keine eigenständige Organisation wie in Gaza. Ihnen ging es in erster Linie um die Werbung von neuen Mitgliedern und die Ausbildung einer Generation religiöser Palästinenser. Im hochpolitisierten Westjordanland litt ihr Ruf, da sie sich weigerten, zusammen mit anderen Organisationen israelische Ziele anzugreifen. Einige der meist linksgerichteten säkular-nationalistischen Guerillaeinheiten (*Fida'iyeen*), zu denen auch Mitglieder der Fatah gehörten, stellten offen ihren Atheismus zur Schau und bezeichneten die Muslimbrüder als Reaktionäre. Nur in einer kurzen Periode zwischen

28 | Vgl. Andrew Gowers und Tony Walker, *Arafat. Hinter dem Mythos*, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 1994, 12-24.

29 | Vgl. Baumgarten, Fn. 22, 28-31.

30 | Vgl. Hroub, Fn. 27.

31 | Vgl. Joseph Croitoru, *Hamas. Der islamische Kampf um Palästina*, C. H. Beck, München, 2007, 37-42.

1968 und 1970 griffen Einheiten der Muslimbrüder von Jordanien aus israelische Ziele an. Die Muslimbruderschaft in Gaza sprach sich gegen diese Terroroperationen aus. Als es im September 1970 auf Grund der zunehmenden palästinensischen Anschläge bzw. israelischen Gegenangriffe zum Konflikt zwischen den Fida'iyeen und der jordanischen Armee kam, erklärten die Muslimbrüder ihre Neutralität und beendeten jegliche militante Aktivitäten.³²

Säkular-nationalistische Gruppen warfen den jordanischen Muslimbrüdern bereits seit den 1950er Jahren vor, mit Jordaniens König Hussein zu kollaborieren. Immerhin waren sie die einzige politische Bewegung, die im Königreich legal operieren durfte, während politische Parteien verboten waren.³³ Ab dem Jahr 1951 nahmen sie an den jordanischen Parlamentswahlen teil. Als der König 1957 mit den Anhängern des nationalistischen Ministerpräsidenten Suleiman al-Nabulsi in Konflikt geriet, organisierten sie eine Reihe von Massendemonstrationen, um den Monarchen zu unterstützen.³⁴ Auch einige Muslimbrüder waren mit dieser Entwicklung unzufrieden. Einer von ihnen war Taquiddin an-Nabhani, der als Jugendlicher zu den Gefolgsleuten von al-Qassam gehört haben soll. Er verließ die Bruderschaft und gründete im Jahr 1953 die Partei der Befreiung (Hizb-ut Tahrir). Dabei soll die Kritik an der engen Verbindung der Muslimbrüder zum jordanischen Königshaus eine entscheidende Rolle gespielt haben. Außerdem beschuldigte er diese, sich nicht entschieden genug für die Einheit aller Muslime einzusetzen. Ursächlich dafür sei das nationalistische Verständnis der Brüder. Die Muslime müssten den Nationalismus überwinden, denn der sei eine Erfindung Europas, um die Muslime zu spalten und sie anschließend zu beherrschen.³⁵ An-Nabhani beschrieb seine Bewegung als politische Partei, deren Ideologie der Islam sei. Die islamische Weltanschauung sei die einzige Option für die Muslime, da der Kapitalismus auf der Trennung der Religion vom Sein basiere und der Kommunismus die Existenz eines Schöpfers verneine.³⁶ Ziel der Partei sei die Vereinigung aller Muslime in einem neuen Kalifat. Dabei setze man aus-

32 | Vgl. Hroub, Fn. 27, 29-36.

33 | Vgl. Baumgarten, Fn. 22, 21-22.

34 | Vgl. Shadid, Fn. 25.

35 | Vgl. David Commins, „Taqi al-Din al-Nabhani and the Islamic Liberation Party“, *The Muslim World*, 81, 3-4, 1991, 194-211.

36 | Vgl. Taquiddin an-Nabahani, *The System of Islam (Nidham ul Islam)*, Al-Khilafah Publications, London, 2002, 33-72.

Die Hizb-ut Tahrir entwickelte sich zu einer panislamischen Bewegung, deren Hochburg Zentralasien wurde. Sie nutzte das entstehende spirituelle, ideologische und politische Vakuum nach dem Zusammenbruch der UdSSR.

schließlich auf friedliche Mittel.³⁷ Am politischen Prozess nahm die Gruppe nie Teil, da dies mit der Legitimierung der Besetzung gleichgesetzt wurde. Bis heute verfügt die Bewegung über eine stabile, wenn auch zahlenmäßig geringe Anhängerschaft im Westjordanland und im Gazastreifen. Bis auf gelegentliche Demonstrationen tritt sie aber kaum in Erscheinung.³⁸ Nach dem Tod an-Nabhanis im Jahr 1977 entwickelte sich die Hizb-ut Tahrir sukzessive zu einer panislamischen Bewegung, deren Hochburg Zentralasien wurde. Dort nutzte sie nach dem Zusammenbruch der UdSSR das entstehende spirituelle, ideologische und politische Vakuum.

Während sich die Muslimbrüder aus dem bewaffneten Kampf zurückzogen und sich nur indirekt politisch betätigten, vor allem durch Aktivitäten im Jugend-, Sozial- und Wohlfahrtssektor, intensivierte die Fatah ihre Angriffe auf Israel. In den folgenden Jahren kam es dadurch zur paradoxen Situation, dass sich die Islamisten auf Tätigkeiten im Gazastreifen und dem Westjordanland beschränkten, während säkular-nationalistische Gruppen die Ausweitung und Transnationalisierung des Konfliktes betrieben und von Basen in Ägypten, Syrien, Jordanien und dem Libanon aus israelische Ziele angriffen. Dabei schreckten einige dieser Gruppen auch nicht davor zurück, Anschläge in Europa durchzuführen.

VORAUSSETZUNGEN FÜR DAS ENTSTEHEN DER HAMAS

In Folge des Sechstagekrieges im Juni 1967 und der israelischen Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens kam es zur Öffnung der Grenzen zwischen diesen beiden Gebieten und Israel. Die Muslimbrüder Gazas und Jordaniens schlossen sich daraufhin zur Gemeinde der Muslimbrüder in Jordanien und Palästina zusammen. Während die Fatah und andere Gruppen ihren Abnutzungskrieg gegen Israel fortsetzten, konzentrierten sich die Muslimbrüder

37 | Vgl. John Horton, „Hizb-ut Tahrir: Nihilism or Realism?“, *Journal of Middle Eastern Geopolitics*, 2, 3, 2006, 71-83.

38 | Vgl. Sergio Garcia-Arcos, „Hizb Al-Tahrir in Palestine: a new political actor?“, *Expert Analysis*, Norwegian Peacebuilding Resource Centre, 06/2013, http://peacebuilding.no/var/ezflow_site/storage/original/application/e9248be56edf96317bda8d7c18f31171.pdf [13.09.2013].

weiterhin auf Erziehung und Glaubensverbreitung. In der Zeit nach 1967 fingen sie aber auch an, sich zu institutionalisieren. Dabei half ihnen die Desillusionierung vieler Palästinenser in Folge der vernichtenden Niederlage der arabischen Armeen im Sechstagekrieg. Die alten Ideologien wie Panarabismus und Sozialismus befanden sich in der Krise. Yasin sah die Zeit für den Islam gekommen: „Der Islam ist die Zuflucht für die Menschen in Palästina. Nach der Niederlage 1967 fühlten die Menschen ein großes Bedürfnis nach Gott.“³⁹

In den folgenden zwei Jahrzehnten entstanden hunderte neuer Moscheen in Gaza und dem Westjordanland. In dieser Moscheebau-Periode wurde auch das Hauptquartier der Muslimbrüder, das Islamische Zentrum (al-Mujamma al-Islami), gegründet. Mitte der 1970er Jahre aufgebaut von Yasin, seit 1968 Anführer der Brüder in Gaza, und den beiden jungen Ärzten Abd al-Aziz ar-Rantisi und Mahmoud az-Zahar in Gaza-Stadt, setzte die Mujamma den Trend der zunehmenden Institutionalisierung und Politisierung der Muslimbrüder fort.⁴⁰ Innerhalb der Bruderschaft entstand eine streng vertikale Hierarchie, an deren Spitze der Exekutivrat und lokale Bezirkskomitees standen. Die Mitglieder wurden in die drei Kategorien Vollmitglieder, teilnehmende Mitglieder und unterstützende Mitglieder eingeteilt.⁴¹ Das Zentrum kontrollierte ein über den gesamten Gazastreifen gespanntes Netzwerk, bestehend aus Moscheen, Kliniken, Sportvereinen und Bildungseinrichtungen. Die dortigen Leistungen und Aktivitäten wurden von den Brüdern und ihren ausländischen Gebern stark subventioniert. Außerdem wurde von dort aus die Sammlung der islamischen Almosensabgabe *Zakat* koordiniert.⁴² In einer Art

39 | „Islam is the refuge for the people in Palestine. After the defeat in 1967, people felt a great need for God.“ Sa’id al Ghazali, „Islamic Movement versus National Liberation“, *Journal of Palestine Studies*, 17, 2, 1988, 179.

40 | Vgl. Croitoru, Fn. 31, 43-48.

41 | Vgl. Shadid, Fn. 25.

42 | Bis heute wird die Verwendung dieser freiwilligen Almosensabgabe durch lokale Komitees in Gaza und dem Westjordanland geregelt. Es ist unklar, inwieweit die Hamas davon profitiert. In letzter Zeit soll es jedoch Bestrebungen der Hamas-Regierung geben, die Arbeit der Zakat-Komitees stärker zu koordinieren. Vgl. Roy, Fn. 14, 113-118; Monika Bolliger, „Islamismus und Macht im Gazastreifen“, *Neue Zürcher Zeitung*, 03.06.2013, <http://nzz.ch/aktuell/international/uebersicht/1.18091754> [13.09.2013].

Adoptionsprogramm nahmen sich wohlhabende Familien armer Haushalte an. Die Mujamma bemühte sich auch in der Vermittlung und Schlichtung von Konflikten zwischen den verschiedenen Klans in Gaza. Es entstand eine islamisch geprägte institutionelle Infrastruktur, die als Grundlage für die zukünftige politische Betätigung diente.⁴³

Die israelische Militärbesatzung ließ die Islamisten gewähren. Sie konnten öffentlich große Demonstrationen abhalten und erhielten weiterhin ungehindert Geld aus dem Ausland. Dahinter steckte die israelische Hoffnung, der Erfolg der Gruppe könnte zur Schwächung militanter Organisationen beitragen. Das trat auch ein. Außerdem profitierten sie von einer Art islamischen Erwachen in den Palästinensergebieten und einer Politisierung des Islam in Folge der Islamischen Revolution in Iran im Jahr 1979. Umfragen aus den 1970er und 1980er Jahren belegen eine verstärkte Religiosität unter den Palästinensern. In einer Meinungsumfrage zwischen August 1983 und Februar 1984 bezeichneten sich 49 Prozent der Befragten als stark religiös und weitere 20,2 Prozent als moderat religiös. Dabei war die Zahl der sich als stark religiös Bezeichnenden in Gaza deutlich höher als im Westjordanland. Von den 25- bis 30-Jährigen gaben 14,7 Prozent an, sie würden häufiger beten als noch vor fünf Jahren.⁴⁴

Die Muslimbrüder in Gaza begannen mit der systematischen Unterdrückung von politischen und sozialen Organisationen, die sie als säkular identifizierten.

So konnten die Muslimbrüder ab Ende der 1970er Jahre aus einer Position der relativen Stärke heraus mit dem Kampf um die Vorherrschaft in Gaza beginnen. Die Muslimbrüder in Gaza begannen fortan mit der systematischen Unterdrückung politischer und sozialer Organisationen, die sie als säkular identifizierten. Teilweise nahm diese Auseinandersetzung die Form eines Kulturkampfes an. Auf sozialen Veranstaltungen wie Hochzeiten ersetzten sie nationalistische Ausdrücke und Symbole durch religiöse. Sie begannen, islamische Literatur in Umlauf zu bringen. Auf Protesten gegen die israelische Besatzung zeigten sie vermehrt Präsenz. Nicht nur in Gaza, sondern auch im Westjordanland wurden Demonstranten mit dem Koran in der Hand und einem „Gott ist groß“ auf den Lippen immer

43 | Vgl. Roy, Fn. 14, 70-95.

44 | Vgl. Shadid, Fn. 25.

zahlreicher.⁴⁵ Immer wieder griffen sie auch zu Gewalt, unter anderem an Universitäten im Westjordanland, die von säkular-nationalistischen Gruppen kontrolliert wurden.⁴⁶ Gleichzeitig blieben sie der politischen Partizipation gegenüber aufgeschlossen. Anders als im Westjordanland, wo 1972 und 1976 Lokalwahlen stattfanden, wurden Lokalräte in Gaza jedoch von der israelischen Militärbesetzung ernannt.⁴⁷ Dies führte dazu, dass traditionelle Machtstrukturen gefestigt wurden und es den Muslimbrüdern nicht möglich war, auf dem Weg der politischen Mobilisierung Einfluss auf die Lokalpolitik zu nehmen. Fanden jedoch Wahlen statt, schreckten die Brüder nicht davor zurück, am politischen Prozess teilzunehmen. Bei den Studentenwahlen an der Islamischen Universität im Januar 1983 gewann der Islamische Block (al-Qutla al-Islamiyya), die Liste der Muslimbrüder, 51 Prozent der Stimmen.⁴⁸ Auch bei den Studentenwahlen in Nablus und in Hebron schnitten die Brüder stark ab.⁴⁹

Bei den Studentenwahlen an der Islamischen Universität 1983 gewann die Liste der Muslimbrüder 51 Prozent der Stimmen. Auch bei den Studentenwahlen in Nablus und in Hebron schnitten die Brüder stark ab.

Seit Ende der 1970er Jahre entwickelte sich auch auf der islamistischen Seite eine ernsthafte Konkurrenz für die Muslimbrüder. Fathi Shikaki aus Rafah in Gaza kam beim Medizinstudium in Kairo mit radikalislamischem Gedankengut in Kontakt und wurde durch die Islamische Revolution in Iran dazu inspiriert, selbst aktiv zu werden.⁵⁰ Anders als die Muslimbrüder sah er den Kampf um Palästina als eine Angelegenheit für die gesamte islamische Welt an, den man primär militärisch führen müsse. Er wurde zum Begründer einiger kleinerer Zellen, die später unter dem Namen Islamischer Dschihad (al-Jihad al-Islami) zusammengefasst wurden. Zusammen mit dem spirituellen Anführer der Gruppe, Abd al-Aziz Odeh, konzentrierte er sich

45 | Vgl. Paul Hofmann, „Autonomy Is A Dirty Word To the Arabs Of Nablus“, *The New York Times*, 01.07.1979, <http://query.nytimes.com/mem/archive/pdf?res=FB0B13F83D5C11728DDA80894DF405B898BF1D3> [13.09.2013].

46 | Vgl. Shadid, Fn. 25.

47 | Vgl. Aude Signoles, „Local Government in Palestine“, *Focales collection*, 2010, 16-17, <http://www.afd.fr/webdav/site/afd/shared/PUBLICATIONS/RECHERCHE/Scientifiques/Focales/02-VA-Focales.pdf> [13.09.2013].

48 | Vgl. Filiu, Fn. 16.

49 | Vgl. Baumgarten, Fn. 22, 45.

50 | Vgl. Christoph Reuter, *My Life is a Weapon. A Modern History of Suicide Bombing*, Princeton University Press, Princeton und Woodstock, 2004, 94-96.

zunächst auf die Anwerbung neuer Anhänger. Es ließen sich vor allem junge Palästinenser rekrutieren, die unzufrieden mit den Kompromissen der PLO-Fraktionen und der als passiv empfundenen Haltung der Muslimbrüder waren. Die Gruppe betrachtete sich selbst als Vorhut und bezeichnete den Pfad, den die Muslimbrüder einschlugen, als „unrevolutionär“ und fehlgeleitet. Die Mitglieder sahen sich als die wahren Erben von al-Qassam – in einer Hand den Koran und in der anderen die Waffe.⁵¹ Sie hatten kein Interesse daran, sozial oder politisch aktiv zu werden. Bis heute hat der Islamische Dschihad kein politisches Profil entwickelt oder an Wahlen teilgenommen und konnte nie eine Anhängerschaft außerhalb seines Organisationskerns aufbauen. Unterstützt wird die Gruppe hauptsächlich durch das iranische Regime.⁵²

Dem passiven Widerstand folgte die Gründung erster bewaffneter Zellen. Dieser Kurswechsel wurde vor allem von Yasin gesteuert, der zusammen mit anderen Führungsmitgliedern eine paramilitärische Ausbildung organisierte.

Für die Muslimbruderschaft in Gaza und dem Westjordanland wurde die Gründung des Islamischen Dschihad zu einem Katalysator, der die Transformation von einer hauptsächlich sozial und teils politisch tätigen Organisation zu einer auch militärisch agierenden

Gruppe beschleunigte. Dem passiven Widerstand gegen die Besatzung folgte die Gründung erster bewaffneter Zellen. Dieser einschneidende Kurswechsel wurde vor allem von Yasin gesteuert, der zusammen mit anderen Führungsmitgliedern Waffen besorgte und eine paramilitärische Ausbildung organisierte. Die Eskalation Mitte der 1980er Jahre machte es für die Muslimbrüder notwendig, eine Synthese zwischen ihrem langfristigen Ziel, die Gesellschaft zu verändern, und dem bewaffneten Kampf herzustellen.

51 | Vgl. Elie Rekhess, „The Iranian Impact on the Islamic Jihad Movement in the Gaza Strip“, in: David Menashri (Hrsg.), *The Iranian Revolution and the Muslim World*, Westview Press, Boulder, 1990, 189-205, <http://jewish-studies.northwestern.edu/docs/rekhess-iran.pdf> [13.09.2013].

52 | Da die Exilführung der Hamas ab Ende 2011 aus Syrien abziehen begann und sich auf die Seite der gegen das Regime kämpfenden Rebellen schlug, reduzierte der Iran die Finanzzahlungen an die Hamas. Stattdessen fließt immer mehr Geld von Teheran an den Islamischen Dschihad, der wie das iranische Regime weiterhin Damaskus unterstützt. Für den Iran scheint die Gruppe mittlerweile ein verlässlicherer Partner zu sein als die autonom handelnde Hamas. Vgl. Fares Akram, „In Gaza, Iran Finds an Ally More Agreeable Than Hamas“, *The New York Times*, 31.07.2013, <http://nytimes.com/2013/08/01/world/middleeast/in-gaza-iran-finds-a-closer-ally-than-hamas.html> [13.09.2013].

Es wurden voneinander unabhängig agierende Zellen gegründet, die unter Namen wie Gruppe für Dschihad und Propaganda (Madjmuat al-Jihad wa-l-Dawa) firmierten und zwei Ziele verfolgten: Während das erste Ziel, der Kampf gegen die Besatzungsmacht, nur langsam anließ, verfolgte man das zweite Ziel, das Vorgehen gegen palästinensische Kollaborateure, Kriminelle, Drogenhändler und Spirituosenverkäufer, umso härter.⁵³

BEWAFFNETER KAMPF UND TERRORISMUS

Am 8. Dezember 1987 kam es zu einem verhängnisvollen Verkehrsunfall in Gaza, bei dem ein israelischer Lastwagen mit einem palästinensischen Sammeltaxi kollidierte. Bis heute ist nicht genau geklärt, ob es sich um einen Militärlastwagen handelte und ob ein oder zwei Sammeltaxis in den Unfall involviert waren. Unbestritten ist, dass vier palästinensische Arbeiter starben. Nach dem Unfall gab es spontane Massendemonstrationen in den gesamten Palästinensergebieten, die den Auftakt zur Ersten Intifada (1987 bis 1993) bildeten. Der Unfall wurde zu einem geplanten Racheakt für einen Tage zuvor in Gaza getöteten Israeli umgedeutet und galt fortan als Kulminationspunkt einer schleichenden Eskalation, die bereits Jahre zuvor einsetzte. Palästinensische Anschläge und israelische Vergeltungsschläge hatten sich bereits in den Jahren zuvor in immer kürzerer Zeit abgewechselt. Dahinter standen die sich verschlechternde soziale Situation in den Palästinensergebieten, eine zunehmende Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft und dem dortigen Arbeitsmarkt,⁵⁴ eine

53 | Vgl. Shadid, Fn. 25.

54 | Die Volkswirtin Sara Roy benutzte den Begriff Ent-Entwicklung (*de-development*) für die wirtschaftliche Situation in Gaza. Sie machte dafür die israelische Politik in Gaza verantwortlich, die unter anderem durch ein geringes Maß an Investitionen in die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur, diskriminierende Steuergesetze, die Ungleichbehandlung von israelischen und palästinensischen Produzenten, die Kontrolle des Warenverkehrs sowie Landnahme gekennzeichnet sei. Das geringe Maß an wirtschaftlicher Prosperität nach 1967 erklärte sie durch die relativ hohen Gehälter, die palästinensische Arbeiter in Israel erhielten, sowie Geldüberweisungen von im Ausland arbeitenden Palästinensern. Die positiven Auswirkungen seien aber beschränkt, da diese Einkommen weder in Gaza generiert noch investiert würden. Vgl. Sara Roy, „The Gaza Strip: A Case of Economic De-Development“, *Journal of Palestine Studies*, 17, 1, 1987, 56-88.

schleichende israelische Landenteignung zum Bau von Siedlungen und eine hochpolitische junge Generation.⁵⁵

Die Führung der Muslimbrüder trat umgehend zusammen, um zu beraten, wie mit der neuen Situation umzugehen sei. Der Druck der Straße erforderte es, die Besetzung direkt zu konfrontieren. Die organisatorische Antwort war die Gründung der Islamischen Widerstandsbewegung (Harakat al-Muqawama al-Islamiya), deren Akronym fortan als Rufname benutzt wurde: Hamas. Gleichzeitig bedeutet dieser Name so viel wie „Eifer“. In einem frühen Pamphlet wird dieser Schritt nicht nur mit der Besetzung Palästinas gerechtfertigt, sondern auch mit der zunehmenden Kompromissbereitschaft der PLO.⁵⁶ Durch diese

Als die Demonstrationen und Streiks nicht abnahmen, entschieden sich die Brüder, die Hamas unwiderruflich als Arm der palästinensischen Muslimbrüder zu bezeichnen.

Neugründung konnten sich die Muslimbrüder ein neues organisatorisches Vehikel zulegen. Im Falle eines raschen Abflauens der Gewalt hätten die Muslimbrüder die Hamas wieder auflösen können, um sich als Muslimbruderschaft ihren traditionellen Zielen zu widmen. Als die Demonstrationen und Streiks jedoch nicht abnahmen, entschieden sich die Brüder, die Hamas unwiderruflich als Arm der palästinensischen Muslimbrüder zu bezeichnen. In der Folgezeit kam es zu einer schrittweisen Gleichsetzung von Muslimbruderschaft und Hamas.

Ihre Flugblätter, Schriften und die im August 1988 publizierte Hamas-Charta offenbarten erneut die Janusköpfigkeit der Organisation. Einerseits wurde darin offen religiös, antisemitisch und frauenfeindlich argumentiert. Die Autoren benutzten Stereotypen aus der Tradition des christlich-europäischen Antisemitismus. Die Juden werden als allmächtig charakterisiert. Sie seien verantwortlich für alles Übel in der Welt, von den beiden Weltkriegen bis hin zum Drogenhandel der heutigen Zeit. Auch das antisemitische Machwerk der Protokolle der Weisen von Zion findet darin Erwähnung. Da die Bedrohung durch den Zionismus eine globale sei, müsse man auch global handeln. Gleichzeitig wird streng nationalistisch argumentiert. Die Hamas sei eine palästinensische Bewegung mit dem Ziel, einen islamischen Staat im gesamten Gebiet des historischen Palästina zu gründen. Sie stehe dabei in der Tradition von al-Qassam.

55 | Vgl. Croitoru, Fn. 31, 65-74; Baumgarten, Fn. 22, 37-48.

56 | Vgl. Hroub, Fn. 27, 292-301.

Der Nationalismus wird als untrennbarer Teil der religiösen Ideologie der Hamas bezeichnet.⁵⁷ Palästina bildet dabei den Kern dieser Weltanschauung, der von drei konzentrischen Kreisen umgeben ist: der arabischen, der islamischen sowie der übrigen Welt.⁵⁸ Damit trat man in eine direkte Konkurrenz zur PLO, die für sich das Monopol im „nationalen Befreiungskampf“ beanspruchte. Durch die Proklamation eines unabhängigen palästinensischen Staates in den von Israel 1967 besetzten Gebieten am 15. November 1988 wurde aber deutlich, dass die PLO der Hamas in Sachen Konzessionsbereitschaft und Pragmatismus um Längen voraus war. Die damit verbundene Zweistaatenlösung war für die Hamas zu diesem Zeitpunkt noch völlig undenkbar. Die Charta büßte im Laufe der Jahre, besonders im Zuge der Parlamentswahlen vom Januar 2006, ihre Rolle als maßgebliches Dokument der Hamas ein. Trotz mehrmaliger Ankündigungen wurde sie aber nie geändert oder formal degradiert.

Durch die Proklamation eines unabhängigen palästinensischen Staates im November 1988 wurde deutlich, dass die PLO der Hamas in Sachen Konzessionsbereitschaft und Pragmatismus um Längen voraus war.

In den Jahren der Intifada wurde der militärische Einfluss der Hamas zunehmend größer. Zwar partizipierte die Hamas weiterhin regelmäßig an Universitäts-, Gewerkschafts- und Handelskammerwahlen, doch nahm der militante Kampf eine dominante Position ein. Was mit Demonstrationen begann, entwickelte sich bald zu Steinwürfen und Anschlägen mit Molotowcocktails bzw. kulminierte in Messerattacken, Schießereien und Entführungen. Von zentraler Bedeutung für die Eskalation waren die Zusammenstöße auf dem für Muslime sakrosankten Tempelberg, dem al-Haram asch-Scharif, in Ostjerusalem im Oktober 1990, bei denen israelische Polizisten 17 Palästinenser erschossen. Einige Monate später wurde der bewaffnete Arm der Hamas gegründet, die Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden. Während die Situation in den Palästinensergebieten eskalierte, begannen am 20. Januar 1993 in Norwegen Geheimverhandlungen zwischen Israel und der PLO, die zu den Oslo-Verträgen führten. Diese gaben den Palästinensern zum ersten Mal eine gewisse Teilautonomie und ermöglichten die Gründung der PA. Außerdem sollte damit der Grundstein für einen endgültigen Friedensvertrag und

57 | Vgl. Baumgarten, Fn. 22, 207-226.

58 | Vgl. Khaled Hroub, *Hamas: A Beginner's Guide*, Pluto Press, London und New York, 2010, 22-23.

die Gründung eines Palästinenserstaates gelegt werden. Die Kompromissbereitschaft der PLO schien letztendlich Früchte zu tragen. Die Hamas mit ihren Maximalforderungen stand davor, zur Marginalie zu werden. Nachdem Israel diese im Jahr 1989 zur Terrororganisation erklärt hatte, wurden führende Köpfe der Organisation verhaftet oder ins Exil verwiesen, darunter auch Yasin, der spirituelle Führer der Gruppe. Der Leiter des Politbüros, Musa Abu Marzuq, wurde im Juli 1995 in den USA festgenommen, wo er jahrelang gelebt hatte.⁵⁹



Khaled Meshal: Nach den Oslo-Verträgen hatten der neue Politbüroleiter und andere Führungsmglieder entschieden, den politischen und sozialen Flügel vom militärischen Flügel zu trennen. | Quelle: Trango ©D.

DER LANGE WEG ZUR POLITISCHEN PARTIZIPATION

Die Hamas befand sich nach den Oslo-Verträgen in einer existenziellen Krise. Der neue Politbüroleiter Khaled Meshal und andere Führungsmglieder entschieden, den politischen und sozialen Flügel vom militärischen zu trennen.⁶⁰ Fortan waren nur wenige Spitzenleute des politischen Flügels an militärischen Aktivitäten beteiligt. Für sie waren Popularität, Legitimität sowie Sichtbarkeit – kurz: politisches Überleben – ausschlaggebende Beweggründe für

59 | Vgl. Steven Greenhouse, „U.S. Detains Arab Tied to Militants“, *The New York Times*, 28.07.1995, <http://nytimes.com/1995/07/28/world/us-detains-arab-tied-to-militants> [13.09.2013].

60 | Vgl. Roger Gaess, „Interviews from Gaza: What Hamas Wants“, *Middle East Policy* 9, 4, 2002, 102-115.

ihr Handeln.⁶¹ Damit wurde ein Trend in Richtung größerer politischer Partizipation fortgesetzt, der bereits Anfang der 1990er Jahre eingesetzt hatte.

Im Jahr 1992 wurde ein internes Dokument entworfen, in dem davon ausgegangen wird, dass ein Vertrag zwischen Israel und der PLO möglich sei. Dieser könnte gewisse Autonomierechte wie das Abhalten von nationalen Wahlen beinhalten. Im Stile eines politischen Memorandums gehalten, wurden darin verschiedene Szenarien durchgespielt. Die Hamas schwankte zwischen einer Teilnahme an Wahlen und deren aktiver Bekämpfung. Die Chancen, eine Wahl mit gewaltsamen Mitteln verhindern zu können, wurden als gering eingeschätzt. Ein bloßer Boykott würde zur politischen Isolation führen, während eine Teilnahme als Anerkennung des israelisch-palästinensischen Abkommens gedeutet werden könnte. Auch schätzte man die Aussichten auf einen Wahlsieg als gering ein.⁶² Doch da die Gewalt auch nach der Schließung der Oslo-Verträge weiterging, blieb die Hamas vorerst auf ihrem militärischen Kurs. Während sie es in den ersten Jahren der Intifada noch verstand, die Kohärenz ihrer disparaten Anhängerschaft – urbane Jugendliche aus ärmlichen Verhältnissen, gläubige Mitglieder der Mittelschicht und eine islamistische Intelligenzija – zu bewahren, neigte man später zu offenem Terror, der auch innerhalb der Gruppe umstritten war.⁶³ Im Februar 1994 tötete der israelische Soldat Baruch Goldstein 29 betende Muslime in der Abrahams-Moschee in Hebron. In den darauffolgenden Wochen reagierte die Hamas mit einer Reihe von Terroranschlägen, darunter auch ein Selbstmordattentat, die zum Tod von mehr als einem Dutzend israelischer Zivilisten führten.⁶⁴ Doch auch der Konflikt mit der von der Fatah

61 | Vgl. Jeroen Gunning, „Peace with Hamas? The transforming potential of political participation“, *International Affairs* 80, 2, 2004, 233-255, <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1468-2346.2004.00381.x/pdf> [13.09.2013].

62 | Vgl. Shaul Mishal und Avraham Sela, „Participation without Presence: Hamas, the Palestinian Authority and the Politics of Negotiated Coexistence“, *Middle Eastern Studies* 38, 3, 2002, 1-26.

63 | Vgl. Gilles Kepel, *Jihad. The Trail of Political Islam*, I. B. Tauris, London, 2006, 323-334.

64 | Vgl. Israel Ministry of Foreign Affairs, „Fatal Terrorist Attacks in Israel Since the DOP (Sept 1993)“, 2000, <http://www.mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/Terrorism/Palestinian/Pages/Fatal%20Terrorist%20Attacks%20in%20Israel%20Since%20the%20DOP%20-S.aspx> [13.09.2013].

dominierten neu gegründeten PA verschärfte sich. Auf Druck Israels, aber auch wissend um den destruktiven Einfluss der Islamisten, ging die palästinensische Führung immer härter gegen die Hamas und den Islamischen Dschihad vor. Im November 1994 wurden bei einer Protestaktion in Gaza, die von diesen beiden Gruppen organisiert wurde, mindestens 14 Demonstranten von palästinensischen Sicherheitskräften erschossen.

Die Hamas hatte entschieden, an den ersten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1996 nicht teilzunehmen. Sie rief zwar zum Boykott auf, unternahm aber nichts, um den Urnengang zu verhindern.

In diesem Klima der Gewalt und der noch ausbleibenden Umsetzung der Oslo-Verträge fanden am 20. Januar 1996 die ersten palästinensischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Die Hamas hatte sich dafür entschieden, nicht teilzunehmen. Sie rief zwar zum Boykott auf, unternahm aber nichts, um den Urnengang zu verhindern. Tatsächlich motivierte sie einzelne Islamisten, als unabhängige Kandidaten bei den Parlamentswahlen anzutreten. Mindestens fünf von ihnen wurden in den Palästinensischen Legislativrat gewählt.⁶⁵ Palästinenserführer Arafat hatte zuvor alles dafür getan, Oppositionsparteien von den Wahlen fernzuhalten oder zumindest ihre Erfolgchancen zu minimieren. Vom Wahlsystem über den Zuschnitt der Wahlbezirke bis hin zu den Wahlkampfmodalitäten war alles darauf ausgerichtet, den Sieg der Fatah zu garantieren. So war es letztlich nicht der religiöse Charakter der Hamas, sondern politisches Kalkül, das zur Nichtteilnahme am politischen Prozess führte.

Die Periode bis zum Jahr 2000 war durch weitgehend ergebnislose Friedensverhandlungen charakterisiert. Dazu kamen wachsende Spannungen zwischen der Hamas und der PA. Nach Hamas-Anschlägen gegen Israel wurden wiederholt hunderte Islamisten von der PA verhaftet, auch wenn einflussreiche Hamas-Mitglieder sich kritisch gegenüber militärischen Aktionen äußerten. Zu den Festgenommenen gehörten auch Führungsmitglieder. Immer wieder kam es in den Gefängnissen zu Folter. Die PA übernahm der Hamas nahe stehende Moscheen und schloss deren soziale Einrichtungen.⁶⁶ Doch der Frust der Palästinenser

65 | Vgl. Mishal und Sela, Fn. 62.

66 | Vgl. Wendy Kristianasen, „Challenge and Counterchallenge: Hamas's Response to Oslo“, *Journal of Palestine Studies* 28, 3, 1999, 19-36.

spielte der weiterhin auf ihren Maximalforderungen bestehenden, aber durch Israel und die PA geschwächten Hamas in die Hände. Und auch die Islamisten waren überrascht, dass die gescheiterten Verhandlungen von Camp David und der provokante Besuch des israelischen Oppositionspolitikers Ariel Scharon auf dem Tempelberg in der Ostjerusalem Altstadt am 28. September 2000 zum Ausbruch einer neuen Intifada führten. Anfangs unorganisiert und dann von der Fatah unterstützt, verlief der Aufstand mehrere Monate ohne Beteiligung der Hamas. Ähnlich wie zu Beginn der Ersten Intifada, zögerte die Gruppe. Ihr Netzwerk aus sozialen und karitativen Einrichtungen sollte nicht in Gefahr gebracht werden. Als die Gewalt aber eine Stufe erreichte, die weit über alles bisher Dagewesene hinausging, und der populäre Ruf nach Vergeltung immer größer wurde, reagierte die Hamas mit einer Serie von Selbstmordanschlägen, die hunderte Israelis tötete. Viele ihrer Führungskräfte, darunter die Gründungsmitglieder Yasin, ar-Rantisi und Ismail Abu Shanab, wurden anschließend durch gezielte Angriffe der israelischen Armee getötet. Von einem Friedensprozess war nichts mehr zu spüren. Auch in der PA dachte niemand an die Durchführung einer zweiten Runde nationaler Wahlen. Ein großer Teil der politischen Infrastruktur wurde im Laufe des bis 2005 anhaltenden Aufstands zerstört.

Als der populäre Ruf nach Vergeltung immer größer wurde, reagierte die Hamas mit einer Serie von Selbstmordanschlägen, die hunderte Israelis tötete.

Noch vor dem Tod Arafats im November 2004 wurde beschlossen, zum ersten Mal seit 1976 Kommunalwahlen in den Palästinensergebieten durchzuführen. Die Hamas entschied sich unverzüglich dafür, an diesen teilzunehmen. Bereits seit Mitte der 1990er Jahre bestand sie auf der Durchführung von Kommunalwahlen. Arafat verschob diese möglicherweise genau deshalb, weil er ein starkes Abschneiden der Islamisten befürchtete. Die Hamas begründete ihre Teilnahme mit dem Charakter der Wahlen. Gemeinderatswahlen hätte es bereits vor den Oslo-Verträgen gegeben. Im Gegensatz zu Parlaments- und Präsidentschaftswahlen hätten diese direkten Einfluss auf den Umfang und die Art von Dienstleistungen. Es würde sich mehr um einen Exekutiv- als einen politischen Akt handeln.⁶⁷ Hinter diesem Kalkül steckte jedoch auch die Annahme, dass die eigenen Erfolgsaussichten durch das Scheitern des

67 | Vgl. Mishal und Sela, Fn. 62.

Oslo-Prozesses, das Blutvergießen sowie die Ausweitung der eigenen Sozialinfrastruktur, die durch die Zerstörung der offiziellen PA-Institutionen enorm an Bedeutung gewonnen hatte, erhöht seien. In vier Phasen wurden vom Dezember 2004 bis zum Dezember 2005 in mehr als 260 Gemeinden neue Lokalvertreter gewählt. Während die Fatah in rund 120 Gemeinden gewann, konnte die Hamas die Wahl in etwa 80 Gemeinden für sich entscheiden. In den Großstädten Nablus, Jenin und Qalqilya stellte sie fortan den Bürgermeister. In den christlich geprägten Städten Bethlehem und Ramallah wurden linksgerichtete Kandidaten mit Hilfe der Hamas gewählt. In ihren Hochburgen Gaza-Stadt und Hebron fand kein Wahlgang statt.⁶⁸

Bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2005 hatte die Hamas noch darauf verzichtet, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, wohlwissend, dass so kurz nach dem Tod Arafats ein jeglicher Fatahkandidat gewählt worden wäre.

Selbst für die Hamas war solch ein gutes Abschneiden eine Überraschung.⁶⁹ Daher entschied sie sich dafür, auch bei den Parlamentswahlen im Januar 2006 anzutreten. Bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2005 hatte man noch darauf verzichtet, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, wohlwissend, dass so kurz nach dem Tod Arafats ein jeder Kandidat der Fatah gewählt worden wäre. In der kurzen Zeit bis zu den Wahlen mussten die Islamisten ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen. Zum ersten Mal waren sie nun Teil des PA-Systems. Tausende Lokalangestellte waren von ihnen abhängig und für mehr als eine Million Palästinenser mussten sie Dienstleistungen bereitstellen. Zwar verfügen die Kommunen nur über ein geringes Maß an Entscheidungsbefugnissen, doch sind sie oftmals der größte Arbeitgeber und bieten Möglichkeiten zur Patronage. Es gab Berichte, denen zufolge die Hamas eigene Anhänger bei der Besetzung von Ämtern bevorzugen würde, ähnlich wie die Fatah es jahrzehntelang gemacht hatte. Auch in anderen Bereichen veränderte sich wenig. Politische und ideologische Debatten, was im Umgang mit der PA und Israel erlaubt sei, gab es kaum. Notwendige Kontakte mit Israel, um die Abwicklung grundlegender Dienstleistungen zu gewährleisten, wurden fortgeführt.

68 | Vgl. Arnon Regular, „1.1m Palestinians live in local councils controlled by Hamas“, *Haaretz*, 18.12.2005, <http://haaretz.com/print-edition/news/1.176882> [13.09.2013].

69 | Eine Ausnahme stellt vielleicht Mahmoud az-Zahar dar. In einem Interview im Jahr 2002 zeigte er sich davon überzeugt, dass die Hamas freie Kommunalwahlen und nationale Wahlen gewinnen würde. Vgl. Gaess, Fn. 60.

Der reibungslose Wechsel in vielen Lokalräten wurde auch dadurch begünstigt, dass die Hamas durch ihr weit verzweigtes soziales Netzwerk faktisch bereits Kommunalpolitik betrieb, wenn auch auf informeller Ebene. Während der Pragmatismus und die Effektivität der neuen Kommunen von internationalen Beobachtern gelobt wurden, gab es auch Kritik. Vereinzelt Berichte über die Absage von Kulturveranstaltungen weckten die Befürchtung, die Hamas könnte eine Islamisierung der Gesellschaft betreiben.⁷⁰

SIEG AUS DEM STAND

In der letzten Umfrage vor den Parlamentswahlen am 25. Januar 2006 deutete sich bereits ein starkes Abschneiden der Hamas an. Bei der vom 17. bis 19. Januar durchgeführten Meinungsbefragung kam die Liste der Fatah auf 42 und die Hamas-Liste Wandel und Reform auf 35 Prozent. Weitere sieben Prozent waren unentschieden.⁷¹ Auf Grund des Wahlsystems reichten am Wahltag wenige Prozent Vorsprung aus, um der Hamas zu einem überwältigenden Sieg zu verhelfen. Bei einer Wahlbeteiligung von rund 78 Prozent konnte sie 74 der 132 Mandate im Palästinensischen Legislativrat erringen, während die Fatah lediglich auf 45 Sitze kam. Neben dem Wahlsystem, das die größte Partei begünstigte, gab es auch noch andere Gründe für den erdrutschartigen Sieg der Islamisten. Die Fatah legte den Schwerpunkt ihres nationalen Wahlkampfes auf den Friedensprozess, der für die meisten Wähler auf Grund der nicht vorhandenen Fortschritte keine Priorität hatte. Darüber hinaus waren viele Wähler der jahrzehntelangen Herrschaft der Fatah überdrüssig. Die Unzufriedenheit mit der Regierungsführung in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Rechtsstaat und Sicherheit nutzte die Hamas aus, um sich als saubere Organisation zu präsentieren. Dazu kam die Zerstrittenheit des säkular-nationalistischen Lagers, das 56 Prozent der Stimmen erringen konnte. Die verschiedenen Parteien der PLO schafften es vor der Wahl

70 | Vgl. International Crisis Group (ICG), „Enter Hamas: The Challenges of Political Integration“, *Middle East Report* 49, 18.01.2006, <http://crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/israel-palestine/049-enter-hamas-the-challenges-of-political-integration.aspx> [13.09.2013].

71 | Vgl. Palestinian Center for Policy and Survey Research (PCPSR), „Special Public Opinion Poll on the Upcoming Palestinian Elections“, 2006, <http://pcpsr.org/survey/polls/2006/pre-electionsjan06.html> [13.09.2013].

nicht, sich auf gemeinsame Kandidaten zu einigen, während die Hamas ein hohes Maß an innerer Geschlossenheit und Disziplin zeigte.⁷²

Die Fatah entschied sich nach den Wahlen 2005 rasch dafür, in die Opposition zu gehen, während andere Parteien zwar mit der Hamas verhandelten, aber letztendlich ebenfalls nicht der Regierung beitraten.

Der im Januar 2005 gewählte Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas beauftragte im Februar den Spitzenkandidaten der Hamas, Ismail Haniyeh, mit der Regierungsbildung.

Schnell wurde deutlich, dass trotz des Aufrufs Haniyehs, alle Parteien sollten gemeinsam an der Bildung einer Regierung arbeiten, die alten Fehden stärker waren. Die Fatah entschied sich rasch dafür, in die Opposition zu gehen, während andere Parteien zwar mit der Hamas verhandelten, aber letztendlich ebenfalls nicht der Regierung beitraten. Ob dabei internationaler Druck eine Rolle spielte, ist unklar.⁷³ Ende März sprach das Parlament der Hamasregierung, der nur einige unabhängige Technokraten angehörten, das Vertrauen aus. Anschließend wurde sie von Abbas vereidigt. Doch schon bald beschuldigten die Islamisten die Fatah, sich nie mit ihrer Wahlniederlage abgefunden zu haben. Immer öfter kam es im Gazastreifen zu innerpalästinensischen Auseinandersetzungen und Anschlägen. Zwar schlossen Hamas und Fatah ein Versöhnungsabkommen und einigten sich auf die Bildung einer Einheitsregierung, doch führte das Misstrauen zu schweren Kämpfen im Juni 2007. Die Hamas eroberte innerhalb von wenigen Tagen den kompletten Gazastreifen. Viele Fatah-Mitglieder wurden verhaftet oder flohen. Damit begann die politische Zweiteilung der Palästinensergebiete mit einem Hamas-kontrollierten Gazastreifen und einem Fatah-dominierten Westjordanland. Das aus Vereinen, Clubs und Moscheen bestehende politische, soziale und karitative Netzwerk der Hamas im Westjordanland wurde von der PA aufgelöst. Viele Hamas-Mitglieder, darunter auch Abgeordnete und Bürgermeister, wurden von Israel oder der PA verhaftet, Hamas-Publikationen wurden verboten und es war den Mitgliedern lange nicht erlaubt, öffentlich aufzutreten oder zu demonstrieren. Ähnlich ging die Hamas gegen die Fatah in Gaza vor. Die diversen Versuche, eine Wiedervereinigung zwischen den beiden Territorien herbeizuführen, blieben bisher erfolglos, doch ist es den beiden Parteien

72 | Vgl. PCPSR, „Results of PSR Exit Polls For Palestinian PLC Elections“, 2006, <http://pcpsr.org/survey/polls/2006/exit/plcfulljan06e.html> [13.09.2013].

73 | Vgl. Baumgarten, Fn. 22, 181-184.

mittlerweile erlaubt, eine gewisse Präsenz im Gebiet des anderen zu zeigen. Durch den Sturz des islamistischen ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi, der bis zu seiner Wahl ein hochrangiges Mitglied der Muslimbrüder war, sowie die Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen Palästinensern und Israelis im Juli 2013 scheinen sich die Aussichten auf eine Aussöhnung zwischen Hamas und Fatah erneut verschlechtert zu haben. In der Fatah soll es Überlegungen geben, Gaza als „rebellische Provinz“ zu klassifizieren, um PA-Zahlungen an Gaza kürzen zu können und die Option zu haben, das Gebiet notfalls mit Gewalt zurückzuerobern.⁷⁴

UMGANG MIT REGIERUNGSVERANTWORTUNG

In Interviews mit Führungsmitgliedern, im Wahlprogramm für die Parlamentswahlen im Jahr 2006 und im Regierungsprogramm der kurzlebigen Einheitsregierung zeigt sich das Bild einer sich langsam reformierenden Hamas, die ihr religiöses mit ihrem nationalistischen Erbe auszusöhnen versucht.⁷⁵ Yasin, der spirituelle Kopf der Hamas, offerierte

74 | Vgl. Jodi Rudoren, „Pressure Rises on Hamas as Patrons’ Support Fades“, *The New York Times*, 23.08.2013, <http://nytimes.com/2013/08/24/world/middleeast/pressure-mounts-on-hamas-as-economic-lifelines-are-severed.html> [13.09.2013]. Auch das Auftauchen der Gruppe Tamarrud (*Rebellion*) in Gaza belastet das Verhältnis zwischen beiden Seiten. Eine Gruppe mit dem gleichen Namen hatte sich zuvor in Ägypten für den Sturz der Muslimbrüder eingesetzt. Daraufhin hatte sich auch in den Palästinensischen Gebieten eine Tamarrud-Gruppe gebildet, die die israelische Besatzung, Fatah und Hamas kritisierte. Eine von mehreren Gazavarianten der Gruppe, die sich mit vollem Namen „Rebellion gegen Ungerechtigkeit in Gaza“ nennt, rief in einem YouTube-Video vom 18. August zu Großdemonstrationen in Gaza am 11. November auf, um das Hamas-Regime zu stürzen. Sie warfen den Islamisten darin unter anderem Mord, Folter und Korruption vor. Der 11. November ist der Todestag Yasir Arafats. Die Hamas beschuldigte die Fatah und den ägyptischen Geheimdienst, hinter der Gruppe zu stecken. Vgl. dazu die Facebook-Seite der Gruppe: <http://fb.com/tamradgaza1> [13.09.2013].

75 | Eine Reihe von Autoren vergleicht den Wandel der Hamas mit der Transformation der Fatah bzw. der PLO zwischen den 1960er und 1980er Jahren. Auffallend ist dabei, dass sich in beiden Fällen die Strategie zur Befreiung Palästinas in ähnlicher Weise änderte. Wurde der bewaffnete Kampf über eine lange Zeit hinweg als einzige Möglichkeit betrachtet, einen eigenen Staat zu gründen, kamen später andere Optionen hinzu. Vgl. Michael Irving Jensen, *The Political Ideology of Hamas. A Grassroots Perspective*, I. B. Tauris, London und New York, 2009, 147-150.

bereits in einem Interview im Jahr 2002 die Anerkennung Israels unter der Bedingung, dass die israelische Seite die Rechte des palästinensischen Volkes anerkennt. Die Etablierung eines islamischen Staates solle man dem demokratischen Prozess überlassen. Ähnlich äußerte sich Abu Shanab, Gründungsmitglied der Hamas. Sollte sich Israel komplett aus den im Jahr 1967 besetzten Gebieten zurückziehen, würde man den bewaffneten Kampf einstellen. Nach der Gründung eines palästinensischen Staates und der Lösung der Flüchtlingsfrage auf Grundlage der Generalversammlungsresolution 194 der Vereinten Nationen wäre man eine Generation lang damit beschäftigt, einen funktionierenden Staat aufzubauen. In dieser Zeit könne man gute Beziehungen zu Israel haben. Was danach geschieht, würden die zukünftigen Generationen entscheiden. Bestehende Verträge müssten dabei aber eingehalten werden.⁷⁶

Das Regierungsprogramm von 2007 respektiert die von der PLO geschlossenen Abkommen, erkennt das Vorrecht der PLO an, Verhandlungen durchzuführen, und erwähnt die Möglichkeit eines endgültigen Abkommens mit Israel.

Im Wahlprogramm werden zwar auch das Recht zum bewaffneten Widerstand und die Notwendigkeit, die Scharia als Hauptquelle der Gesetzgebung zu benutzen, erwähnt, doch auf antisemitische Polemiken wird weitgehend verzichtet. Betont werden darin hin-

gegen die Notwendigkeit, Minderheitenrechte zu schützen, Frauenrechte einzuhalten und Meinungsfreiheit zu garantieren. Das Regierungsprogramm spricht davon, demokratische Institutionen zu etablieren, die drei Gewalten zu trennen und Bürgerrechte einzuhalten. Es respektiert darüber hinaus die von der PLO geschlossenen Abkommen, erkennt das Vorrecht der PLO an, Verhandlungen durchzuführen, und erwähnt die Möglichkeit eines endgültigen Abkommens mit Israel.⁷⁷

Die Worte und Schriften der Islamisten dürfen jedoch nicht über ihren Willen zur Macht hinwegtäuschen. Dass es nach der Spaltung der Palästinensergebiete zu einem Rückzug der PA aus dem institutionellen Gefüge Gazas kam und die meisten Mitarbeiter von Ramallah aus dafür bezahlt wurden, nicht zu arbeiten, gab der Hamas die Möglichkeit

76 | Vgl. Gaess, Fn. 60.

77 | Vgl. Michael Bröning, *Political Parties in Palestine. Leadership and Thought*, Palgrave Macmillan, New York, 2013, 15-56.

zu einem raschen Machtwechsel.⁷⁸ Als erstes wurde der Sicherheitsapparat übernommen, um der Hamas das nach Max Weber für den Aufbau eines Staates notwendige „Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit“⁷⁹ zu sichern. Der bewaffnete Arm der Hamas übernahm dabei die Aufgaben einer klassischen Armee, die nach außen hin operiert. Immer wieder erlaubte sie radikaleren Gruppen, Terroranschläge gegen Israel durchzuführen, oder unterstützte diese dabei. Im Einzelfall führte sie auch direkte Angriffe durch, die sie unter anderem mit religiösen Argumenten und mit der Notwendigkeit rechtfertigte, Rache zu nehmen. Dieses Vorgehen, das sich bis heute wiederholt, löste mehrere verheerende Gewalteskalationen zwischen dem bewaffneten Arm der Hamas und der israelischen Armee aus, in deren Verlauf die institutionelle Infrastruktur der Islamisten schwer beschädigt, aber nie zerstört wurde. Beendet wurden viele dieser Gewalttrunden durch informelle Waffenpausen, die die Hamas bemerkenswerterweise ebenfalls partiell mit islamischen Prinzipien legitimierte.⁸⁰ Die internen Sicherheitsstrukturen wurden umorganisiert. Die offizielle Trennung zwischen den al-Qassam-Brigaden und den Polizeikräften wird dabei nicht nur von der Fatah bestritten.⁸¹

In anderen Bereichen erwies sich die Transformation als wesentlich komplizierter. Die Legislative in Gaza war nicht arbeitsfähig, da sich Abgeordnete anderer Fraktionen weigerten, an Sitzungen teilzunehmen, und viele Hamas-Parlamentarier von Israel verhaftet wurden, nachdem die

78 | Vgl. Yezid Sayigh, „ Hamas Rule in Gaza: Three Years On“, *Middle East Brief* 41, Brandeis University, Crown Center for Middle East Studies, 03/2010, <http://brandeis.edu/crown/publications/meb/MEB41.pdf> [13.09.2013].

79 | Max Weber, *Politik als Beruf*, Duncker & Humblot, Berlin, 2010, 8.

80 | Nicht nur beim Rückgriff auf religiöse Argumente zur Rechtfertigung von Gewalt und Waffenpausen beweist die Hamas Pragmatismus. Auch andere Argumentationsstränge wie die angeblichen Erfolge ihrer Kampfstrategie werden je nach Opportunität zur Aufnahme bzw. Einstellung von Gewalt benutzt. Vgl. Joas Wagemakers, „Legitimizing Pragmatism: Hamas’ Framing Efforts From Militancy to Moderation and Back?“, *Terrorism and Political Violence* 22, 3, 2010, 357-377.

81 | Vgl. Jonathan Spyer, „Facts on the Ground: The Growing Power of Hamas’s Gaza Leadership“, *Middle East Review of International Affairs* 16, 2, 2012, 44-51, <http://gloria-center.org/wp-content/uploads/2012/07/Spyer-YA-au-PDF.pdf> [13.09.2013].

Gruppe den israelischen Soldaten Gilad Shalit entführt hatte. Das führte dazu, dass bis heute ein Rumpfparlament Gesetzesentwürfe verabschiedet und Dekrete von Präsident Abbas annulliert, auch wenn dabei das Mindestquorum von 67 Abgeordneten nicht erreicht wird. Laut Hamas-Argumentation wird das Quorum jedoch erfüllt, da Stellvertreter für inhaftierte Abgeordnete abstimmen und die Hamas-Abgeordneten im Westjordanland durch diverse Kommunikationsmittel eingebunden werden. Anfangs wurden verabschiedete Gesetzesentwürfe noch an Präsident Abbas gesendet. Da dieser nie reagierte, implementierte die Hamas die Ge-

Anfangs wurden von der Hamas verabschiedete Gesetzesentwürfe noch an Präsident Abbas gesendet. Da dieser nie reagierte, implementierte die Hamas die Gesetze und veröffentlichte sie in ihrer eigenen Version eines Gesetzblattes.

setze und veröffentlichte sie in ihrer eigenen Version eines Gesetzblattes. Sie berief sich dabei auf eine Rechtsklausel, die besagt, dass Gesetze in Kraft treten können, wenn der Präsident nicht auf sie reagiert. Seit 2009 veröffentlicht die Hamas Gesetze direkt, da sie das Amt des Präsidenten auf Grund fehlender Wahlen als vakant betrachtet. Die Gesetze beschränken sich jedoch auf das Notwendigste, da eine umfassende legislative Arbeit zu Unmut in der sich nach politischer Vereinigung sehnenenden Bevölkerung führen könnte. Daher wurde auch die Arbeit an einem neuen Strafgesetzbuch auf unbestimmte Zeit verschoben.⁸²

Die Judikative des Gazastreifens war nach der Spaltung funktionsunfähig und wurde daher rasch von der Hamas-Exekutive übernommen. Die Gerichte konnten so wieder ihre Arbeit aufnehmen.⁸³ Ein neu gegründeter Hoher Justizrat ist für die Ernennung von Richtern verantwortlich. Durch ein Gesetz vom Februar 2008 wurden ständige Militärgerichte sowie ein Oberstes Militärgericht errichtet. Diese verhandeln nicht nur Fälle, in denen Mitglieder der Sicherheitskräfte involviert sind, sondern auch Fälle mit Beteiligung von Zivilisten, wie die unter Todesstrafe stehende Kollaboration mit feindlichen Kräften. Es entstand zwar ein aktives Rechtswesen, das aber gleichzeitig

82 | Vgl. Nathan J. Brown, „Gaza Five Years On: Hamas Settles In“, Carnegie Endowment for International Peace, 11.06.2012, <http://carnegieendowment.org/2012/06/11/gaza-five-years-on-hamas-settles-in/birb> [13.09.2013].

83 | Vgl. ICG, „Ruling Palestine I: Gaza Under Hamas“, *Middle East Report* 73, 13.03.2008, <http://crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/israel-palestine/072-ruling-palestine-i-gaza-under-hamas.aspx> [13.09.2013].

gravierende Mängel aufweist. Das Strafrechtssystem ist gekennzeichnet durch Verhaftungen ohne Haftbefehle, fehlenden rechtlichen Beistand und Folter. Anwälte, die der Hamas kritisch gegenüber stehen, müssen mit teils gewalttätigen Repressionen rechnen.⁸⁴ Eine genuine Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative existiert daher nur auf dem Papier.

Der bürokratische Apparat in Gaza wurde mit loyalen Beamten besetzt.⁸⁵ Mittlerweile arbeiten etwa 50.000 Angestellte für die Hamas. Deren Gehälter sollen zwei Drittel des etwa 900 Millionen US-Dollar umfassenden Hamas-Budgets ausmachen. Eine separate islamische Wirtschaftsstruktur, in der die Hamas Anhänger unterbringen und Profite erwirtschaften könnte, scheint es nicht zu geben.⁸⁶ Die Haupteinnahmequellen der Hamas sind private und staatliche Hilfen aus dem Ausland,⁸⁷ die Besteuerung lokaler Unternehmen sowie Umsätze aus dem Tunnelbetrieb.⁸⁸ Bevor die ägyptische Armee im Frühjahr 2013 mit der Zerstörung vieler Tunnel begann, umfasste das weit verzweigte Tunnelsystem zwischen Gaza und der ägyptischen Sinai-Halbinsel mehrere hundert unterirdische Schächte. Mit zehntausenden Arbeitern war die Tunnelindustrie bis dahin der größte private Arbeitgeber in Gaza. Die Tunnel werden zum Schmuggel von Menschen und Waffen benutzt, aber ihre eigentliche Bedeutung liegt in

Bevor die ägyptische Armee im Frühjahr 2013 mit der Zerstörung vieler Tunnel begann, umfasste das weit verzweigte Tunnelsystem mehrere hundert unterirdische Schächte.

84 | Vgl. Bill Van Esveld, *Abusive System. Failures of Criminal Justice in Gaza*, Human Rights Watch, 2012, http://hrw.org/sites/default/files/reports/iopt1012ForUpload_0.pdf [13.09.2013].

85 | Gespräch der Autoren mit Khalil Shikaki, Direktor des PCPSR, einem langjährigen Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Gebieten, am 02.05.2013 in Ramallah.

86 | Vgl. Roy, Fn. 14, 144-151.

87 | Wegen der bereits erwähnten Unterstützung der Hamas für die syrischen Rebellen reduzierte das der syrischen Regierung weiterhin zur Seite stehende iranische Regime seine Finanzhilfen für die Hamas massiv. Soll der Iran die Hamas in der Vergangenheit mit jährlich rund 250 Millionen US-Dollar unterstützt haben, fließen mittlerweile angeblich nur noch 15 bis 20 Prozent dieses Betrags an die Islamisten. Vgl. Nidal al-Mughrabi, „Cornered Hamas looks back at Iran, Hezbollah“, *The Daily Star*, 21.08.2013, <http://dailystar.com.lb/News/Analysis/2013/Aug-21/228065.ashx> [13.09.2013].

88 | Vgl. Fares Akram, „Gaza’s Economy Suffers From Egyptian Military’s Crackdown“, *The New York Times*, 24.07.2013, <http://nytimes.com/2013/07/25/world/middleeast/gazas-economy-suffers-from-egyptian-crackdown.html> [13.09.2013].

der Einfuhr von Waren. Bis Anfang 2013 wurden durch diese jeden Tag hunderttausende Liter Treibstoff sowie tausende Tonnen Kies, Zement und Stahl für den Bausektor importiert.⁸⁹ Kontrolliert werden die Tunnel durch die Kommission für Tunnelangelegenheiten der Hamas-Regierung. Die Kommission veröffentlichte arbeitsschutzrechtliche Richtlinien, organisiert die Lizenzvergabe für den Bau von Tunneln und überwacht die Bezahlung von Gebühren, Zöllen und Steuern.⁹⁰

Dass es trotz dieser umfassenden Machtfülle nicht zu einer gezielten Islamisierung des politischen Systems und der Gesellschaft kam, spiegelt den politischen und nationalistischen Charakter der Hamas wider und belegt ihren Pragmatismus und ihre Flexibilität.⁹¹ Sie hatte auch kaum eine andere Wahl, als sich anzupassen, aus Fehlern zu lernen und auf Kritik der Bevölkerung adäquat zu reagieren, da sie durch die abrupte Machtübernahme gezwungen war, innerhalb kurzer Zeit Ergebnisse zu erzielen. Auf ihre eigenen fundamentalen Prinzipien konnte dabei nur selten Rücksicht genommen werden.⁹² So wurde das bestehende Grundgesetz nicht verändert und für die Polizeikräfte

89 | Aus einem Gespräch der Autoren mit Mohammed Saleem Skaik, Programmmanager des Palestinian Trade Center in Gaza, am 26.03.2013 in Gaza-Stadt. Trotz der kurzzeitigen Herrschaft der Muslimbrüder in Ägypten blieb das Misstrauen zwischen den ägyptischen Sicherheitskräften und Geheimdiensten auf der einen sowie der Muslimbruderschaft und der Hamas auf der anderen Seite bestehen. Nach dem Sturz des islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi im Juli 2013 gingen die Sicherheitskräfte verstärkt gegen die Tunnelwirtschaft vor, was für die Hamas schwere finanzielle Einbußen bedeutete sowie zu einer Treibstoffknappheit und zu Preissteigerungen führte. Darüber hinaus gab es in Ägypten eine Medienkampagne gegen die Hamas. Sie sei ein organisatorischer und politischer Teil der ägyptischen Muslimbrüder und an der Gewalteskalation in Ägypten beteiligt. Bereits unter dem ehemaligen Präsidenten Hosni Mubarak gab es vergleichbare Behauptungen, die von der Hamas und den Muslimbrüdern stets zurückgewiesen wurden. Vgl. Adam Morrow und Khaled Moussa al-Omrani, „Mideast: Brothers in Thought, Not in Arms“, Inter Press Service, 11.01.2009, <http://ipsnews.net/2009/01/mideast-brothers-in-thought-not-in-arms> [13.09.2013].

90 | Vgl. Nicolas Pelham, „Gaza’s Tunnel Phenomenon: The Unintended Dynamics of Israel’s Siege“, *Journal of Palestine Studies* 41, 4, 2012, 6-31.

91 | Vgl. Roy, Fn. 14, 161-189.

92 | Vgl. Menachem Klein, „ Hamas in Power“, *The Middle East Journal* 61, 3, 2007, 442-459.

sowie das Justizsystem wurden Frauen rekrutiert. Auf vielen Veranstaltungen der Hamas ist der traditionelle Tanz Dabke zu sehen, es wird nationalistische Musik gespielt und Hamas-Offizielle erheben sich zur Nationalhymne. All dies wäre vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen, da diese Symbole dem säkular-nationalistischen Lager zugeordnet werden.⁹³



Yasin (rechts) offerierte bereits in einem Interview im Jahr 2002 die Anerkennung Israels unter der Bedingung, dass die israelische Seite die Rechte des palästinensischen Volkes anerkennt. | Quelle: © Fayed Nureldine, picture alliance / AP Photo.

Dennoch kommt es zu einer schleichenden Ausbreitung konservativ-religiöser Werte und Verhaltensweisen. Religionsgelehrte, die der Hamas nahe stehen, üben mit ihren Erlassen Druck auf die Bevölkerung und die Verwaltung aus. An Schulen nimmt die religiöse Erziehung einen immer größeren Stellenwert ein. Lehrer setzten Schülerinnen unter Druck, sich islamischen Bekleidungs Vorschriften zu unterwerfen.⁹⁴ Es können hierfür mindestens drei Ursachen identifiziert werden:

93 | Vgl. ICG, „Radical Islam in Gaza“, *Middle East Report* 104, 29.03.2011, 26-27, <http://crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/israel-palestine/104-radical-islam-in-gaza.aspx> [13.09.2013].

94 | Vgl. ICG, Fn. 83.

Erstens ist Gaza schon lange deutlich islamisch-konservativer als das teils christlich geprägte Westjordanland. Ein Teil der Wählerschaft der Hamas erwartet, dass das neue Regime dem Rechnung trägt. Teilweise geht es bei neuen Gesetzen und Vorschriften lediglich um die Formalisierung bestehender Realitäten. So verabschiedete das Hamas-Parlament in Gaza ein neues Bildungsgesetz, das unter anderem die Geschlechtertrennung ab dem zehnten Lebensjahr einführte. Betroffen sind von dieser Regelung allerdings nur einige der 50 Privatschulen, da in den 398 öffentlichen Schulen sowie den 245 von UNRWA betriebenen Bildungseinrichtungen die Segregation von Mädchen und Jungen bereits seit Langem existiert.⁹⁵

Ein zweiter Grund für die Islamisierungstendenzen sind übereifrige Beamte und Sicherheitskräfte, die auf eigene Faust handeln. Sie wollen zeigen, wie nahe sie den angenommenen Werten der neuen Machthaber stehen. Dazu gehören das Verbot diverser Bücher durch Mitarbeiter des Innenministeriums sowie die Sanktionierung von Friseurläden, in denen männliche Angestellte Frauen die Haare schneiden.

Eine dritte Möglichkeit, eine schleichende Islamisierung zu ermöglichen, ist das gezielte Ausloten neuer islamischer Handlungsfelder. Initiativen werden von der Hamas eingeleitet und beibehalten, wenn es keinen Widerstand gibt. Bei starkem Protest werden kontroverse Regelungen (wie das Verbot, öffentlich Wasserpfeife zu rauchen, oder das Verhüllungsgebot für weibliche Anwältinnen im Gerichtssaal) wieder zurückgenommen oder nicht umgesetzt. Dabei hilft es den Islamisten, dass es selten zu formalisierten Entscheidungsprozessen kommt und unbeliebte Richtlinien von der Hamas als Fehler Einzelner abgetan werden können.⁹⁶ Dennoch führt diese Strategie der Hamas zu einer subkutanen Zunahme religiös motivierter Regularien. Die große

95 | Vgl. Costanza Spocci und Eleanora Vio, „Under Hamas, No More Coed Classes in Gaza“, *The Atlantic*, 23.05.2013, <http://theatlantic.com/international/archive/2013/05/under-hamas-no-more-coed-classes-in-gaza/276163> [13.09.2013].

96 | Vgl. ICG, Fn. 93, 26-31.

Mehrheit der Palästinenser in Gaza räumt dem Aufbau einer islamischen Gesellschaft jedoch keine Priorität ein.⁹⁷

Seit der Machtübernahme in Gaza hat die Hamas ein autoritäres Regime etabliert.⁹⁸ Der politische Raum ist extrem eingeschränkt. Eine Kontrolle der undurchsichtigen Regierungsarbeit findet nicht statt.⁹⁹ Oppositionelle Gruppen werden unterdrückt und zivilgesellschaftliche Einrichtungen drangsaliert. Nichtregierungsorganisationen, die bereits vor der Machtübernahme in Gaza aktiv waren, müssen sich beim Innenministerium neu registrieren lassen und benötigen eine offizielle Erlaubnis für

ihre jeweiligen Aktivitäten. Im Mediensektor sind die Restriktionen besonders groß. Die einzige Tageszeitung, die seit 2007 regelmäßig in Gaza zirkulieren kann, ist das Hamas-Blatt *Falasteen*.¹⁰⁰ Dabei richtet sich die Repression nicht nur gegen säkular-nationalistische Gruppen wie die Fatah. Die schwersten Auseinandersetzungen gibt es mit dem Islamischen Dschihad und extremistischen salafistischen Gruppen, die der Hamas eine Missachtung islamischer Prinzipien vorwerfen. Wie in klassischen autoritären Systemen üblich, gibt es in Gaza jedoch kein monolithisches Machtzentrum, sondern ein breites Spektrum an Meinungen und Ansichten, die hauptsächlich in der Hamas selbst vertreten werden. Dabei ist oft nicht klar, wo die Trennlinie zwischen der Hamas als Organisation und der

Wie in klassischen autoritären Systemen üblich, gibt es in Gaza ein breites Spektrum an Meinungen und Ansichten, die hauptsächlich in der Hamas selbst vertreten werden.

97 | In einer Umfrage des PCPSR vom Juni 2013 gaben nur 14 Prozent der Bewohner Gazas an, die Erziehung eines moralischen Individuums und die Bildung einer religiösen Gesellschaft hätten für sie nationale Priorität. Im Westjordanland lag die Zahl bei 14,4 Prozent. Allerdings ist die Zahl derjenigen Palästinenser, die die Etablierung eines demokratischen politischen Systems als wichtigste nationale Aufgabe betrachten, mit 9,5 Prozent noch geringer. Für die meisten Palästinenser hat weiterhin das Ende der Besatzung und die Etablierung eines souveränen Staates bzw. das Rückkehrrecht für Flüchtlinge Vorrang. Vgl. PCPSR, „Palestinian Public Opinion Poll No (48)“, 2013, <http://pcpsr.org/survey/polls/2013/p48e.html> [13.09.2013].

98 | Zu der hier verwendeten Definition von autoritären Regimen vgl. Juan J. Linz, *Totalitäre und autoritäre Regime*, Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin, 2003, 129-142.

99 | Das gilt besonders für das Budget und die Arbeit der Sicherheitskräfte. Aus einem Gespräch der Autoren mit Waleed al-Mudallal, Politikwissenschaftler an der Islamischen Universität Gaza, am 12.06.2013 in Gaza-Stadt.

100 | Vgl. Brown, Fn. 82.

Hamas als Regierungspartei verläuft.¹⁰¹ So ist Haniyeh zur gleichen Zeit Ministerpräsident und Führungsmitglied der Hamas. Das Politbüro sowie der Schura-Rat der Hamas in Gaza scheinen dabei als eine Art Überwachungsinstanz zu agieren, um die Regierungsarbeit mit den fundamentalen Prinzipien der Islamisten in Einklang zu bringen.¹⁰² Die Ausöhnungsversuche mit der Fatah haben bisher zwar keine Erfolge gezeitigt, doch entstand dadurch ein begrenzter Pluralismus in Gaza. Dieser wird allerdings von der Hamas kontrolliert. Die öffentlichen Verlautbarungen der Hamas sind durch Schlagwörter wie Nationalismus, Gerechtigkeit und Fortschritt geprägt. Die Umsetzung islamischer Prinzipien scheint keine Priorität zu haben, auch wenn es gelegentlich derartige Versuche gibt. Ist der Widerstand in Gaza dagegen zu groß, können Vorschriften auch wieder zurückgenommen werden. Ein nationalistisch geprägter Pragmatismus mit religiöser Einfärbung scheint innerhalb der Hamas die Oberhand über einen als Ideologie benutzten Islam gewonnen zu haben.¹⁰³

FAZIT

Die politische Kultur in den Palästinensischen Gebieten ist in maßgeblichen Teilen durch den Kampf gegen Israel determiniert. Die Auseinandersetzungen mit Briten und Israelis haben zum Entstehen eines starken Nationalbewusstseins geführt. Der Islam spielte dabei von Anfang an eine wichtige Rolle.

Die Hamas ist heute auch eine genuin politische Organisation, die versucht, Religiosität und Nationalismus in Einklang zu bringen. Der Islam hat dabei weiterhin eine herausgehobene Bedeutung. Ziel der Hamas ist die Gründung

101 | Vgl. Sayigh, Fn. 78.

102 | Das 15-köpfige Politbüro, die 77 Mitglieder des Schura-Rates sowie die lokalen Schura-Räte in Gaza wurden letztmals 2012 gewählt. Das Ergebnis der Wahlen lässt darauf schließen, dass die Hamas-Führung in Gaza an Autonomie gewonnen hat, während die Exilführung um Politbüroleiter Meshal an Einfluss verlor. Vgl. Ehud Yaari, „Secret Hamas Elections Point to Internal Struggle“, *PolicyWatch* 1936, The Washington Institute for Near East Policy, 16.05.2012, <http://washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/secret-hamas-elections-point-to-internal-struggle> [13.09.2013].

103 | Vgl. Helga Baumgarten, „The Three Faces/Phases of Palestinian Nationalism, 1948-2005“, *Journal of Palestine Studies* 34, 4, 2005, 25-48.

eines islamisch geprägten Staates mit einer starken Rolle für die Scharia. Doch in den Jahren nach den Oslo-Verträgen hat sie sich sukzessive in die offiziellen PA-Strukturen integriert, obwohl sie die Verträge bis heute ablehnt. Die Hamas wurde so Teil des politischen Systems. Die Muslimbrüder haben es trotz ihrer jahrzehntelangen sozialen und karitativen Arbeit jedoch nie geschafft, eine islamistische Generation heranzuziehen, wie es sich einst ihr Gründer vorstellte. Wenn die Hamas heute unpopuläre Entscheidungen trifft, lässt die Bevölkerung die Islamisten ihren Unmut darüber spüren.

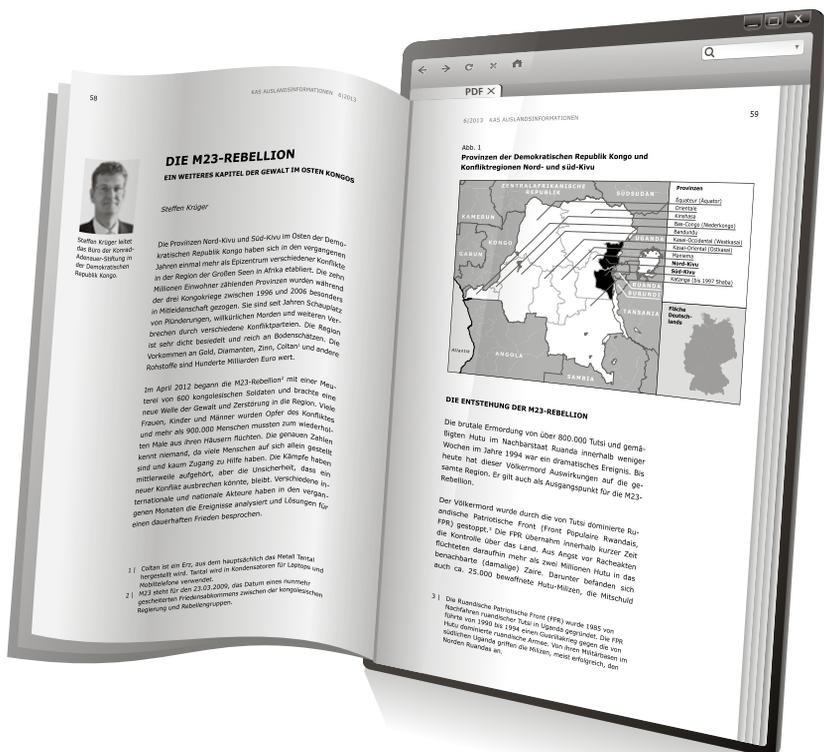
Das Entstehen eines diktatorischen Regimes in Gaza sowie Angriffe und Terroranschläge gegen Israel lassen sich nicht allein mit religiösen Einflussfaktoren erklären. Auch die Fatah verübte über eine lange Zeit hinweg Terroranschläge gegen Israel und pflegt eine autoritäre politische Kultur. Die Hamas hat es bisher nicht verstanden, ihre aus den Zeiten des bewaffneten Kampfes stammende Mentalität einer Untergrundorganisation völlig zu überwinden. Das Konzept von Kompromiss, Machtteilung und Verantwortlichkeit wurde von ihr nie vollständig verinnerlicht. Sie scheint zu glauben, dass, wer aus Wahlen als Gewinner hervorgeht, das Recht hat, absolute Macht auszuüben. So lange sie ihre politische Kultur nicht ändert, kann die Hamas kein Bestandteil einer palästinensischen Demokratie sein.

Der Artikel wurde am 13. September 2013 abgeschlossen.

Auslandsinformationen online

Die aktuellen Auslandsinformationen schon vor der gedruckten Ausgabe und sämtliche Beiträge seit 1995:

www.kas.de/auslandsinformationen



deutschsprachige Ausgabe
kas.de/auslandsinformationen

Gedruckte Ausgabe abbestellen: redaktion-auslandsinformationen@kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

ISLAMISCHE PARTEIEN UND DEMOKRATIE IN INDONESIA

ERFAHRUNGEN AUS DEM GRÖSSTEN MUSLIMISCHEN LAND DER WELT

Jan Woischnik / Philipp Müller

Mit den Umbrüchen in der arabischen Welt und den anschließenden Wahlerfolgen islamischer und islamistischer Parteien in verschiedenen Ländern ist die Rolle des politischen Islam beim Aufbau und der Stabilisierung demokratischer Staatswesen erneut ins Blickfeld der weltweiten Öffentlichkeit geraten. Die aktuelle und zukünftige Politik der neuen Akteure auf dem demokratischen Parkett gilt internationalen Beobachtern als konkreter realpolitischer Testfall für die Kompatibilität islamischer Parteien mit Werten wie Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz und Gleichberechtigung in der gesamten muslimischen Welt. Dabei gibt es längst Erfahrungen aus der Praxis, wonach Parteien mit einer dezidiert islamischen Agenda nach systemischen Umbrüchen und anschließenden Wahlen eine maßgebliche Mitregierungsverantwortung zukam. Dazu zählt Indonesien. In dem südostasiatisches Land leben die meisten Muslime weltweit, seit nunmehr 15 Jahren ist das Inselreich ein demokratischer Staat – und das unter entscheidender Mitwirkung islamischer Parteien.

Was sind dies für Parteien, und was zeichnet sie programmatisch und ideologisch aus? Was bedeutete für sie das Ende einer autoritären Ära (Suharto 1998) und die nachfolgende demokratische Öffnung (*reformasi*), und welche Entwicklung haben sie seither genommen? Waren und sind sie als Herausforderung oder vielleicht sogar als Chance für die indonesische Demokratie anzusehen? Und nicht zuletzt: Welche Erkenntnisse kann die demokratische Erfahrung Indonesiens mit islamischen Parteien – trotz aller kultureller und politischer Unterschiede – etwa für die



Dr. Jan Woischnik ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indonesien und Ost-Timor.



Philipp Müller ist Trainee im Auslandsbüro Indonesien und Ost-Timor und Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Länder der arabischen Welt und, damit einhergehend, für die mit der Demokratieförderung betrauten internationalen Akteure gegebenenfalls liefern?¹

POLITISCHER ISLAM IN INDONESIEN: AUS DEM UNTERGRUND AUF DIE REGIERUNGSBANK

Indonesien ist das größte muslimische Land der Welt. 88 Prozent der rund 240 Millionen Einwohner bekennen sich zum Islam. Das südostasiatische Inselarchipel, das durch Händler vom indischen Subkontinent im 16. Jahrhundert erstmals islamisiert wurde, hat dennoch keine islamische Staatsform bzw. ist kein islamischer Gottesstaat, sondern erlaubt unter Bezugnahme auf die offizielle Staatsideologie der *Pancasila* ausdrücklich das Bekenntnis zu sechs Religionen: Islam, Protestantismus, Katholizismus, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus. Seit der *reformasi* von 1998 hat das Land eine demokratische Staatsverfassung. Daran hat sich bis heute nichts geändert, wenngleich seit wenigen Jahren von einer demokratischen Stagnation gesprochen wird, die sich vor allem dadurch bemerkbar macht, dass die qualitative Weiterentwicklung demokratischer Prozesse, Strukturen und Institutionen ins Stocken geraten ist. Zwar stellten islamische Massenorganisationen seit ihrer Gründung in den 1920er und 1930er Jahren immer wieder auch politische Forderungen, politische Parteien mit klar muslimischer Agenda existieren allerdings erst seit der Unabhängigkeit Indonesiens von den Niederlanden.²

- 1 | Dieser Beitrag behandelt in Anlehnung an den Titel dieser Ausgabe der *Auslandsinformationen* vornehmlich die islamisch orientierten politischen Parteien und nur in einem sehr kurz gehaltenen Exkurs zusätzlich das in Indonesien umfangreiche und vielschichtige Phänomen des Islamismus bzw. politischen Islam außerhalb des Parteienspektrums. Auch werden die äußerst einflussreichen muslimischen Massenorganisationen Muhammadiyah oder Nahdatul Ulama (NU) nur mit Blick auf deren Einfluss auf politische Parteien behandelt. Der Beitrag erhebt somit keinen Anspruch auf Vollständigkeit.
- 2 | Indonesien hatte bereits am 17. August 1945 seine Unabhängigkeit von der niederländischen Kolonialmacht erklärt. In den darauffolgenden Jahren kam es allerdings wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Indonesien und der langjährigen Kolonialmacht Niederlande, so dass Indonesien letztlich erst nach einer VN-Konferenz in Den Haag 1949 auch rein formal seine Souveränität erhielt. Vgl. VN, „World Recognition and Indonesia’s Sovereignty“, <http://www.un.int/indonesia/Indonesia/Indonesia/Indonesia-2.html> [27.07.2013].

Unter Staatsgründer und Präsident Sukarno (1945 bis 1967) und dessen Nachfolger Suharto (1967 bis 1998) wurde der Islam als Religion zwar gefördert, als politische Ideologie jedoch zurückgedrängt und marginalisiert, wenngleich er im Gegensatz zu anderen muslimischen Ländern nicht zum ausgesprochenen Erzfeind der herrschenden säkularen Machtelite erklärt wurde.



Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono: Vier islamische Parteien sind Teil seiner Regierungskoalition. | Quelle: Marcello Casal, Agência Brasil ©🇮🇩.

Nach Jahrzehnten autoritärer Herrschaft brachte die Asienkrise den Stein ins Rollen, und Indonesien erlebte 1997 eine demokratische Öffnung, die neben einer neugewonnenen zivilgesellschaftlichen Freiheit auch zahlreiche Parteigründungen ermöglichte. Auch die religiös-politische Szene – zu Zeiten Suhartos in soziale und humanitäre Bereiche verdrängt – erwachte aus ihrem während der *Orde Baru* (sog. „Neue Ordnung“ unter Suharto) erzwungenen Dornröschenschlaf. Die Folge war die Gründung von 42 Parteien mit islamischer und islamistischer Symbolik oder Ideologie. Davon erfüllten letztendlich 20 die notwendigen Voraussetzungen, um bei der ersten Wahl nach dem Ende der Ära Suharto im Jahr 1999 antreten zu können.³ Die Hälfte davon errang mindestens einen Sitz im Nationalparlament. Einige dieser Parteien spielen seitdem eine entscheidende Rolle beim Auf- und Ausbau der indonesischen

3 | Bahtiar Effendi, *Islam and the State in Indonesia*, Ohio University Press, Ohio, 2004, 200.

Demokratie, indem sie bei nationalen Wahlen teilweise einen erheblichen Stimmenanteil generieren konnten oder etwa Teil der verschiedenen Regierungskoalitionen waren oder noch immer sind. Ihre Spitzenfunktionäre und Eliten besetzen wichtige Posten in Politik und Kabinett, Verwaltung und Institutionen des indonesischen Staates.

ISLAMISCHE UND ISLAMISTISCHE PARTEIEN IN INDONESIEN – HERKUNFT, PROFIL UND PROGRAMM VON PKS, PKB, PAN UND PPP⁴

In der seit 2009 regierenden Sechs-Parteien-Koalition unter Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono von der *Partai Demokrat* (Demokratischen Partei, PD) sind vier islamische Parteien vertreten. Die mitgliederstärkste, erfolgreichste und damit derzeit noch immer einflussreichste islamische Partei in Indonesien ist die *Partai Keadilan Sejahtera* (Wohlfahrts- und Gerechtigkeitspartei, PKS). Sie wurde von jungen Intellektuellen der Missionsbewegung *Tarbiyah* gegründet und ist Nachfolgerin der Partei PK, die es bei den ersten freien Wahlen nicht in das Parlament

Gewählt wurde die PKS zunächst vor allem von gebildeten urbanen Mittelschichten, über die Jahre hinweg konnten jedoch immer mehr Wählerstimmen auch aus dem ländlichen Milieu gewonnen werden.

schaffte und sich aufgrund dessen eine tiefgreifende institutionelle und organisatorische Neuordnung verschrieb. Den Gründern diente lange die ägyptische Muslimbruderschaft als programmatische Inspiration.

Gewählt wurde sie zu Beginn ihrer parlamentarischen Laufbahn vor allem von gebildeten urbanen Mittelschichten im Großraum Jakarta, über die Jahre hinweg konnten jedoch immer mehr Wählerstimmen auch aus dem traditionalistisch-ländlichen Milieu gewonnen werden. Die PKS ist die einzige echte Kaderpartei Indonesiens, sie betreibt eine systematische Jugendarbeit zur Ausbildung zukünftiger Politiker sowie professionelle Rekrutierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. PKS-Mitglieder durchlaufen ein jahrelanges Training in Kleingruppen. Bestandteil solcher Trainings sind nicht nur politische Lehrvorträge und Themen wie Wahlkampfführung, sondern auch Meditations- und Beichtübungen sowie Koranrezitationskurse.

4 | Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden hier nicht alle existierenden islamischen und islamistischen Parteien diskutiert, sondern lediglich die wichtigsten Parteien, die darüber hinaus Mitglied der aktuellen Regierungskoalition sind.

Dies bezeichnen Kritiker als „ideologisch-religiöse [...] Indoktrination“.⁵

Mittlerweile gibt sich die PKS moderat islamisch und wirbt für Werte wie Ehrlichkeit und Gerechtigkeit sowie den Kampf gegen Korruption, Prostitution und Drogen. Sie betont, dass zwar alle Themen ihrer Agenda durch den islamischen Hintergrund der Parteifunktionäre geprägt seien, sie aber nicht die Errichtung eines Islamstaats anstrebe. Zu Beginn war das Ziel allerdings eine auf demokratischem Weg einzuführende islamische Gesellschaft, die ihre Grundlage in der Scharia haben sollte. Seit der Gründung und bis zu den Wahlen 2004 wurde von Seiten der PKS stark für die Einführung der Scharia geworben, seitdem wurde aber immer mehr Abstand von derartigen islamistischen Zielsetzungen genommen. So konzentrierten sich die Parteistrategen und Wahlkämpfer zuletzt mehr auf das Thema der Korruptionsbekämpfung, mit Erfolg: Bei den Wahlen 2009 erreichte die PKS mit 7,8 Prozent das beste Ergebnis aller islamischen Parteien. Ihre Wählerschaft fand die PKS vor allem im religiös-geprägten, urbanen Milieu, wo sie sich als Law-and-order-Partei inszenierte und gegen die indonesischen Grundübel Korruption und Nepotismus vorzugehen versprach.

Bis zu den Wahlen 2004 wurde von Seiten der PKS stark für die Einführung der Scharia geworben, seitdem konzentrierten sich die Parteistrategen jedoch mehr auf das Thema der Korruptionsbekämpfung.

Auch das programmatische Vorbild hat im Laufe der Jahre gewechselt. Auf der Suche nach ideologischen, institutionellen und programmatischen Modellen hat sich die PKS in den letzten Jahren immer mehr von der ägyptischen Muslimbruderschaft entfernt, der sie lange Zeit nacheiferte. Diese Vorbildrolle hat heute die türkische Regierungspartei AKP inne. In dieser sieht die Führungsspitze der PKS ein erfolgreiches Beispiel des Wandels einer islamistischen Partei hin zu einer breiten muslimischen Massenpartei mit Regierungsverantwortung.

5 | Matthias Heilmann, „Islamismus in Indonesien: Der Erfolg der Gerechtigkeits- und Wohlfahrtspartei und seine möglichen Auswirkungen“, *ASEAS – Österreichische Zeitschrift für Südostasienwissenschaften*, Nr. 1, 2008, 21, http://seas.at/aseas/1_1/ASEAS_1_1_A3.pdf [09.09.2013].

Ulama-Familien hatten oft wichtige Positionen in der Massenorganisation Nahdatul Ulama inne. Folglich rekrutiert sich die Anhänger- und Wählerschaft der PKS vor allem aus dem ländlichen Raum Ostjawas.

Die *Partai Kebangkitan Bangsa* (Partei des Volkserwachens, PKB) hat ihren Ursprung in einem Milieu, das durch traditionalistische, javanische Glaubenspraktiken geprägt war. Häufig bestand auch eine Verbindung zu sog. *Ulama*-Familien, die als gelehrt galten und oftmals Internate (*pesantren*) betrieben. Gleichzeitig hatten diese *Ulama*-Familien wichtige Positionen in der Massenorganisation Nahdatul Ulama inne.⁶ Folglich rekrutiert sich die Anhänger- und Wählerschaft der Partei vor allem aus dem ländlichen Raum Ostjawas. Die Partei ist untrennbar mit dem ersten demokratisch gewählten Staatspräsidenten Abdurrahman Wahid (1999 bis 2001), besser bekannt als Gus Dur, verbunden. Der ehemalige Vorsitzende der NU gründete die Partei und installierte vornehmlich NU-Funktionäre in wichtigen Parteiämtern. Gus Dur war es auch, der das Profil der Partei maßgeblich prägte, indem er nicht nur religiöse, sondern auch säkular-nationalistische Programminhalte vertrat. Im August 2002 votierte die PKB beispielsweise gegen die Aufnahme eines islamisch geprägten Gerichtswesens in die Verfassung. Kritiker werfen ihm deshalb vor, mit dieser programmatischen Öffnung und Flexibilität der Partei die islamische Religion als Quelle politischer Kraft entscheidend geschwächt zu haben.

Mittlerweile gilt die PKB im Gegensatz zum Beginn der demokratischen Transition Indonesiens nicht mehr als die wichtigste und einflussreichste, sondern nur mehr als eine von mehreren islamischen Parteien des Landes. 1999 ging die Partei noch als drittstärkste politische Kraft (12,6 Prozent) aus den Wahlen hervor, verlor im Laufe der Jahre aber mehr und mehr an Zuspruch und kam bei den Wahlen 2009 nur mehr auf 4,9 Prozent der Wählerstimmen. Als Gründe hierfür gelten gemeinhin eine schwindende innerparteiliche Kohäsion sowie eine schwach ausgeprägte Institutionalisierung. Nicht wenige führen auch klientelistische Parteistrukturen als Ursache an und geben dem ehemaligen Vorsitzenden und starken Mann der Partei eine Mitschuld. Gus Dur habe durch die strategische Positionierung eigener Vertrauter die Partei nachhaltig geschwächt.

6 | Vgl. Andreas Ufen, „Politischer Islam in Indonesien seit 1998“, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 05.03.2012, <http://bpb.de/apuz/75768/politischer-islam-in-indonesien-seit-1998> [27.07.2013].

Zu den islamischen Parteien in der aktuellen Regierung gehört ferner die *Partai Amanat Nasional* (Partei des Nationalen Mandats, PAN). Ähnlich der PKB hat auch die PAN ihren ideologischen und inspirativen Ursprung in einer der großen muslimischen Massenorganisationen Indonesiens. Die *Muhammadiyah* gilt aufgrund ihrer eher modernistisch geprägten Ansichten oftmals als ideologisches Gegenstück zur NU und diente der PAN lange Zeit als programmatische und intellektuelle Inspirationsquelle. Der ehemalige Vorsitzende der Organisation, Amien Rais, hatte sich großes Ansehen als Kritiker von Suharto erworben und 1998 die Partei gegründet. Obwohl *Muhammadiyah* nicht vollends hinter der Gründung der Partei stand, waren es doch prominente Mitglieder der Massenorganisation, welche diese entscheidend aus der Taufe hoben – und nach wie vor wichtige Posten im Parteiapparat besetzen.

Programmatisch versteht sich die PAN als Anwältin des wirtschaftlich gut gestellten Mittelstandes und setzt sich dementsprechend für den Kampf gegen Korruption und Untreue ein. Zu Beginn war die Partei immer wieder durch intolerante und gar radikale Äußerungen aufgefallen, wenn etwa zusammen mit anderen Gruppierungen zum „Heiligen Krieg“ in den Molukken aufgerufen wurde.⁷ Aufgrund solcher ideologischer Verirrungen verließen bereits 2001 nicht wenige moderate Muslime und Christen die Partei wieder. Heute bekennt sich die PAN dagegen deutlich zur Demokratie und den damit einhergehenden Werten wie etwa Toleranz oder Minderheitenschutz. Aktuell ist Hatta Rajasa der prominenteste Vertreter der PAN, er ist einer der wichtigsten Minister im aktuellen Kabinett und wird immer wieder mit einer möglichen Präsidentschaftskandidatur 2014 in Verbindung gebracht.

Aufgrund ideologischer Verirrungen verließen bereits 2001 nicht wenige moderate Muslime und Christen die PAN. Heute bekennt sie sich deutlich zur Demokratie und den damit einhergehenden Werten.

Die *Partai Persatuan Pembangunan* (PPP) ist die älteste islamische Partei Indonesiens. Sie wurde 1973 staatlich forciert gegründet und war seitdem der Zusammenschluss

7 | Patrick Bolte, Kay Möller und Osman Rzyttka, *Politischer Islam, Separatismus und Terrorismus in Südostasien. Indonesien, Malaysia, Philippinen*, SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, 03/2003, 18, http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2003S12_bolte_mll_rzyttka_ks.pdf [09.09.2013].

Gewählt wird die PPP vor allem von NU-Mitgliedern und Angehörigen des Mittelstandes. Noch immer versucht die Partei, durch eine islamistische Programmatik eine Abgrenzung von den anderen islamischen Parteien zu bewirken.

der kleineren islamischen Parteien im Blockparteiensystem Suhartos. Vor allem in den 1990er Jahren konnte die Partei aufgrund der wachsenden Islamisierung der indonesischen Gesellschaft erheblichen Stimmenzuwachs verbuchen, sodass oftmals ein Viertel der Wählerstimmen auf die islamisch-modernistische Partei entfielen. Gewählt wurde und wird die PPP vor allem von NU-Mitgliedern und Angehörigen des Mittelstandes. Noch immer versucht die Partei, durch eine gezielt islamistische Programmatik eine Abgrenzung von den anderen islamischen Parteien zu bewirken. So wurde etwa gleich zu Beginn der demokratischen Öffnung 1999 die Einführung der Scharia als Ziel in das Parteiprogramm der PPP aufgenommen.

SUHARTOS ENDE: ANFANG DES SIEGESZUGS ISLAMISCHER PARTEIEN?

Die Frage nach der Rolle islamischer Parteien für die indonesische Demokratie lässt sich zutreffender beantworten, wenn man einen Blick in die Vergangenheit richtet und die Startbedingungen nach dem Umbruch von 1998 sowie die Entwicklung seitdem analysiert. Ähnlich wie viele arabische Staaten wurde auch Indonesien lange (nämlich mehr als 30 Jahre lang) von einem autoritären Regime mit starkem Einfluss des Militärs regiert. Für die muslimischen Massenorganisationen, die zeitlebens auch politische Ambitionen hegten, und die Verfechter eines aktiven Islam bedeutete die Zeit Suhartos vor allem Unterdrückung jeglicher politischer Ansprüche und Zielsetzungen. Die Folge war, dass sich muslimische Gruppen und Organisationen aus der Politik zurückzogen und stattdessen Betätigung und Engagement im sozialen und humanitären Bereich suchten. So entstanden in dieser Zeit beispielsweise hunderte Krankenhäuser, Sozialeinrichtungen und Schulen, finanziert und geleitet von muslimischen Organisationen. Erst gegen Ende seiner Herrschaft ging Suharto etwas auf politisch aktive Muslime zu, indem er beispielsweise den Vorsitzenden der Vereinigung der muslimischen Gelehrten Indonesiens (ICMI), Bacharuddin Jusuf Habibie, zu seinem Stellvertreter machte. Dieser strategische Schwenk war jedoch weniger eine ernst gemeinte Anerkennung eines politisch gestaltenden Islam, sondern eher der Tatsache zunehmender

Meinungsverschiedenheiten zwischen ranghohen Militärs und Suharto geschuldet.

Mit dem Ende der Suharto-Herrschaft 1998 in Folge landesweiter Proteste und der einsetzenden *reformasi* wurde über Nacht die Gründung politischer Parteien erlaubt. Während der von Interimspräsident Habibie angeführten politischen Liberalisierung entstanden hunderte Parteien, darunter viele mit islamischer oder islamistischer Ausrichtung. Viele muslimische Aktivisten erhielten damit erstmals seit vielen Jahrzehnten die Erlaubnis zur politischen Einflussnahme. Bei den ersten freien Wahlen nach mehr als 30 Jahren Neuer Ordnung schien dann auch der Siegeszug der islamischen Parteien zu beginnen. Fünf von ihnen schafften es auf Anhieb ins Parlament, zusammengekommen kamen sie bei diesen ersten demokratischen Wahlen auf mehr als 33 Prozent. Durch geschickte Koalitionsverhandlungen konnte sogar einer von ihnen, der PKS-Vorsitzende Gus Dur, später – zumindest für zwei Jahre – das Amt des Staatspräsidenten übernehmen.

Bei den ersten freien Wahlen schien der Siegeszug der islamischen Parteien zu beginnen. Fünf von ihnen schafften es auf Anhieb ins Parlament.

Die nachfolgenden Wahlen im Jahr 2004 brachten weiteren Stimmenzulauf, sodass die islamischen Parteien ihre Zustimmung an den Wahlurnen sogar auf 35 Prozent steigern konnten. Den größten Zugewinn hatte dabei die PKS, die ihre Stimmenzahl zwischen 1999 und 2004 um 450 Prozent steigern konnte und zudem die erfolgreichste Partei in der Megacity Jakarta war.⁸ Zurückzuführen war dies auf eine kluge und der Stimmung in der Bevölkerung entsprechende Kampagne, die *good governance* und moralisch aufrichtige Politik propagierte.

Der vorläufige Tiefpunkt folgte bei den letzten Wahlen im Jahr 2009, bei denen die islamischen Parteien Stimmen verloren und zusammen nur noch 26 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten. Bedenkt man, dass es sich dabei um die Gesamtstimmenzahl von fünf Parteien⁹ handelt und die PKS mit ca. acht Prozent an erster Stelle

8 | Syahrul Hidayat, „Moderation and the stagnation of the PKS in the 2009 legislative election“, *LSE IDEAS Reports*, London School of Economics, 05/2010, http://lse.ac.uk/IDEAS/publications/reports/pdf/SR005/Indo_Hidayat.pdf [27.07.2013].

9 | Hierzu zählt die PBB, die lediglich 1,8 Prozent errang und deshalb nicht im aktuellen Parlament vertreten ist.

liegt, so wird klar, welchen politischen Bedeutungsverlust die Parteien mit muslimisch-orientierter Programmatik und Gesinnung zu verdauen haben.

Aktuelle Umfragen sehen für die Parlamentswahlen, die für den 9. April 2014 angesetzt sind, weiter schrumpfende Werte für die islamischen Parteien voraus. Besonders hart könnte es die PKS treffen, die laut aktuellen Umfragen gar um den Wiedereinzug in das Nationalparlament fürchten muss. Solche Vorhersagen sind in Indonesien allerdings mit Vorsicht zu genießen. Zu schwierig ist es, im geografisch extrem zerklüfteten Inselreich verlässliche empirische Erhebungen zu generieren. Außerdem zeigen jüngste Wahlerfolge auf Provinz- und Gouverneursebene, dass mit den religiösen Parteien zumindest punktuell noch immer zu rechnen ist.¹⁰ Dies ändert jedoch nichts daran, dass die allgemeine Formkurve aller islamischen Parteien deutlich nach unten zeigt.¹¹

Jüngste Wahlerfolge auf Provinz- und Gouverneursebene zeigen, dass mit den religiösen Parteien zumindest punktuell noch immer zu rechnen ist. Die allgemeine Formkurve der islamischen Parteien zeigt aber nach unten.

GESELLSCHAFTLICHE ISLAMISIERUNG INDONESIENS

Die fortschreitende Weigerung der Wähler, am Wahltag ihr Kreuz bei islamischen Parteien zu machen, ist umso verwunderlicher angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung im Bereich der Religiosität seit der demokratischen Öffnung 1998. Mit einem Abstand von gut 15 Jahren lässt sich ohne Vorbehalte feststellen, dass die *reformasi* nicht nur zu einer politischen Liberalisierung und Demokratisierung, sondern gleichzeitig auch zu einer gesellschaftlichen Islamisierung geführt hat. In den vergangenen Jahren hat sich die Rolle des Islam im öffentlichen Leben deutlich vergrößert, die islamischen Massenorganisationen haben wieder Zulauf bekommen und auch die Zahl der in der Öffentlichkeit zur Schau gestellten Symbole des Islam nimmt stetig zu. Jedes Jahr bewerben sich mehr Menschen beim Religionsministerium für einen der heiß begehrten Plätze für die Pilgerfahrt ins saudi-arabische Mekka. Religiosität bleibt dabei nicht länger Privatsache, sondern führt zusehends zu Auseinandersetzungen mit Andersgläubigen. Gewaltsame

10 | In West-Java sowie Nord-Sumatra konnten zwei von der PKS unterstützte Kandidaten erst jüngst die Wahlen zum Provinzgouverneur gewinnen.

11 | Indonesische Wahlkommission, <http://kpu.go.id> [27.07.2013].

Ausschreitungen auf kommunaler Ebene gegenüber Minderheiten, die sich nicht nur gegen Andersgläubige wie etwa Christen richten, sondern vor allem auch innerislamische Gruppierungen wie die Schiiten oder die Ahmadiyyah betreffen, sind mittlerweile an der Tagesordnung.¹²



Muslimische Frauen demonstrieren gegen Miss-World-Wahl in Jakarta, September 2013: Religiosität bleibt nicht länger Privatsache. | Quelle: © Bagus Indahono, epa, dpa.

Die Kraft des Islam als Faktor der sozialen Identifikation wächst. In einer Umfrage aus dem Jahr 2004 gaben nur rund 40 Prozent der befragten Indonesier an, dass die Zugehörigkeit zur muslimischen Religion für sie das wichtigste Kriterium der eigenen Identität sei. Erst weit danach folgten Merkmale wie Nationalität, Beruf oder Affinität zu einer bestimmten ethnischen Gruppe. Eine kürzlich veröffentlichte Umfrage kommt zu dem Schluss, dass sich heute 72 Prozent der Befragten für die Einführung der Scharia aussprechen.¹³ Nicht alle Befragten machen sich dabei gleichzeitig auch zum Beispiel für die Einführung drakonischer

12 | Für die erste Hälfte des Jahres 2013 hat das renommierte Setara-Institut bereits 282 solcher Fälle von religiös motivierter Intoleranz gezählt. Vgl. Stephanie Hendarta, „Religious Intolerance Down Slightly in Indonesia: Setara“, *The Jakarta Globe*, 09.07.2013, <http://thejakartaglobe.com/news/incidents-of-religious-intolerance-down-slightly-setara> [27.07.2013].

13 | „Seven in 10 Indonesian Muslims want sharia law: Pew study“, *The Jakarta Post*, 02.05.2013, <http://thejakartapost.com/news/2013/05/02/seven-10-indonesian-muslims-want-sharia-law-pew-study.html> [27.07.2013].

Körperstrafen stark; das Konzept der Scharia wird durchaus differenziert gesehen. Was aus dieser jüngsten Umfrage dennoch klar wird, ist die grundsätzliche Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung für eine prominenter Rolle religiöser Prinzipien und Vorschriften in gesellschaftlichen und rechtlichen Fragen.

Die Zunahme der gesellschaftlichen Islamisierung (auch *cultural Islam* genannt¹⁴) hat in den vergangenen Jahren politischen Ausdruck gefunden. Eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen fallen deutlich zugunsten der muslimischen Bevölkerungsmehrheit Indonesiens aus und räumen islamischen Rechts- und Glaubensvorstellungen einen prominenten Platz in der indonesischen Staats- und Gesellschaftsordnung ein. Ein Sonderfall ist dabei die Provinz Aceh im Norden Sumatras. Dort gelten seit der Erlangung einer Sonderautonomie in weiten Teilen der Provinz islamische Rechtsprinzipien, wonach beispielsweise Frauen ein Kopftuch tragen müssen, Alkoholkonsum und Glücksspiele verboten sind und die Entrichtung der Almosensteuer (*zakat*) zwingend vorgesehen ist. Doch auch andere Provinzen des Landes, die keinen Autonomiestatus innehaben, nutzen so genannte *bylaws*, um die nationale Gesetzgebung zu umgehen und eigene, an die typisch islamischen Rechtsvorstellungen angelehnte Normen zu erlassen. Sie werden aber in der Regel nicht so rigide durchgesetzt wie in Aceh.

FEHLENDE POLITISCHE DIVIDENDE FÜR ISLAMISCHE PARTEIEN

Paradoxerweise konnten die islamischen Parteien nicht von diesen gesamtgesellschaftlichen Trends der Islamisierung profitieren. Ebenso wenig gelang es ihnen, die Urheberschaft für die islamisch orientierten Gesetze und Verordnungen für sich zu reklamieren. Beide Entwicklungen konnten nicht in politische Mobilisierung umgewandelt werden, im Gegenteil. Eine Ursache dafür liegt in der programmatischen Öffnung der traditionell säkular-nationalistischen Parteien, deren Programme und konkrete politische Initiativen und Strategien sich immer mehr an Forderungen nach einer größeren Rolle der Religion im öffentlichen

14 | Jeff Lee, „The Failure of Political Islam in Indonesia: A Historical Narrative“, *Stanford Journal of East Asian Affairs*, 4, 2004, 101.

Leben orientieren. So charakterisiert sich die dem nationalistischen Lager zugehörige Demokratische Partei (PD) seit Neuestem auf Wahlplakaten nicht mehr nur als *nasio-*

Der Kampf um Wählerschichten, für die islamische Inhalte entscheidend sind, ist zwischen islamischen, säkularen und nationalen Parteien neu entbrannt.

nal, sondern zusätzlich auch als *religiös*. Der Kampf um diejenigen Wählerschichten, für die islamische Inhalte entscheidend sind, ist damit neu entbrannt. Eine zunehmende Zahl politischer Akteure buhlt um die Gunst dieser Bevölkerungsgruppe. Beispielhaft für die neu gewonnene programmatische Flexibilität säkular-nationalistischer Parteien wie etwa der PD oder der Partei GOLKAR ist deren Abstimmungsverhalten bei den Beratungen zum umstrittenen Anti-Pornografie-Gesetz im indonesischen Parlament im Jahr 2008. Die islamischen Parteien waren erwartungsgemäß für eine Verschärfung der Kleidervorschriften in der Öffentlichkeit, doch auch GOLKAR und PD schlossen sich dem Votum an. Zu dieser Offenheit gegenüber traditionell religiösen Inhalten kommt eine gezielte personelle Ansprache. So hatte sich etwa die Demokratische Partei des Kampfes Indonesiens (PDIP), Partei der Tochter des Staatsgründers Sukarno, Megawati Sukarnoputri, im Wahlkampf 2009 verstärkt um prominente liberale und moderate Muslime bemüht und sie zu einer Kandidatur unter dem Banner der PDIP überredet. In diesem Zusammenhang wird interessant sein, zu beobachten, ob die islamischen Parteien den Verlust dieses Alleinstellungsmerkmals hinnehmen, oder aber gerade im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2014 den Kampf mit den ehemals säkularen Parteien um die Deutungshoheit spezifisch islamischer Politikinhalt wieder aufnehmen.

Ein weiterer Grund für den mangelnden politischen Erfolg islamischer Parteien liegt in der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Landes seit der Überwindung der Asienkrise 1997/1998 und der beginnenden *reformasi*. In den letzten Jahren hat sich Indonesien im Schatten von Indien und China zu einem der wichtigsten Wachstumsmotoren in Asien entwickelt, das Wirtschaftswachstum beträgt jährlich konstant ca. sechs Prozent.

Eine politische Dividende warf dies vor allem für die Regierung Yudhoyono ab, die 2004 ins Amt kam und aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs ihren Stimmenanteil 2009 sogar noch ausbauen konnte. Dass wirtschaftliche

Entwicklung Einfluss auf das Wahlverhalten der indonesischen Bevölkerung haben kann, zeigte sich bereits 1999, als in einer Umfrage mehr als ein Drittel der Befragten das Thema „Wirtschaft“ als wichtigste Priorität angaben.¹⁵ Seitdem sind 14 Jahre vergangen, in denen es den islamischen Parteien noch immer nicht gelungen ist, im Bereich der Wirtschaftspolitik innovative Konzepte zu präsentieren und damit Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Regierungskompetenz aufzubauen.

Allerdings hat der rasante wirtschaftliche Aufstieg des G20-Mitgliedstaats Indonesien zu einem Nebeneffekt geführt, der die zukünftigen Erfolgchancen der islamischen Parteien bei Wahlen wieder erhöhen könnte. Nicht nur das Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten Jahren rasant gestiegen, auch die soziale Schere zwischen Arm und Reich hat sich deutlich vergrößert. Die Her-

Die soziale Schere zwischen Arm und Reich hat sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert. Dies könnte die Erfolgchancen der islamischen Parteien bei Wahlen wieder erhöhen.

stellung sozialer Gerechtigkeit ist ein Kernbestandteil des Islam, dies zeigen nicht zuletzt die Aktivitäten der muslimischen Massenorganisationen in Indonesien. Es ist daher nicht auszuschließen, dass islamische Parteien zukünftig in der Gunst der Wähler wieder zulegen, indem sie die Bewältigung der aktuellen sozioökonomischen Herausforderungen vor ihrem islamischen Hintergrund zum authentischen Programm machen. Auch hier gilt jedoch, dass aus der zunächst eher vagen Gleichung „Islam = soziale Gerechtigkeit“ erst konkrete und überzeugende Problemlösungsstrategien entwickelt werden müssten.

Des Weiteren ist das spezifische Politik- und Parteiensystem Indonesiens ausschlaggebend für die mangelnde Fähigkeit islamischer Parteien, die fortschreitende gesellschaftliche Islamisierung für ihre parteipolitischen Zwecke zu mobilisieren.¹⁶ Einzelne Persönlichkeiten dominieren oftmals ganze Parteien und deren Programmatik, gewählt wird kaum anhand von Inhalten, sondern fast ausschließlich nach Bekanntheits- und Sympathiewerten des Spitzenkandidaten, der sich durch eine große mediale Präsenz entsprechend zu positionieren versucht. Hinzu kommt die gestiegene Kommerzialisierung sowie ein äußerst

15 | Vgl. ebd., 102.

16 | Michael Buehler, „Islam and Democracy in Indonesia“, *Insight Turkey*, 11, 2009, 56.

kostspieliger Wahlkampf, die es weniger wohlhabenden Kandidaten fast unmöglich machen, für ein Parlamentsmandat, geschweige denn die Spitzenposition einer Partei, zu kandidieren. Diese mittlerweile systemimmanenten Faktoren haben dazu geführt, dass die Mobilisierung durch Programme, und somit auch durch religiöse Inhalte, fast unmöglich geworden ist.

In den letzten Jahren wurde zudem immer deutlicher, dass auch bei den islamischen Parteien Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Entstanden sind daraus erhebliche Gefahren für die eigene Glaubwürdigkeit gegenüber den Wählern. Zahlreiche Korruptionsskandale zeigen, dass Politiker explizit islamischer Parteien den gleichen Versuchungen erliegen wie diejenigen säkular-nationalistischer Parteien. Für die politischen Erfolgchancen der islamischen Parteien ist dies besonders schwerwiegend, weil gerade sie im Laufe der vergangenen Jahre Themen wie Korruptionsbekämpfung und *good governance* immer mehr in den Vordergrund gestellt hatten – nicht zuletzt, um sich gegen die nicht-muslimischen Parteien abzugrenzen. So hieß der Slogan der Partei PKS lange *Bersih dan Peduli* (Saubere und Fürsorglich). Damit dürfte es nun vorbei sein, spätestens seit so hochrangige und prominente PKS-Funktionäre wie der ehemalige Vorsitzende Luthfi Hasan Ishaq in massive Korruptionsfälle verwickelt sind, über die in den Medien ausgiebig berichtet wird und die die Glaubwürdigkeit der Partei schwer beschädigen.

ISLAMISCHE PARTEIEN UND DIE DEMOKRATIE IN INDONESIEN – VON DER GEFAHR ZUR CHANCE?

15 Jahre nach der Einführung der Demokratie in Indonesien bietet sich die Möglichkeit, eine vorläufige Zwischenbilanz des Verhältnisses islamischer und islamistischer Parteien zu demokratischen Prinzipien und Grundüberzeugungen zu ziehen. Sind dezidiert islamische Parteien mit der Staatsform der Demokratie kompatibel oder bewahrheitet sich vielmehr das so genannte demokratische Dilemma, wonach sich die Demokratie nach ihrer Einführung einer substantiellen Aushöhlung durch demokratiefeindliche Akteure wie Islamisten gegenüber sieht, da auch diese Akteure nun neue Einflussphären und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten und nutzen?

Die Parteien PKB und PAN bekennen sich zur Trennung von Staat und Religion sowie zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. In beiden Parteien können auch Nicht-Muslime Mitglied werden.

Die Situation in Indonesien stellt sich diesbezüglich nicht einheitlich dar. Die Parteien PKB und PAN auf der einen Seite bekennen sich heute ausdrücklich zur Trennung von Staat und Religion sowie zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie sind Teil der derzeitigen Regierungskoalition in Indonesien und machen durch ihre konkreten politischen Handlungen, Initiativen und Maßnahmen deutlich, dass sie sich demokratischen Werten und Prinzipien verpflichtet fühlen. In beiden Parteien können auch Nicht-Muslime Mitglied werden. Insgesamt besteht kein Zweifel an der Demokratiefähigkeit dieser beiden Parteien.

Die PPP auf der anderen Seite des Spektrums, die ebenfalls an der aktuellen Regierung von Präsident Susilo Bambang (SBY) beteiligt ist, muss in ihrer Demokratiefähigkeit deutlich negativer beurteilt werden. Der derzeitige Vorsitzende der PPP, Suryadhama Ali, ist Religionsminister im Kabinett von Staatspräsident SBY und fällt immer wieder durch Ausfälle gegenüber religiösen Minderheiten auf. Der ehemalige Vorsitzende Hamzah Haz, unter Megawati Sukarnoputri Vizepräsident der Regierung, solidarisierte sich offen mit dem überführten Terroristenchef Bashir, indem er die Polizei aufforderte, auch ihn selbst zu verhaften, für den Fall, dass Bashir strafrechtlich verfolgt werden würde.¹⁷ Hochrangige PPP-Funktionäre wenden zwar selbst keine Gewalt an, sind aber zumindest als geistige Brandstifter zu qualifizieren. Die PPP partizipiert somit an der Demokratie, ohne aktiv für sie einzustehen. Sie wirkt tendenziell demokratiegefährdend.

Bei der PKS, die ebenfalls Teil der aktuellen Regierungskoalition ist, fällt ein Urteil schwerer. Allgemein gehören demokratische Werte wie Pluralismus, die Gleichberechtigung von Frauen, Minderheitenschutz, Gewaltlosigkeit und Offenheit gegenüber Andersgläubigen mittlerweile zur offiziellen Parteilinie. Ihren nationalen Parteitag im Jahr 2008 hielt die Partei demonstrativ auf der überwiegend von Hinduisten bewohnten Insel Bali ab und präsentierte sich damit symbolträchtig als gegenüber anderen Religionen, Kulturen und Ethnien tolerante und offene Partei. Namhafte Beobachter vermuten dennoch die Existenz einer konträren *hidden agenda*, wonach immer noch nach

¹⁷ | Vgl. Lee, Fn. 14, 104.

einer soziokulturellen Umerziehung der Menschen und Verwirklichung der globalen *Umma* als ideale menschliche Gemeinschaft und Vollendung des göttlichen Willens gestrebt werde.¹⁸ Ein abschließendes Urteil zur Demokratiefähigkeit der PKS scheint deshalb zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich.

NORMALISIERUNG IN FOLGE VON DEMOKRATISIERUNG

Anders als in manchen Ländern der arabisch-islamischen Welt kam den islamischen Parteien Indonesiens bislang noch nicht die alleinige Regierungsverantwortung zu, sie waren und sind lediglich Teil einer Mehrparteienkoalition. Wie sich die genannten Gruppierungen im Falle einer Alleinherrschaft verhalten würden und ob sie dann immer noch demokratischen Spielregeln genügen würden, lässt sich daher aus heutiger Sicht nicht mit Sicherheit beurteilen. Betrachtet man allerdings die schrittweise programmatische und ideologische Entwicklung der islamischen Parteien Indonesiens insgesamt, so fällt bei aller Verschiedenheit ein gemeinsames Muster ins Auge. Die ideologische Programmatik sowie das konkrete politische Handeln der erwähnten Parteien (mit Ausnahme der PPP)

sind in den letzten Jahren durchweg pragmatischer geworden, sodass eine deutliche Abkehr von dezidiert an islamischer Ideologie ausgerichteter Politik zu beobachten ist. Die islamischen Parteien Indonesiens haben über die Jahre hinweg immer mehr Abstand

Die islamischen Parteien Indonesiens haben immer mehr Abstand genommen von ihren früheren, teilweise radikalen Positionen wie der Ausrichtung aller Lebensbereiche an islamisch-religiösen Handlungsvorstellungen.

genommen von ihren früheren, teilweise radikalen Positionen wie der Einführung eines Islamstaates oder der Ausrichtung aller Lebensbereiche an islamisch-religiösen Glaubens- und Handlungsvorstellungen. Während zu Beginn der demokratischen Transformation die Einführung der Scharia noch Hauptziel im Parteiprogramm der PKS war, sind im Laufe der Jahre Themen wie Pluralismus, Korruptionsbekämpfung, politische Reformen und Demokratisierung an diese Stelle gerückt.

Bemerkenswert ist, dass diese programmatische Entwicklung zahlreicher islamischer Parteien einhergeht mit einer zunehmenden Demokratisierung Indonesiens innerhalb der letzten 14 Jahre. Die Entwicklung demokratischer

18 | Vgl. Heilmann, Fn. 5, 21.

Als Megawati Sukarnoputri Präsidentin wurde und der PKS-Vorgängerpartei PK einen Ministerposten anbot, lehnte diese ab, weil man Führung als ein männliches Privileg ansah.

Institutionen, Strukturen und Prozesse hat die islamischen Parteien dazu veranlasst, ihr Programm und ihre Verhaltensweisen dahingehend zu verändern, dass sie in der neuen Regierungsform entsprechend einflussreich mitwirken können. Als die PKB im Jahr 2003 einen Vorstoß zur gesetzlichen Verankerung der Scharia wagte, fanden sich zwar einige andere Organisationen, die den Vorschlag unterstützten. Allerdings fehlte letztendlich eine robuste parlamentarische Mehrheit, so dass sich die PKB den demokratischen Spielregeln beugen und den Vorschlag zurücknehmen musste. Auch im Fall der PKS gibt es einige Beispiele für den Zusammenhang zwischen programmatischer Normalisierung der Partei und fortschreitender Demokratisierung des Staates. Als Megawati Sukarnoputri Präsidentin wurde und der PKS-Vorgängerpartei PK einen Ministerposten anbot, lehnte diese ab, weil man Führung als ein männliches Privileg ansah und deshalb nicht einer weiblichen Präsidentin untergeben sein wollte. Im Wahlkampf 2004 gab es heftige Diskussionen innerhalb der PKS um die Frage, welchen der Präsidentschaftskandidaten die Partei unterstützen sollte.

Zur Diskussion standen Amien Rais, streng muslimischer Reformier, und der ehemalige Militärgeneral Wiranto. Erst zwei Wochen vor der Wahl entschied sich die Parteispitze für Amien Rais, nachdem die Partei lange Zeit mehrheitlich für Wiranto war. Der Grund für dieses Zögern war ein zutiefst pragmatischer, man erhoffte sich mit Rais schlicht größere Siegchancen. Ebenso pragmatisch handelte die PKS, als ihr Kandidat die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen 2005 nicht erreichte und die Partei anschließend Yudhoyono/Kalla, das Duo mit den größten Erfolgsaussichten, unterstützte. Nachdem Yudhoyono die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, war die PKS am Ziel und wurde ebenfalls Regierungspartei.¹⁹ Seit die PKS Teil dieser Regierungskoalition ist, häufen sich die pragmatischen Entscheidungen der Parteispitze weiter und führen zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen mit den Parteigremien sowie vielen einfachen Mitgliedern. Die Institution

19 | Ahmad-Norma Permata, „Ideology, institutions, political actions: Prosperous Justice Party (PKS) in Indonesia“, *Asienkunde* 109, Deutsche Gesellschaft für Asienkunde, 10/2008, 33, http://asienkunde.de/content/zeitschrift_asien/archiv/pdf/109_3_permata.pdf [09.09.2013].

Parlament sowie die demokratische Notwendigkeit, Koalitionen zum Zwecke der Regierungsbildung zu schließen, zwangen die PKS letztendlich zu einer Mäßigung ihrer ehemals konfrontativen und streng islamischen Politik.

Auch das demokratische Instrument der Wahlen hat dazu geführt, dass islamistische Vorstellungen aufgegeben und stattdessen strategisch günstigere Positionen vertreten wurden. Die Parteien haben festgestellt, dass die zwanghafte Einführung islamischer Rechtsvorschriften die nationale Einheit des multireligiösen und multiethnischen Indonesien gefährden würde und folglich am Wahltag nicht genügend Menschen überzeugt. Die Folge war eine Hinwendung zu Themen und Zielen, mit denen sich die Chancen auf Wählerstimmen vergrößern ließen. Insofern hat die Akzeptanz demokratischer Prozesse durch die islamischen Parteien zwar nicht zum Ende des politischen Islam per se geführt. Allerdings sahen sich die Parteien durch die Befolgung der Prozesse und Strukturen der Demokratie neuen Einschränkungen ausgesetzt. Allein diese Beispiele machen deutlich, dass ein offenes demokratisches System ausgleichende und entradikalisierende Wirkung auf (ehemals streng) islamische Parteien entfalten kann.

Festzuhalten bleibt, dass von den islamischen Parteien Indonesiens in ihrer derzeitigen Gestalt zumindest keine strukturelle Gefahr für die demokratische Verfasstheit des Landes ausgeht. Demokratiefeindliche Politik wie die Forderung nach einem islamischen Gottesstaat wird heute nur von wenigen und zudem unbedeutenden Parteien vertreten. Die bedeutenderen islamischen Parteien geben sich hingegen mit der oftmals folgenlosen Forderung nach einer Gesellschaft, die sich an islamischen Werten und Moralvorstellungen orientiert, zufrieden. Die beschriebene programmatische Normalisierung der Parteien bedeutet aber keineswegs ein Ende des politischen Islam. Vielmehr ist dieser nach wie vor sehr einflussreich. Im Gegensatz zu den islamischen Parteien innerhalb der demokratischen Arena sind es die außerparlamentarischen islamischen Kräfte, die eine dauerhafte und flächendeckende Gefahr für die demokratische und rechtsstaatliche Verfasstheit des indonesischen Staates darstellen.

ISLAMISMUS UND POLITISCHER ISLAM AUSSERHALB DES PARTEIENSPEKTRUMS

Eine der Erscheinungen des politischen Islam außerhalb des Parteienspektrums ist die missionarische Bewegung Hizbut Tahrir Indonesia (HTI), die Teil eines transnationalen islamischen Netzwerks ist und in Indonesien einen so genannten Islamstaat errichten will. Trotz ihrer radikalen, antidemokratischen Ziele lehnt HTI Gewalt ausdrücklich ab.

Der Rat der Muslimgelehrten wendet selbst keine Gewalt an, kann jedoch fatwas erlassen und wirkt über diese oftmals als geistiger Brandstifter.

Sie setzt vielmehr auf Predigt und Lehre. Der Rat der Muslimgelehrten (MUI) ist 1975 vom Suharto-Regime gegründet worden und seit 2000 unabhängig. Er wendet ebenfalls selbst keine Gewalt an, kann jedoch (rechtlich nicht bindende) *fatwas* erlassen und wirkt über diese oftmals als geistiger Brandstifter. So hat sich der gewalttätige Mob beispielsweise mehrfach auf eine *fatwa* von 2005 berufen, in der MUI sich gegen Liberalismus, Pluralismus und Säkularismus ausspricht. Daneben gibt es viele gewaltbereite Organisationen im Land, die sich vermeintlich für Ordnung und islamische Werte einsetzen (so genannte Vigilanten).

Die Szene ist ebenso unübersichtlich wie dynamisch. Und: sie wächst. Gemeinsam ist allen Organisationen, dass sie sich gegen eine „Verwestlichung“ der Gesellschaft wenden, die sie mit Dekadenz und Morallosigkeit gleichsetzen, und gegen größere Freiheiten für Frauen. Sie streben die Errichtung eines islamischen Staates und die Implementierung der Scharia als von Gott gegebenes Recht an. Die derzeit aktivste und bekannteste Gruppe ist die *Front Pembela Isla* (Front der Verteidiger des Islam, FPI), ihr gelingt es immer wieder, den öffentlichen Diskurs zu bestimmen. Die Absage eines Konzertes des Popstars Lady Gaga 2012 geht maßgeblich auf das Konto von FPI. Für den Fall eines Auftritts der nach ihrer Ansicht zu freizügig gekleideten Sängerin hatte die Gruppe mit gewalttätigen Auseinandersetzungen gedroht. Eine Gefahr für die Demokratie Indonesiens geht von diesen Gruppierungen deshalb aus, weil sie es neben der Kraft der gesellschaftlichen Mobilisierung oftmals auch schaffen, Politik und Verwaltung so zu beeinflussen, dass diese den Zielen und Forderungen der Islamisten nachgeben. Die Demokratie insgesamt verliert durch diese externe Einflussnahme entscheidend an Anziehungskraft und Legitimität, weil das staatliche Gewaltmonopol nicht

garantiert wird und der Eindruck entsteht, die Demokratie sei eine manipulierbare Staatsform.

VERSUCHSLABOR INDONESIEN: IMPLIKATIONEN FÜR DIE ARABISCHE WELT?

Im Zusammenhang mit den Umbrüchen in der arabisch-islamischen Welt ist das südostasiatische Indonesien immer wieder als Musterbeispiel für den Aufbau einer Demokratie in einem größtenteils muslimischen Land genannt worden.²⁰ Schließlich sei die Ausgangssituation vergleichbar: Nicht nur in den Ländern des Arabischen Frühlings, sondern auch in Indonesien sei der Islam lange Zeit durch ein säkulares Militärregime in seinen politischen Ansprüchen beschnitten worden.

Allen voran US-Präsident Barack Obama sowie seine damalige Außenministerin Hillary Clinton betonten den Vorbildcharakter Indonesiens und wünschten sich für Ägypten eine ähnlich positive Entwicklung.²¹

US-Präsident Barack Obama und seine Außenministerin Hillary Clinton betonten den Vorbildcharakter Indonesiens in puncto Demokratisierung und wünschten sich für Ägypten eine ähnlich positive Entwicklung.

Bei allen berechtigten Hoffnungen sollte Indonesien als mögliche Orientierungshilfe allerdings nicht überstrapaziert werden, zu unterschiedlich sind die kulturellen, religiösen und politischen Voraussetzungen zwischen Indonesien und der arabischen Welt. Der Islam in Indonesien weist aufgrund geschichtlicher und kultureller Ereignisse vielerorts eine Vermischung von Vorstellungen unterschiedlicher Religionen und Glaubensrichtungen auf – ein Grund, den viele für die Herausbildung einer eher moderaten Form des Islam in Indonesien anführen. Ebenso ist das politische System, das stark personenzentriert ist, grundsätzlich verschieden von den Verhältnissen in anderen muslimischen Ländern. Abgesehen davon stellt sich die nüchterne Frage, ob etwa die Länder des Nahen und Mittleren Ostens das weit entfernte Indonesien überhaupt als Orientierungshilfe im Blick haben. Fragt man auf der „arabischen Straße“ nach dem größten muslimischen Land der Welt oder dem muslimischen Führungsland, lautet die Antwort häufig Ägypten oder Saudi-Arabien. Indonesien und die kulturelle und

20 | Jay Solomon, „In Indonesia, a Model for Egypt’s Transition“, *The Wall Street Journal*, 12.02.2011, <http://online.wsj.com/article/SB1000142405274870432910457613849082239336.html> [27.07.2013].

21 | Vgl. ebd.

spirituelle Ausprägung des dortigen islamischen Glaubens hingegen gelten in der arabischen Welt oftmals als zu sehr abgeschwächt und verändert. Die Übertragbarkeit indonesischer Erfahrungen auf die muslimisch-arabische Welt mit Blick auf die demokratische Einbindung des politischen Islam scheint also mehr als beschränkt.

Trotz dieser Unterschiede lassen sich einige grundlegende Erkenntnisse aus der mittlerweile 15-jährigen Erfahrung Indonesiens mit dem Spannungsverhältnis zwischen politischem Islam und demokratischer Staatsform ziehen. Besonders interessant und aufschlussreich dürften diese Schlussfolgerungen nicht nur für in den arabischen Ländern einheimische Freunde und Unterstützer der Demokratie sein. Gerade für internationale Beobachter und in der Entwicklungszusammenarbeit, vor allem der Zusammenarbeit mit politischen Parteien, tätige Institutionen liefert Indonesien einige Erkenntnisse, die nicht zuletzt zu Ideen für die Ausrichtung und Gestaltung zukünftigen Engagements führen können.

Das Beispiel Indonesien macht in erster Linie deutlich, dass der politische Islam in Form von an islamischen Werten und Zielen orientierten Parteien nicht automatisch gleichgesetzt werden kann mit Radikalität, Fanatismus und demokratiefeindlicher Politik. Islamisch ausgerichtete Parteien besitzen sehr wohl das Potenzial, sich langsam, aber stetig zu demokratiefreundlichen politischen Akteuren zu entwickeln und Verantwortung in demokratischen Institutionen zu übernehmen. Wie die Beispiele der indonesischen Parteien zeigen, ist nach der Etablierung der demokratischen Staatsform eine vormals unerwartete programmatische und ideologische Wandlung der Parteien zumindest nicht auszuschließen. Vor diesem Hintergrund scheint es lohnend, den Kontakt mit zwar islamisch orientierten, aber grundsätzlich toleranten und demokratischen Prinzipien gegenüber offenen Parteien nicht von vornherein kategorisch auszuschließen, sondern gezielt nach Partnern im Bereich der Parteienzusammenarbeit zu suchen und diese langfristig an demokratische Wertvorstellungen zu binden. Als Qualifikationskriterien für eine Zusammenarbeit sollten das Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat, zu einer pluralistischen Gesellschaft und zu religiöser Toleranz sowie zur Wahrung des inneren und äußeren Friedens gelten.

Außerdem macht das Beispiel Indonesien klar, dass die Wahlergebnisse islamischer Parteien nicht grundsätzlich ein Indikator für die in der Bevölkerung vorherrschende Stimmung sein müssen. Ein schwaches oder stagnierendes Abschneiden islamischer und islamistischer Parteien an den Wahlurnen bedeutet nicht gleichzeitig, dass auch der politische Islam im Allgemeinen an Bedeutung verliert. Dafür kann es ein ganzes Bündel verschiedener Faktoren geben, angefangen von der zunehmenden Islamisierung ehemals säkular-nationalistischer Parteien bis hin zum Glaubwürdigkeitsverlust aufgrund der Verwicklung in Skandale. Eine derartige Entwicklung ist auch in Ländern der arabisch-islamischen Welt nicht auszuschließen. Wenn politische Parteien mit islamischer Ausrichtung allerdings nicht länger in der Lage sind, die Stimmungen und Interessen der Bevölkerung zu repräsentieren und in Richtung Regierung zu kanalisieren, dann besteht wie in Indonesien die Gefahr, dass sich andere, oftmals gewaltbereite Gruppen außerhalb des Parteienspektrums die gesellschaftliche Stimmung zu Nutze machen und an Einfluss und Gestaltungsmacht gewinnen. In der Regel sind allerdings die islamischen Parteien sehr daran interessiert, selbst die einzig legitimen, authentischen und vertrauensvollen Vertreter des politischen Islam in ihren jeweiligen Ländern zu sein und auch zu bleiben. Hier kann lokales und internationales Engagement ansetzen, um in Zusammenarbeit mit islamischen Parteien die handwerklichen, personellen und inhaltlichen Voraussetzungen und Chancen für eine angemessene politische Repräsentation der Interessen und Bedürfnisse der Muslime im Land zu schaffen.



GEMEINSAM MEHR ERREICHEN

DER FREUNDKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

Der Freundeskreis bietet all jenen eine Heimat, die sich den christlich-demokratischen Grundwerten im Sinne Konrad Adenauers verbunden fühlen und auf dieser Basis ihren Teil zur Weiterentwicklung der Gesellschaft leisten wollen.

Die Förderer des Freundeskreises gehören zur „KAS-Familie“ und stehen in regelmäßigem Kontakt mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie erhalten kostenlos aktuelle Informationen über Arbeitsschwerpunkte und auf Wunsch erstellen die Experten der Stiftung individuelles Informationsmaterial zu ausgewählten politischen Themengebieten.

Exklusiv für den Freundeskreis bietet die Stiftung Seminare mit hochkarätigen Referenten an. Unterstützt vom internationalen Netzwerk der KAS ermöglichen politische Studienreisen den Förderern einmalige Einblicke und unvergessliche

Eindrücke der besuchten Länder und ihrer Politik, Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Als Förderer im Freundeskreis tragen Sie dazu bei, die Leistungsfähigkeit und hohe Qualität des Angebots der Konrad-Adenauer-Stiftung langfristig zu sichern. Wir bedanken uns für Ihr Engagement!

Weitere Informationen über den Freundeskreis und den jährlichen Förderbeitrag finden Sie unter **www.kas.de/freundeskreis**

Ihr Ansprechpartner:

Marcus Derichs

Telefon: 02241/2462616

Telefax: 02241/2462539

marcus.derichs@kas.de

Freundeskreis
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12 | 53754 Sankt Augustin



FREUNDKREIS
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

ARGENCHINA

DIE CHINESISCHE PRÄSENZ IN ARGENTINIEN

John Stokes

Die Beziehungen zwischen China und Argentinien haben seit dem Beginn der argentinischen Pesokrise 2001 und Néstor Kirchners Präsidentschaft eine Blüte erlebt und sich in Präsidentin Cristina Kirchners Amtszeit weiter verstärkt. Heute ist China, nach Brasilien, Argentiniens zweitwichtigster Handelspartner, auf den 2011 acht Prozent aller argentinischen Exporte entfielen und der 13 Prozent aller Importe lieferte.¹ Das bedeutet gegenüber dem vorhergehenden Jahrzehnt eine Verdoppelung der Handelsströme, wobei sich die Exporte verfünffacht haben und die Importe um das Zehnfache gewachsen sind (Tabelle 1). Diese Zahlen sind besonders bedeutsam angesichts des Umstands, dass die chinesische Präsenz in Argentinien, wiewohl vor der Krise bereits vorhanden, niemals auch nur annähernd so stark wie andere ostasiatische Einflüsse auf Südamerika war (wie etwa der Einfluss Japans in Brasilien/Peru).

China und Argentinien unterscheiden sich in nahezu allen messbaren sozioökonomischen Gesichtspunkten, außer bei zwei Schlüsselwerten: eine Komplementarität ihrer Handelsströme und ein gewisses Abgrenzungsbedürfnis gegenüber traditionellen Großmächten. Auch wenn es bislang keine größere Staatengruppe mit China und Argentinien als Mitglieder gibt, die nicht auch die USA, die EU oder etwa Japan einschließt, zeigt sich doch auf bilateralem Gebiet ein soziokulturelles Band zwischen China und Argentinien, das eine Vertrauensbasis für die stark angewachsenen Handelsströme bildet.²

- 1 | Marcelo Elizondo, „Asia, el nuevo continente emergente para los negocios argentinos“, *Desarrollo de Negocios Internacionales*, 23.10.2012, <http://consultoradni.com/asia-el-nuevo-continente-emergente-para-los-negocios-argentinos> [21.08.2013].
- 2 | Eduardo Oviedo, „Argentina Facing China: Modernization, Interests, and Economic Relations Model“, *East Asia*, 2013, Bd. 30, 8.



John Stokes war von Juni bis August 2013 Forschungsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung in Argentinien. Er studiert an der Johns Hopkins School of Advanced International Studies in Washington.

Tabelle 1

Bilateraler Handel mit China 2000-2011

Jahr	Exporte in Mio. US-Dollar	Entwicklung der Exporte in Prozent	Importe in Mio. US-Dollar	Entwicklung der Importe in Prozent	Handelsbilanz in Mio. US-Dollar	Handelsvolumen in Mio. US-Dollar
1998	681,79	-21,7	1.167,50	16,1	-485,71	1.849,29
1999	508,00	-25,5	992,12	-15,0	-484,13	1.500,12
2000	796,93	56,9	1.156,74	16,6	-359,81	1.953,66
2001	1.122,61	40,9	1.066,33	-7,8	56,29	2.188,94
2002	1.092,35	-2,7	330,17	-69,0	762,19	1.422,52
2003	2.478,42	126,9	720,76	118,3	1.757,67	3.199,18
2004	2.628,32	6,0	1.401,81	94,5	1.226,51	4.030,14
2005	3.192,65	21,5	2.238,09	59,7	954,56	5.430,74
2006	3.473,34	8,8	3.121,85	39,5	351,50	6.595,00
2007	5.172,60	48,9	5.092,68	63,1	79,92	10.270,00
2008	6.393,97	23,6	7.104,38	39,5	-710,41	13.498,35
2009	3.620,48	-43,4	4.823,15	-32,1	-1.202,67	8.443,64
2010	5.798,69	12,1	7.649,00	50,2	-1.850,31	13.447,69
2011	6.237,84	7,6	10.572,96	38,2	-4.335,13	16.810,80
01-09/2011	4.924,10	-	7.569,20	-	-2.645,10	12.493,30
01-09/2012	4.175,80	-15,2	6.944,50	-8,3	-2.768,70	11.120,30

Quelle: Ministerium für Außenbeziehungen und Kultus, „Dirección de Relaciones Económicas Bilaterales“, Buenos Aires, 2012.

Obwohl auch die argentinischen Investitionen in China wachsen, richtet sich die Besorgnis vieler auf die chinesischen Investitionen nicht nur in Argentinien, sondern überall in Lateinamerika, die Teil der chinesischen „Go-out-Politik“ sind.³ Frühere Untersuchungen haben sich auf die chinesische Präsenz in Afrika konzentriert, wo sich die Volksrepublik

3 | Zhu Hongbo, „Building the New Silk Road“, *Globalization, Competitiveness, and Governability*, 01-04/2012, Bd. 6, Nr. 1, 133.

Abb. 1

Chinesische Direktinvestitionen in Argentinien nach Regionen



Quelle: Nach Ramón-Berjano und Girado, Fn. 7, Abb. Wikimedia, Tubs ©100.

wertvolle Minerale und kohlenwasserstoffbasierte Energiequellen sichern möchte, aber Lateinamerika stellt ein neues und komplizierteres Spielfeld dar.⁴ Allgemein weist es eine höhere Dichte an politischen Institutionen und industriellen Kapazitäten auf, denen sich chinesische Investoren mit größerer Umsicht nähern mussten. Zielstrebig hat China

4 | Axel Borgia, „Argentina: la ‚nueva África‘ de la R.P. china“, *La Gran Época*, 04.01.2011, <http://lagranepoca.com/argentina-la-nueva-africa-de-la-rp-china> [16.08.2013].

2008 sein erstes „Weißbuch“ als Leitfaden für Politik und Investitionen in der Region herausgegeben: *Chinese Policy towards Latin America and the Caribbean*.⁵ Dies zeigt, dass die Chinesen Lateinamerika als einen Markt betrachten, der interessant genug ist, um eine einheitliche und zielgerichtete Strategie dafür zu erarbeiten. Die argentinische Regierung hat für China keinen solchen Leitfaden.

Die derzeitigen Handels- und Investitionsströme zwischen China und Argentinien können grundsätzlich als komplexer beschrieben werden. Argentinien liefert wertvolle Naturalien an China (die Sojaexporte halfen Argentinien sowohl aus seiner Finanzkrise 2001 als auch aus der glo-

balen von 2008), und aus China kommen im Gegenzug preiswerte Fertigwaren: vor allem Maschinen, Elektronik und andere industriell gefertigte Güter.⁶ Während die Volksrepublik China zweifelsohne reich an Rohstoffen ist (vor allem an Seltenen Erden), übersteigt ihr Bedarf an Agrarerzeugnissen bei Weitem die

Während die Volksrepublik China zweifelsohne reich an Rohstoffen ist, übersteigt ihr Bedarf an Agrarerzeugnissen bei Weitem die heimische Produktionsfähigkeit. Argentinien ist einer der größten Zulieferer von Soja.

heimische Produktionsfähigkeit. Hier ist Argentinien einer der größten Zulieferer von Soja und Sojaerzeugnissen (allein diese erreichten 2011 einen Wert von fast fünf Milliarden US-Dollar), wobei auch Bodenschätze wie Eisenerz ein zunehmend wichtiger Exportfaktor sind. Chinas Wirtschaftsstrategie gebietet eine Konzentration seiner Direktinvestitionen in Lateinamerika in drei Hauptbereichen: Energie, Minerale und Nahrungsmittel/landwirtschaftliche Erzeugnisse.⁷ Argentinien kommt eine wichtige Rolle bei den chinesischen Direktinvestitionen zu. Von seiner Fähigkeit, Energiereserven in Gebieten wie Vaca Muerta und dem nördlichen Malwinenbecken zu erschließen, wird wohl seine Zukunft als Energielieferant abhängen, aber bislang ist Argentinien (wie China) noch ein Nettoimporteur von Energie.⁸ Außer ausländischen Direktinvestitionen

5 | Pablo Nacht, „El Dragón en América Latina“, *Revista de Ciencias Sociales*, 09/2013, Bd. 45, 147.

6 | Oviedo, Fn. 2, 19-20.

7 | Carola Ramón-Berjano und Gustavo Girado, „Las Crecientes Relaciones China-África y China-Latinoamérica“, Miguel Velloso und Jorge Malena (Hrsg.), *Nuevas Estrategias de Relaciónamiento con la República Popular China*, CARI, Buenos Aires, 2012.

8 | „Argentina’s Oil Industry, Feed Me Seymour“, *The Economist*, 16.04.2012, <http://economist.com/node/21552927> [16.08.2013].

von staatlicher und privatwirtschaftlicher Seite bietet China zur Stärkung der bilateralen Bande auch zinsgünstige Darlehen und diplomatische Unterstützung; Argentinien, das für traditionelle multilaterale (d.h. IWF-) Darlehen nicht in Frage kommt und auf internationalem Parkett in schwer lösbare außenpolitische Konflikte verstrickt ist (z.B. um die Falkland-Inseln/Malwinen), braucht beides.⁹

Argentinien hat demgegenüber keine so zielgerichtete Strategie wie China. Es ist nicht von der Einfuhr chinesischer Güter abhängig (verweigert sich ihnen aber auch nicht) und damit in der besseren Position: Rissen die Handelsströme ab, würde Argentinien zwar einen wichtigen

Abnehmer seiner Agrarerzeugnisse verlieren, aber es befindet sich selbst nicht in enger Abhängigkeit von Einfuhren aus China.¹⁰

Aufgrund ihrer finanziellen Schwierigkeiten und isolierten außenpolitischen Lage kommt gegenüber den Argentinern China eine strategische Rolle zu, die es sonst nicht hätte. Während derzeit nur wenige Investoren bereit sind, in die argentinische Wirtschaft zu investieren, treffen chinesische Gesellschaften weiterhin Investitionsvereinbarungen. Sie stellen eine „neue Kraft“ als Geschäftspartner dar, die ein Gegengewicht zu den übermächtigen Vereinigten Staaten bildet.¹¹

Während derzeit nur wenige Investoren bereit sind, in die argentinische Wirtschaft zu investieren, treffen chinesische Gesellschaften weiterhin Investitionsvereinbarungen.

KURZFRISTIGE PERSPEKTIVE¹²

Da Argentinien als ein „hyperpräsidiales“ System beschrieben werden kann, das tief in der Tradition des Caudillismo verwurzelt ist, verfügt die Präsidentin über starke Machtbefugnisse zur Lenkung der Volkswirtschaft. Das Ergebnis jeder Präsidentschaftswahl kann die Richtung der argentinischen Wirtschaftsbeziehungen somit grundlegend ändern, und tatsächlich scheinen Néstor Kirchners Sieg 2003

9 | He Li, „China’s Growing Interest in Latin America and Its Implications“, *Journal of Strategic Studies*, 08-10/2007, Bd. 30, Nr. 4-5, 836; siehe auch Sergio Cesarín, „China y Argentina: Enfoques y Recomendaciones de Política para Potenciar la Relación Bilateral“, CEPES und Friedrich-Ebert-Stiftung, Buenos Aires, 2010, 6/26.

10 | Julio Sevares, „Clarín“, Buenos Aires, persönliches Interview, 04.07.2013.

11 | Carlos Mendes, „China in South America: Argentina, Brazil, and Venezuela“, *East Asia*, 2013, Bd. 30, 2.

12 | Unter „kurzfristig“ soll hier die Zeit bis zum Ende der Amtszeit von Präsidentin Cristina Kirchner 2015 verstanden werden.

und Cristina Kirchners zweiter Sieg 2011 diese Auffassung zu bestätigen. Dies steht beispielsweise im Kontrast zum Politbüro der Volksrepublik China, das bei Veränderungen in der Wirtschaftspolitik auf ein eher schrittweises Vorgehen setzt; in Kerndemokratien wie den Vereinigten Staaten oder Japan scheint in den Wirtschaftsbeziehungen eine weitaus höhere Kontinuität vorzuherrschen, unabhängig von der politischen Ausrichtung dieser oder jener Regierung.

Nach ihrem oben erwähnten zweiten Wahlsieg war Cristina Kirchners Wirtschaftspolitik bestenfalls erratisch. Investoren wurden einerseits Signale eines sich zum ausländisches Kapital bemühen und ausländische Direktinvestitionen begrüßenden Argentinien gesendet, andererseits wurden größere Unternehmen im Namen der „Selbstversorgung“ behindert.¹³ Das vielleicht bekannteste Beispiel hierfür war die Enteignung der zum spanischen Repsol-Konzern gehörenden YPF, die chinesische Investoren hinsichtlich möglicher Übernahmen und Fusionen untersuchten, bevor die Enteignung die Hoffnungen auf eine mögliche Übereinkunft zerschlug.¹⁴ Ein Konsens unter den meisten Wirtschaftsexperten in China wie auch anderswo in der Welt ist, dass es in Argentinien selbst keinen Konsens gibt.¹⁵ Man geht davon aus, dass Kirchner zu einer

13 | „Chau chinos: ‚Miro con mucha desconfianza lo que va a pasar‘, admitió Ríos“, Sur54, 29.04.2013, <http://sur54.com.ar/chau-chinos-miro-con-mucha-desconfianza-lo-que-va-a-pasar-admiti-ros> [16.08.2013]; vgl. „La empresa resolvió vender la maquinaria almacenada en Chile“, El Diario del Fin del Mundo, 07.06.2013, <http://eldiariodelfindelmundo.com/noticias/leer/49113> [16.08.2013]; vgl. Brian Winter, „Why Are Investors Fleeing Argentina Again?“, Reuters, 15.06.2013, <http://www.abs-cbnnews.com/business/06/15/13/why-are-investors-fleeing-argentina-again> [16.08.2013]; vgl. Diego Guelar, „Orgullosamente Solos“, Infobae, 23.05.2013, <http://opinion.infobae.com/diego-guelar/2013/05/23/orgullosamente-solos> [17.08.2013].

14 | Miles Johnson, Jude Webber und Anousha Sakoui, „Argentina swoop scuppers China oil deal“, *Financial Times*, 17.04.2012, <http://ft.com/intl/cms/s/0/483b1c78-88b3-11e1-9b8d-00144feab49a.html> [17.08.2013].

15 | Ex-Botschafter Guillermo Nielsen, Ministerium für Außenbeziehungen und Kultus, Buenos Aires, persönliches Interview, 25.06.2013; Dr. Carlos Moneta, Universidad de Tres de Febrero, Buenos Aires, persönliches Interview, 04.07.2013; Dr. Carlos Moneta, Universidad de Tres de Febrero, Buenos Aires, persönliches Interview, 04.07.2013; Dr. Edmund Amann, University of Manchester, Manchester, persönliches Interview, 27.06.2013.

reaktiven Entscheidungsfindung übergegangen ist. Wirtschaftspolitik betreibt sie als kurzfristige Reaktion auf bestimmte Vorgänge (etwa Kongresswahlen, Entdeckung von Schiefergasvorkommen, Erschöpfung von Dollarreserven usw.) und auf die nationale Stimmungslage.¹⁶ Während Kirchner damit zweifellos unter bestimmten, für populistische Haltungen empfänglichen Wählerkreisen punkten konnte, werden damit Argentiniens langfristige Möglichkeiten durch das Fehlen einer echten Zukunftsplanung stark eingeschränkt. Die argentinische Regierung hat China auch häufig frustriert durch die Art der Bilanzierung von Handels- und Investitionsströmen seitens der argentinischen Statistikbehörde INDEC, die vom IWF bereits wegen fehlerhafter Berichte zur Inflation gerügt wurde.¹⁷ Die Diskrepanzen zwischen den chinesischen und den argentinischen Daten zum bilateralen Handel haben beide Seiten zu dem Schluss geführt, die jeweils andere habe in den vergangenen Jahren überproportional von ihm profitiert; die meisten Beobachter sind sich indes darüber einig, dass 2008 das letzte Jahr eines argentinischen Überschusses im Handel mit China war und die Handelsbilanz nun ein bedeutsames Defizit aufweist.¹⁸

Die meisten Beobachter sind sich darüber einig, dass 2008 das letzte Jahr eines argentinischen Überschusses im Handel mit China war und die Handelsbilanz nun ein bedeutsames Defizit aufweist.

China hat sich daraufhin kurzfristig mehr auf Investitionsprojekte mit Provinzregierungen konzentriert, auch weil diese, im Gegensatz zum volkswirtschaftlichen Eigentum, über die natürlichen Ressourcen in ihrem Territorium verfügen können.¹⁹ Die auf nationaler Ebene getroffenen Übereinkünfte waren bislang rein rhetorischer Art,²⁰ aber Abkommen zwischen der chinesischen Zentralregierung und argentinischen Provinzen haben Früchte getragen: petrochemische Projekte, Bergbau (siehe Kapitel „Die Minen

16 | Ebd.

17 | „Motion of censure: The fund blows the whistle“, *The Economist*, 09.02.2013, <http://economist.com/news/americas/21571434-fund-blows-whistle-motion-censure> [17.08.2013].

18 | Ambassador Eduardo Ablin, „¿China, Qué China?“, Centro de Estudios de Política Internacional, Buenos Aires, 02/2013, 14.

19 | Argentinische Republik, „Constitución de la Nación Argentina, Buenos Aires“, 15.12.1994, Art. 124.

20 | Andrés López und Daniela Ramos, „The Argentine Case“, *China and Latin America: Economic Relations in the Twenty-First Century*, in: Rhys Jenkins und Enrique Dussel Peters (Hrsg.), DIE, UNAM und CECHIMEX, Bonn und Mexiko-Stadt, 2009, 137; vgl. Li, Fn. 9, 845 und 854.

von Sierra Grande“) und Verkehrsinfrastruktur verzeichnen alle ein schwankendes Niveau chinesischer Direktinvestitionen.²¹ Doch der Erfolg selbst dieser Projekte ist fragwürdig, da das chinesische petrochemische Unternehmen TEQSA in Feuerland nach einem Streit zwischen Beamten der Provinz- und der Zentralregierung unlängst gezwungen wurde, seine Investitionen zurückzunehmen.²² Zudem sind

2009 betrogen die chinesischen Investitionen im Ausland 263 Milliarden US-Dollar. Etwa 19 Prozent entfielen auf Lateinamerika und die Karibik, wovon nur 0,5 Prozent nach Argentinien gingen.

im Nahverkehr von Buenos Aires eingesetzte chinesische Züge nun Gegenstand von Untersuchungen durch die Gewerkschaften geworden, da ihnen Qualitätsmängel vorgeworfen werden und man diese als mögliche Ursache für ein schweres Zugunglück im Juni 2013

sieht.²³ Obwohl diese Arten von Investitionen insgesamt wachsen, machen sie nur einen kleinen Bruchteil der chinesischen Direktinvestitionen im Ausland aus (siehe Tabelle 2), was auch für die Investitionen in Lateinamerika und der Karibik gilt.²⁴ 2009 betrogen die chinesischen Direktinvestitionen im Ausland trotz der Finanzkrise 263 Milliarden US-Dollar, wovon etwa 19 Prozent in die lateinamerikanischen und karibischen Staaten flossen. Davon gingen 96 Prozent in die Steueroasen in der Karibik, während nach Argentinien nur 0,5 Prozent ausländischer Direktinvestitionen in lateinamerikanische und karibische Staaten entfielen, etwa 252 Millionen US-Dollar.²⁵ Deren Stellung wird sich schwerlich ändern, solange die Steuergesetzgebung dort so attraktiv bleibt und es anderswo in Lateinamerika, insbesondere Argentinien, politische Unwägbarkeiten gibt.

21 | Silvia Simonit, „Las Empresas Chinas en Argentina“, *Tejiendo Redes*, Carlos Moneta und Sergio Cesarín (Hrsg.), 2012, 149-155.

22 | El Diario del Fin del Mundo, Fn. 13.

23 | Facundo Chaves Rodríguez, „Para el gremio de maquinistas, con el video quieren inculpar al conductor de la tragedia de Castelar“, *La Nación*, 01.07.2013, <http://lanacion.com.ar/1597271> [17.08.2013].

24 | López und Ramos, Fn. 20, 136.

25 | Hongbo, Fn. 3, 128.

Tabelle 2

**Fluss chinesischer Direktinvestitionen in
lateinamerikanische und karibische Länder 2009**

Land bzw. Region	Investitionen bis 2009	Investitionen 2009	Anteil in Prozent
Welt	220.000	43.000	
Lateinamerika und Karibik	41.179	8.000	100,0
Kaimaninseln	27.682	7.354	67,2
Britische Jungferninseln	11.807	1.330	28,7
Brasilien	289	72	0,7
Peru	279	85	0,7
Argentinien	213	39	0,5
Venezuela	176	20	0,4
Mexiko	175	2	0,4
Ecuador	90	1	0,2
Panama	77	10	0,2
Kuba	72	0	0,2

Quelle: Hongbo, Fn. 3, 128.

Neben den eigentlichen ausländischen Direktinvestitionen gibt es auch eine steigende Präsenz der Chinesen im Bereich der Supermärkte in den Ballungsgebieten. Inhaber und größtenteils auch Betreiber dieser Supermärkte – von den Einheimischen *chinos*, Chinesen, genannt – sind chinesische Einwanderer, die günstige Preise und attraktive Standorte bieten können und damit wettbewerbsfähig gegenüber größeren internationalen Ketten sind. Hinsichtlich Preisgestaltung und Wareneinfuhr gibt es Spekulationen, wonach der chinesische Staat über die Verbindungen seiner Botschaft in Buenos Aires mit der für Supermärkte zuständigen Kammer, der CASRECH, in Organisation und Abwicklung der massenhaften Einfuhr von Waren für diese Supermärkte eng eingebunden ist.²⁶ Das würde bedeuten, dass diese Supermärkte im Tagesgeschäft zwar von

26 | Borgia, Fn. 4; vgl. López und Ramos, Fn. 20, 140; vgl. Gonzalo Paz, „Argentina & Asia, 2001-2010: Re-Emergence of China, Recovery of Argentina“ (Entwurf), *Woodrow Wilson International Center for Scholars*, Washington, 2013, 15.

Privatpersonen betrieben werden, es jedoch eine höhere Ebene der Steuerung durch den chinesischen Staat gibt. Vieles hiervon gehört ins Reich der Spekulation, aber es bleibt bemerkenswert, wie viele chinesische Einwanderer mit niedrigem Ausbildungsgrad in argentinischen Ballungsräumen leben – das allein ist überaus erstaunlich, wie auch die offensichtliche Leichtigkeit, mit der diese Einwanderer in großer Zahl Supermärkte aufbauen können. Es spricht Bände, dass, während sich sogar High End-Unternehmen wegen der Importbeschränkungen aus Argentinien zurückziehen, die Geschäfte der Einheimischen von den *chinos* verdrängt werden.²⁷ Die Annahme einer logistischen „höheren Macht“, in welcher Form auch immer sie auftritt, könnte dazu beitragen, dieses Geheimnis zu klären.



Chinesischer Einfluss im Stadtbild von Buenos Aires: Einwanderer aus China bauen in großer Zahl Supermärkte auf. | Quelle: © KAS Argentinien.

Argentinien, das die Volksrepublik China 1972 förmlich anerkannt hat, hat als zweiter lateinamerikanischer Staat eine ordentliche Botschaft in Peking eingerichtet und China seitdem immer wieder Staatsbesuche abgestattet, angefangen mit General Videla zur Zeit der Militärdiktatur und wiederholt bei jedem späteren demokratischen Regierungswechsel.²⁸ Beide Kirchners haben während ihrer Präsidentschaft

27 | „Former Escada Boutique to Become a Chinese Grocery“, InvestBA, 23.11.2012, <https://investba.com/2012/11/escada-buenos-aires-becomes-chinese-grocery> [17.08.2013].

28 | Ex-Botschafter Fernando Petrella, Ministerium für Außenbeziehungen und Kultus, Buenos Aires, persönliches Interview, 18.06.2013.

zur Stärkung der bilateralen Bande Staatsbesuche mit hochkarätiger Besetzung in China unternommen, wobei Néstor offenbar erfolgreicher war als Cristina. Da jener es 2004 bei seinem Besuch mit einer relativ „neuen“ chinesischen Supermacht zu tun hatte, waren für beide Staaten die Früchte von Investitionsangeboten und diplomatischen Übereinkünften damals zahlreich und zum Greifen nah; es folgte die von seiner Regierung geschickt lancierte Anerkennung Chinas als einer „Marktwirtschaft“ innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO), als Hu Jintao im selben Jahr zu einem Gegenbesuch nach Argentinien kam.²⁹

Tabelle 3

Anti-Dumping-Maßnahmen gegen China 2003-2010

Importland	Ermittlungen gesamt	Ermittlungen gegen China	Anteil in Prozent
Kolumbien	50	24	48
Türkei	146	58	40
Argentinien	284	83	29
Venezuela	31	9	29
Mexiko	99	29	29
Peru	69	19	28
EU	421	99	24
USA	443	102	23
Ukraine	32	7	22
Indien	637	142	22
Brasilien	216	44	22

Quelle: Martín Burgos, „Las Medidas Antidumping en la Relación Comercial Sino-Argentina“, *Industrializar Argentina*, 12/2011, 39.

Bei Cristina Kirchners Besuch in Peking 2010 lagen die Dinge komplizierter, da zu dieser Zeit in der argentinischen Industrie bereits die Furcht vor der chinesischen

29 | J. Ignacio Frechero, „Conociendo al Dragón Ascendente: La Política Exterior Argentina Hacia China, 2003-2007“, *La Inserción Internacional de Argentina Durante la Presidencia de Néstor Kirchner*, Sandra Colombo (Hrsg.), UNCPBA und CEIPI, Buenos Aires, 2011, 148-150.

Argentinien bleibt der bedeutendste lateinamerikanische Antragsteller von Dumpingklagen gegen China. Monate vor Kirchners Besuch hatte Peking aus Verärgerung über die argentinische Regierung die Einfuhr von Sojaöl gestoppt.

Konkurrenz umging; die Finanzkrise zwei Jahre zuvor hatte einer Geisteshaltung den Weg geebnet, chinesischen Billigprodukten mit zunehmendem Protektionismus zu begegnen. Nur wenige Tage nach ihrem Besuch in Peking – der zu mehreren Wirtschaftsabkommen, aber wenig mehr führte³⁰ –, wurden Vertreter der argentinischen Industrielobby erfolgreich vorstellig, als es um neue Anti-Dumping-Maßnahmen gegen China ging.³¹ Bezeichnenderweise bleibt Argentinien der bedeutendste lateinamerikanische Antragsteller von Dumpingklagen gegen China.³² Monate vor Kirchners Besuch hatte China aus Verärgerung über die argentinische Regierung die Einfuhr von Sojaöl gestoppt. Der chinesischen Entscheidung lagen wohl zwei Gedanken zugrunde: Der erste und am leichtesten zu verstehende ist, dass der Einfuhrstopp lediglich eine Vergeltungsmaßnahme für protektionistische Maßnahmen seitens der argentinischen Regierung war.³³ Der zweite und weniger bekannt gewordene war die tiefe Besorgnis chinesischer wie argentinischer Wirtschaftsexperten um Arbeitsstellen in der Weiterverarbeitung von Sojaerzeugnissen wie Öl. Die Komplementarität des chinesisch-argentinischen Handels endet da, wo es um die Weiterverarbeitung natürlicher Ressourcen durch Industriezweige geht, die gerade erst aufkeimen (für Soja Huandong in China und Rosario in Argentinien). Die Einfuhr von in Argentinien verarbeiteten Sojabohnenerzeugnissen wird von vielen Mitgliedern des Politbüros als Gefahr für einheimische Arbeitsplätze betrachtet, und der chinesische Einfuhrstopp für Sojabohnenöl aus Argentinien war möglicherweise ein Ergebnis dieser Überlegungen.³⁴ In Wirklichkeit haben wohl beide Faktoren eine Rolle bei dem ein halbes Jahr währenden Einfuhrstopp gespielt. Diese Episode kann als besonders gute Illustration der Spannungen im bilateralen Handel dienen, die von der Rhetorik der vielbeschworenen „Komplementarität“ verdeckt wird – in Argentinien wie auch in China haben

30 | „Mrs. Kirchner leaves China with no announcement on the soy-oil embargo dispute“, MercoPress, 17.07.2010, <http://en.mercopress.com/2010/07/17/mrs.-kirchner-leaves-china-with-no-announcement-on-the-soy-oil-embargo-dispute> [20.08.2013].

31 | Oviedo, Fn. 2, 29.

32 | Petrella, Fn. 28.

33 | Dr. Jorge Malena, Consejo Argentino para las Relaciones Internacionales (CARI), Buenos Aires, persönliches Interview, 01.07.2013.

34 | Oviedo, Fn. 2, 26.

die verarbeitenden und industriellen Sektoren einen hohen Stellenwert, was zu beträchtlichen Belastungen im Handel führt, die sich in Anti-Dumping-Maßnahmen, Einfuhrbeschränkungen usw. äußern.

Um die kurzfristigen Perspektiven zu umreißen, müssen schließlich auch die Gespräche Chinas und des Mercosur über eine Freihandelszone genannt werden. Schlicht gesagt waren solche Ziele niemals realistisch. Es gibt drei Steine des Anstoßes: Erstens ist der Mercosur nahezu handlungsunfähig, weil sich seine beiden mächtigsten Mitglieder, Argentinien und Brasilien, in Fragen der Wirtschaftspolitik zunehmend uneins sind.³⁵ Zweitens betrachtet das derzeit suspendierte Mercosur-Mitglied Paraguay weiterhin Taiwan als „China“ und wird es angesichts der 2008 begonnenen Entspannung zwischen der Volksrepublik und Taiwan auch weiterhin tun.³⁶ Schließlich erscheint wegen des Stellenwerts des einheimischen industriellen Sektors argentinischen (und brasilianischen) Amtsträgern jede Erwägung einer Freihandelszone mit China selbstmörderisch, weil in der Folge noch mehr chinesische Billigprodukte den Markt überschwemmen würden.³⁷ Aus demselben Grund ist sogar eine theoretische Freihandelszone zwischen Argentinien und China unmöglich; die anderen lateinamerikanischen Länder (wie etwa Chile oder Peru), die ein solches Abkommen erreicht haben, verfügen über keinen echten industriellen Sektor und erfüllen daher das Komplementaritätsmodell in höherem Maße, wodurch die Sorge um einen Schaden für die heimische Industrie entfällt.³⁸ Was den Mercosur angeht, so wird er wohl auf absehbare Zeit weiter vor sich hindümpeln, da Brasilien und Argentinien mehr und mehr protektionistisch werden, obgleich eine Freihandelszone zwischen dem Mercosur und der EU eine vage Möglichkeit bleibt.³⁹ Wenn nicht bald eine tiefgreifende Umstrukturierung erfolgt, wird die Organisation des Mercosur nur dem Namen nach fortbestehen – die Initiative liegt nun bei der Pazifischen Allianz, die nun eine Art gemeinsame Vereinbarung oder ein Handelsbündnis mit dem Mercosur ins Auge fassen könnte.⁴⁰

35 | Amann, Fn. 15.

36 | Ebd.

37 | Malena, Fn. 33.

38 | Moneta, Fn. 15.

39 | Amann, Fn. 15.

40 | Moneta, Fn. 15.

LANGFRISTIGE PERSPEKTIVEN

Zur Beschreibung der langfristigen wirtschaftlichen Zukunft Argentiniens (und letztlich ganz Lateinamerikas) angesichts chinesischer Investitionen und des bilateralen Handels wird gemeinhin ein Schlüsselbegriff verwendet: De-Industrialisierung. Damit ist im Falle Chinas und Argentiniens das Ausradieren des industriellen Sektors in Argentinien aufgrund chinesischer Billiganbieter und eine Rückentwicklung der argentinischen zu einer ausschließlich Primärprodukte exportierenden Wirtschaft gemeint (in diesem Fall Sojabohnen und eine geringe Zahl verarbeiteter Sojaerzeugnisse). In den

In den vergangenen Jahren waren annähernd 80 Prozent der lateinamerikanischen Exporte nach China Rohstoffe und Primärprodukte, während 90 Prozent der Einfuhren aus China Industrieprodukte waren.

vergangenen Jahren waren annähernd 80 Prozent der lateinamerikanischen Exporte nach China Rohstoffe und Primärprodukte, während 90 Prozent der Einfuhren aus China Industrieprodukte waren.⁴¹ Bei der Debatte um die De-Industrialisierung gibt es eine Reihe von Variablen, von denen eine hauptsächliche die anhaltende Kaufkraft Chinas und seine Fähigkeit zur Lieferung von Billigwaren ist. Angesichts dieser äußeren Umstände scheint Argentinien für die Zeit nach Kirchner zwei Möglichkeiten zu haben: Es kann die Struktur des Handels in der jetzigen Form beibehalten, was weitere Zufallsgewinne für die Sojabohnenbranche bei gleichzeitigem weiteren Verfall der heimischen Industrie bedeuten würde. Maßnahmen gegen Preisdumping können das Unvermeidliche hinauszögern, aber nicht abwenden. Die andere Möglichkeit, die sicherlich schwieriger umzusetzen ist, wäre es, die wirtschaftliche Herausforderung durch China anzunehmen, das Spektrum der Agrarexporte zu erweitern und die Ausfuhren wie auch ausländische Direktinvestitionen auf eine bilaterale Agenda zu setzen, mit dem Ziel, bedeutsame chinesische Investitionen in anfällige Wirtschaftszweige und Gemeinschaften zu erreichen.⁴²

41 | Gaston Fornes und Alan Butt-Philip, „Chinese Companies’ Outward Internationalization to Emerging Countries: The Case of Latin America“, *Chinese Business Review*, 07/2009, Bd. 8, Nr. 7, 17.

42 | Ablin, Fn. 18, 20; Ex-Botschafter Diego Guelar, Ministerium für Außenbeziehungen und Kultus, Buenos Aires, persönliches Interview, 25.06.2013; Julio Sevaes, „El Ascenso de China“, *Nueva Sociedad*, 09-10/2011, Bd. 235, 48-49; Amann, Fn. 15.

Ähnlich wie Chile es handhabt, müssten sich Investoren dann zu einem sozial verantwortlichen Wirtschaften gegenüber der einheimischen Gesellschaft verpflichten (öffentliches Gesundheitswesen, Infrastruktur, Umweltschutz usw.), um zumindest bevorzugten Zugang zu natürlichen Ressourcen in Argentinien zu erhalten.⁴³ Bislang scheint genau das Gegenteil der Fall zu sein, da das Versiegen von Kapitalflüssen Argentinien dazu gebracht hat, China weitreichende Zugeständnisse zu machen, so dass Erwägungen sozialer Verantwortung für die wenigen Projekte, die überhaupt irgendwelche Früchte getragen haben, nahezu keine Rolle spielten.⁴⁴ Während Chiles monopolartige Stellung in der Versorgung der Welt mit Kupfer dem Land eine starke Position bei Verhandlungen über Investitionen und Fragen des Handels verschafft hat, zeigte der Streit um das Sojabohnenöl von 2010, dass auch Argentinien Pfunde hat, mit denen es wuchern kann: China hat nur die Einfuhr von raffiniertem Öl gestoppt, aber zu keinem Zeitpunkt die von Sojabohnen. Argentinien hat China sogar dazu gebracht, dem Export genetisch modifizierter Sojakeimlinge zuzustimmen, was ein Zeichen für die hohe Nachfrage in China ist.⁴⁵ Wenn man die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Argentinien als temporäre und den Wettbewerbsvorteil in Sachen Sojabohnen als langfristige Angelegenheit sieht, könnte hieraus eine nachhaltigere Umwelt- und Handelspolitik erwachsen.

43 | Amann, Fn. 15; Johanna Robles, „The FDI and the Regional Development in Chile“, University of Illinois, Dissertation, 2010, https://ideals.illinois.edu/bitstream/handle/2142/16790/4_Robles_Johanna.pdf [18.08.2013]; Paz Verónica Mile, „Corporate Social Responsibility in the Large Mining Sector in Chile: Case Studies of Los Pelambres and Los Bronces“, Corporate Social Responsibility in Latin America, United Nations Conference on Trade and Development, 2010.

44 | Daniel Argemi und Javier Luchetti, „Algunas Cuestiones sobre las inversiones chinas en la Argentina“, VI Congreso de Relaciones Internacionales, 21.-23.11.2012, 10-11; „Programa de Vigilancia Social para las Empresas Transnacionales: La Inversión China en Argentina“, Foro Ciudadano de Participación por la Justicia y los Derechos Humano, Buenos Aires, 2008; Ablin, Fn. 18, 50/56/71-73.

45 | „China import deal boosts Argentina’s genetically modified crops“, United Press International, 11.06.2013, http://upi.com/Business_News/Energy-Resources/2013/06/11/UPI-83431370981488 [19.08.2013].

Was die Dinge verkompliziert, ist wiederum ein historischer Umstand ähnlich dem wahrgenommenen „Peripherie“-Status, der China und Argentinien zusammengeführt hat, obwohl es zwischen ihnen kaum geschichtliche Bande gibt. Beobachter sprechen von einer *Re-Primarisierung* der argentinischen Wirtschaft, weil das Land um die Wende zum 20. Jahrhundert eines der wohlhabendsten der Welt war, und zwar wegen der Komplementarität in seinem Handel mit Großbritannien.⁴⁶ So wie heute China

Britische Investitionen in die Infrastruktur haben das argentinische Verkehrswesen stark vorangebracht. Der Beweis, dass auch China das kann, steht noch aus.

importierte Großbritannien Primärprodukte aus Argentinien und lieferte im Gegenzug Industriegüter. Für viele stellt diese Zeit eine Art *Belle Époque* in der argentinischen Geschichte dar. Dabei werden aber zwei Details übersehen, die den damaligen Handel mit Großbritannien von demjenigen, der heute mit China stattfindet, stark unterscheiden. Das erste ist, dass es zu Zeiten der ersten Primarisierung Argentinien keinen industriellen Sektor gab, den man hätte schützen müssen; die Komplementarität war echt, und daher waren der britische Handel und britische Investitionen keine Bedrohung für die argentinische Industrie, wie es die Handelsflüsse mit China heute sind. Das zweite Detail ist, dass die britischen Realinvestitionen in die Infrastruktur Argentinien – wenn auch nicht uneigennützig – das heimische Verkehrswesen, insbesondere den Eisenbahnbau, stark vorangebracht haben. Der Beweis, dass auch China das kann, steht noch aus, und tatsächlich dienen viele der getätigten Investitionen lediglich den eigenen Rohstoffinteressen. Solange Investitionen auf dieser Basis getätigt werden, wird Argentinien davon kaum profitieren.

Den Mutmaßungen um die De-Industrialisierung wäre noch ein Punkt hinzuzufügen: der des chinesischen Wirtschaftswachstums und der Lohnkosten. Obwohl China wirtschaftlich weiter wächst, hat es nach wie vor ein niedrigeres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als Argentinien, und sein Wohlstand ist geografisch stark auf die Finanzzentren an der Küste und auf Sonderwirtschaftszonen beschränkt.⁴⁷ Die jüngste Abschwächung der chinesischen Konjunktur bei gleichzeitiger Angst vor einer anhaltenden Schuldenkrise haben Zweifel daran genährt, dass die chinesische Nachfrage die Volkswirtschaften von Handelspartnern wie

46 | Hongbo, Fn. 3, 132.

47 | Oviedo, Fn. 2, 11-12.

Argentinien stützen kann. Die Höhe der Forderungsausfälle bei den chinesischen „Schattenbanken“ könnte zu einer ähnlichen Krise wie 2008 führen (niemand kennt das Ausmaß der Schulden, die bislang gut versteckt bzw. verschwiegen wurden).⁴⁸ Argentinien ist zwar finanziell nicht so von China abhängig wie die Amerikaner durch die Verschuldung bei chinesischen Gläubigern, aber ein starker Rückgang chinesischer Importe von Sojabohnen und Sojaerzeugnissen aus Argentinien wäre zweifellos ein schwerer Schlag für die argentinische Volkswirtschaft.⁴⁹ Um die Nachfragerlücke auszugleichen, könnte sich Argentinien zwar anderen Partnern zuwenden – der größte davon Indien –, aber auch sie könnten die Verluste im Handel nicht gänzlich ausgleichen.⁵⁰

Die finanziellen Möglichkeiten Chinas zur Aufrechterhaltung des derzeitigen Importniveaus sind also zweifelhaft, und wenn im kommenden Jahr Details der chinesischen Schuldenkrise und der Restrukturierung des chinesischen Finanzsektors ans Licht kommen, werden die Erwartungen entsprechend korrigiert. Bis dahin kann man nur abwarten. Zudem ist China mittlerweile Opfer seines eigenen wirtschaftlichen Erfolges geworden, da sich die Lohnkosten einer wohlhabenderen und höhere Forderungen stellenden Arbeitnehmerschaft bemerkbar machen.⁵¹ Arbeitsplätze in der Fertigung wandern allmählich in südostasiatische Länder wie Kambodscha und Vietnam ab, die gegenüber China einen Wettbewerbsvorteil in puncto Lohnkosten haben. Dass China in der Lage ist, seine Billigexporte von Fertigwaren nach Argentinien aufrechtzuerhalten (und damit die argentinische Industrie zu bedrängen und eine De-Industrialisierung einzuleiten), ist daher nicht ganz sicher. Das ist gewiss keine Frage weniger Jahre, aber ein proportioneller Rückgang der chinesischen Industrieproduktion über die nächsten

Ein Rückgang der chinesischen Industrieproduktion über die nächsten rund zwei Jahrzehnte liegt im Bereich des Möglichen, vor allem wenn Argentinien weiterhin Klagen wegen Dumpings einreicht.

48 | Frank Langfitt, „China’s ‚Shadow Banking‘ And How It Threatens The Economy“, NPR, 28.06.2013, <http://npr.org/blogs/parallels/2013/06/28/196617073> [19.08.2013]; Keith Bradsher, „Easy Credit Dries Up, Choking Growth in China“, *The New York Times*, 15.08.2013, <http://nytimes.com/2013/08/16/business/global/easy-credit-dries-up-crippling-chinese-cities.html> [19.08.2013]; Moneta, Fn. 15.

49 | Nielsen, Fn. 15.

50 | Paz, Fn. 26, 23.

51 | Amann, Fn. 15.

rund zwei Jahrzehnte liegt im Bereich des Möglichen, vor allem wenn Argentinien weiterhin Klagen wegen Dumpings einreicht und andere Maßnahmen zum Schutz seiner Industrie ergreift. Ein gewisser Grad einer von China ausgehenden De-Industrialisierung vollzieht sich bereits sowohl in Brasilien als auch in Argentinien,⁵² aber wie weit dieser Prozess geht, sollte kritisch untersucht werden.

FALLSTUDIE: DIE MINEN VON SIERRA GRANDE

Unter den chinesischen Investitionsprojekten in Argentinien ist das in Sierra Grande eines der interessantesten. China als größter Stahlerzeuger und -verbraucher der Welt ist zur Aufrechterhaltung dieser Position auf Eisenimporte angewiesen.⁵³ Die Stadt Sierra Grande in der Provinz Río Negro bot nahezu ideale Voraussetzungen für ein chinesisches Investment, da ihre Eisenminen Anfang der 1990er Jahre von der Regierung Menem wegen mangelnder Rentabilität geschlossen worden waren. Die Folge war ein wirtschaftlicher Niedergang der Stadt, der unaufhaltsam schien, bis A Grade Trading – eine in den Vereinigten Staaten registrierte Gesellschaft und Tochter des in Schanghai ansässigen Unternehmens Leng Cheng Mining – die Mine 2005 im Rahmen einer für 20 Jahre geltenden Konzession für etwa sechs Millionen US-Dollar von der Provinzregierung erwarb, nachdem ihr weitgehende Rechte auf Vorschläge zur Nutzung eingeräumt worden waren und sogleich zusätzliche Investitionen in Höhe von 20 Millionen US-Dollar geplant waren.⁵⁴ In der Folge wurde daraus ein Gemeinschaftsunternehmen mit der China Metallurgical Group Corporation (MCC), in dem der MCC 70 Prozent der Anteile gehörten; A Grade Trading, mit 30 Prozent Anteilen, änderte seinen Namen in Minera Sierra Grande. Teil der Konzession war die exklusive Nutzung der Hafenanlagen von Punta Colorada für Ausfuhren nach China, von denen seit der ersten Verschiffung 2010 einige stattgefunden haben.⁵⁵ Zu den Minen gehört ein insgesamt 96 Kilometer langes Tunnelsystem mit instandgesetzten Anlagen zur Verarbeitung und einer 32 Kilometer

52 | Moneta, Fn. 15.

53 | Simonit, Fn. 21, 152.

54 | López und Ramos, Fn. 20, 139.

55 | Soledad Maradona, „La difícil experiencia china en la mina de Sierra Grande“, *La Nación*, 21.03.2010, <http://lanacion.com.ar/1245513> [19.08.2013].

langen Transportstrecke zu den Hafenanlagen.⁵⁶ Ein prognostiziertes Gesamtvolumen von 120 Millionen US-Dollar wurde veranschlagt, um die Mine auf ihre volle Kapazität zu bringen (2,8 Millionen Tonnen Eisenerz und 1,2 Millionen Tonnen aufbereitetes Eisenerz in zwei bis drei Jahren), von denen 80 Millionen bereits investiert worden sind.⁵⁷ Die derzeitige Produktion wird auf 1,5 Millionen Tonnen Eisenerz pro Jahr geschätzt und die Gesamtvorräte der Mine an Eisen auf gesicherte 200 Millionen Tonnen plus angenommenen weiteren 200 Millionen, was sie zu einer der größten Eisenminen Lateinamerikas macht.⁵⁸

Die Probleme, denen sich dieses chinesische Investitionsprojekt gegenüber sah, waren teils absehbar, teils unvorhergesehen. Zu den ersteren gehört, dass Sierra Grande enorm hohe Wassermengen zur Aufrechterhaltung seines Produktionsniveaus benötigt. 2012 waren über 600.000 Tonnen Eisen exportiert worden,⁵⁹ in den Augen der chinesischen Betreiber noch keine ausreichende Zahl. Dass die gewünschten Werte noch nicht erreicht wurden, liegt auch daran, dass nach dem Plan der Investoren zur Erzeugung von einer Million Tonnen in den Anlagen zur Verarbeitung 35 Liter Wasser pro Sekunde benötigt werden.⁶⁰ Der Hauptwasserversorger von Sierra Grande war bislang außerstande, diese Menge zur Verfügung zu stellen, obwohl eine Kapazitätssteigerung vorgesehen ist. Zudem kam es aufgrund niedriger Löhne und schlechter Arbeitsbedingungen zu einer Reihe öffentlichkeitswirksamer Streiks und Beschwerden seitens der Arbeiter.⁶¹ Nach Verhandlungen der Gewerkschaften und dem Eingreifen der Regierung beruhigten sich die Proteste, aber die Unzufriedenheit der Arbeiter hat für den Produktionszeitplan bislang eine äußerst negative Rolle gespielt.

Aufgrund niedriger Löhne und schlechter Arbeitsbedingungen kam es zu Streiks. Nach Verhandlungen der Gewerkschaften und dem Eingreifen der Regierung beruhigten sich die Proteste.

In letzter Zeit ist nun die Rede von einem völligen Rückzug von MCC/Minera Sierra Grande, da die Zentralregierung kürzlich verlangte, dass das Unternehmen bei Verladung

56 | Ebd.

57 | Ebd.; Ablin, Fn. 18, 50.

58 | Ablin, Fn. 18, 49; López und Ramos, Fn. 20, 139.

59 | „Minera Sierra Grande prepara segundo embarque de hierro a China“, *Rio Negro*, 26.02.2013, <http://rionegro.com.ar/diario/minera-1078753-9701-nota.aspx> [19.08.2013].

60 | Maradona, Fn. 55.

61 | „La Inversión China en Argentina“, Fn. 44, 11.

und Ausfuhr des Eisens nur mit dem staatseigenen Hafenbetreiber Maruba zusammenarbeiten dürfe.⁶² Die Transportkosten erhöhten sich für das Unternehmen dadurch um 30 Prozent, und die chinesischen Investoren drohen nun damit, sich zurückzuziehen, da das Geschäft unrentabel werde. Genannt wurden zudem staatliche Beschränkungen von Kapitalimporten (vor allem US-Dollar), sinkende Nachfrage nach Stahl sowie eine Verzögerung einer erwarteten Rückzahlung von 70 Millionen US-Dollar entrichteter Mehrwertsteuer.⁶³ Wie so oft sprang die Provinzregierung Sierra Grande bei und unterstützte sogar Gespräche zwischen dem Unternehmen, dem für Bergbau zuständigen Minister und dem chinesischen Botschafter in Buenos Aires.⁶⁴ Die im Mai 2013 geführten Gespräche brachten kein Ergebnis, aber die Mine arbeitet weiter.

Der niedrige Preis für den Erwerb der Konzession zum Erzbergbau in Sierra Grande hat einige verstört. Es gab Diskussionen um eine mögliche Bestechung.

Weniger bekannt sind vielleicht Vorbehalte hinsichtlich der Langzeitstrategie der chinesischen Investoren in Sierra Grande und der Zusammensetzung und den Lebensbedingungen ihrer Arbeitnehmerschaft. Besonders verstört haben einige der niedrige Preis und die als solche empfundene Vorzugsbehandlung, die A Grade Trading den Erwerb der Konzession von der Provinzregierung von Río Negro ermöglichte. Es gab Diskussionen um eine mögliche Bestechung, wofür indes Beweise fehlen.⁶⁵ Zudem wurde mittlerweile festgestellt, dass die Qualität des Eisens aus der Mine aufgrund der Verunreinigung mit Phosphor als sehr gering eingestuft werden muss, und den Investoren fällt es schwer, außerhalb Chinas Käufer dafür zu finden.⁶⁶ MCC und Minera Sierra Grande scheinen nicht gewillt zu sein, die zur Verbesserung des Raffinierungsprozesses erforderliche

62 | Nicolás Gandini, „Mayoral y Pichetto negocian contrarreloj con china MCC para evitar cierre de la mina Sierra Grande“, *El Inversor*, 22.05.2013, <http://elinversoronline.com/?p=2981> [19.08.2013].

63 | Claudio Andrade, „Otra minera amenaza con dejar sus negocios en la Argentina“, *Clarín*, 03.05.2013, http://ieco.clarin.com/empresas/_0_912508822.html [19.08.2013].

64 | „El Gobernador Weretilneck Trato el Tema de la Minera“, *El Cordillerano*, 15.05.2013, <http://elcordillerano.com.ar/index.php/politica/item/935> [19.08.2013].

65 | Liwei Fu, Präsident der Argentine Falun Dafa Association, Buenos Aires, persönliches Interview, 02.07.2013.

66 | „Sierra Grande Sigue Siendo un Albur“, *Urgente24*, 19.08.2012, <http://urgente24.com/203564-sierra-grande-sigue-siendo-un-albur> [19.08.2013].

Summe zu investieren, was vielfach zu Spekulationen geführt hat, dass China sich entweder mit minderwertigem Eisen für die Stahlproduktion zufrieden gibt oder dass die Eisenproduktion nur ein Deckmantel ist. Ebenso ist es jedoch möglich, dass Sierra Grande einfach nur eine Fehlinvestition Chinas war. Indessen bilden die chinesischen Arbeiter selbst einen Stein des Anstoßes, da chinesische Unternehmen im Zuge ihres Investitionsmodells gemeinhin nicht nur das Management, sondern auch die Arbeiterschaft aus China mitbringen. Bei Investitionsprojekten in Afrika etwa zeigte eine Studie zu allen größeren chinesischen Gemeinschaftsunternehmen auf, dass 91 Prozent der Manager sowie 48 Prozent der Arbeiter direkt aus China kamen.⁶⁷ Teil der Konzession für Sierra Grande war ein Einwanderungsabkommen mit Regierungsbeamten, nach dem etwa ein Drittel der rund 400 Arbeiter in Sierra Grande chinesischer Herkunft sind⁶⁸ – die Zahlen unterscheiden sich je nach Bericht, da in Sierra Grande die chinesischen Arbeiter im Halbjahresturnus ausgetauscht werden.⁶⁹ Viele vertreten die These, dies geschehe deshalb, weil diese Arbeiter (bei denen oft vermutet wird, viele seien kaum mehr als Zwangsverpflichtete oder sogar politische Gefangene) sich nicht an den westlichen Lebensstil, einschließlich Demokratie und gewisser politischer Freiheiten, gewöhnen sollten.⁷⁰ Die chinesischen Arbeiter leben in der Tat in einer eigens für sie errichteten Siedlung und haben wenig bis gar keinen Kontakt zu den Einheimischen; die meisten sprechen nicht einmal Spanisch.⁷¹ Diese Abschottung und die Trennung von der einheimischen Bevölkerung hat viele zu der Überzeugung geführt, in den Minen seien Verletzungen der Menschenrechte – insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen – an der Tagesordnung, und argentinische Arbeiter haben sich aufgrund eigener Erfahrungen bereits beschwert.⁷² Bislang gibt es keine Hinweise aus erster Hand auf solche Verstöße, man

In Sierra Grande werden die chinesischen Arbeiter im Halbjahresturnus ausgetauscht, möglicherweise damit diese Arbeiter sich nicht an den westlichen Lebensstil, gewöhnen.

67 | Ray Levitt, „Chinese Contractors in Africa: A Survey: Insights from a Survey“, Collaboratory for Research on Global Projects, 2006, http://crgp.stanford.edu/events/presentations/gcr3/Levitt_GCR3.ppt [21.08.2013].

68 | Ablin, Fn. 18, 50.

69 | Maradona, Fn. 55.

70 | Liwei Fu, Fn. 65.

71 | Maradona, Fn. 55.

72 | Fu, Fn. 65; „La Inversión China en Argentina“, Fn. 43, 11-12.

wäre jedoch angesichts der in China selbst im Bergbau herrschenden Bedingungen nicht überrascht, wenn es sie gäbe.⁷³

Solange in Sierra Grande die Produktion weitergeht, steht diese Geschichte exemplarisch für chinesische Direktinvestitionen: Vielversprechende Investitionen wurden von Drohgebärden begleitet, natürliche Ressourcen sollen für wenig Geld erschlossen werden, die chinesische Arbeitnehmerschaft ist deutlich sichtbar, wird aber von den Einheimischen ferngehalten, und zwischen der argentinischen Zentral- und der Provinzregierung fehlt es an Koordination. Unternehmen wie das in Sierra Grande sind eher die Ausnahme als die Regel, da chinesische Investitionen in Argentinien bislang am ehesten ein Wechsel auf die Zukunft waren. Wie weit solche Projekte gedeihen, hängt vom wachsenden öffentlichen Bewusstsein der Bedingungen ab, die den Vereinbarungen über ausländische Direktinvestitionen und ihrer Umsetzung zugrunde liegen, und davon, ob die verschiedenen Ebenen des argentinischen Staates endlich zu einem gemeinsamen Kurs in dieser oder jener Richtung finden.

FAZIT

Viele Argentinier hinterfragen die Entfremdung von traditionellen Verbündeten, Ökonomen werden von der Menge chinesischer Billigprodukte aufgerüttelt. Die Fähigkeit Chinas zur Aufrechterhaltung der derzeitigen Handelsströme erscheint fraglich.

Obwohl die diplomatische und wirtschaftliche „Bedrohung“ – wenn man es so ausdrücken will – durch China durchaus real ist, wenn man die Folgen für den industriellen Sektor Argentiniens betrachtet, wird deren Gesamtauswirkung übertrieben. Viele Argentinier hinterfragen die Entfremdung von traditionellen Verbündeten, Ökonomen werden von der Menge chinesischer Billigprodukte im Lande aufgerüttelt, und die Fähigkeit Chinas zur Aufrechterhaltung der derzeitigen Handelsströme erscheint fraglich. Am Ende bleibt die Tatsache, dass es von chinesischer Seite keine Investitionen in die argentinische Volkswirtschaft in dem Maße gegeben hat, wie sie aus den Vereinigten Staaten oder der EU kamen.⁷⁴ Das Fehlen kultureller Gemeinsamkeiten und Bedenken hinsichtlich der Menschenrechte waren

73 | Moneta, Fn. 15; Sevares, Fn. 10.

74 | Dr. Edmund Amann, „Lecture 9: Foreign Direct Investment and Its Consequences“, Johns Hopkins-SAIS, Bologna, 2013.

in der Vergangenheit ebenso ein Hemmschuh für chinesisch-argentinische Geschäftsbeziehungen⁷⁵ wie die Sorge um eine Schädigung der Umwelt. In ganz Lateinamerika gibt es zahlreiche Beispiele für chinesische oder andere multinationale Projekte, die entweder völlig gescheitert sind (Peru) oder die strengen Vorschriften zur Vereinbarkeit mit den Grundsätzen sozialer Verantwortung unterworfen wurden (Chile).⁷⁶ Es wäre demnach vielleicht angebracht, von „Semi-Industrialisierung“ anstatt von „De-Industrialisierung“ zu sprechen. Dass es eine Hinwendung zur Sojabohnenproduktion gegeben hat, steht außer Frage, aber der industrielle Sektor Argentiniens bleibt eine einflussreiche Kraft, und seine Vorbehalte haben bereits jeder Idee einer Freihandelszone zwischen China und dem Mercosur oder auch nur zwischen China und Argentinien den Garaus gemacht. China scheint seinerseits wenig geneigt zu sein, sich mit einer so unberechenbaren Zentralregierung, einem schwerfälligen Arbeitsrecht und einer zunehmend umweltbewussten Bevölkerung einzulassen.⁷⁷ In den kommenden schweren Jahren muss es auch seine eigenen Finanzen im Auge behalten.

Es bleibt überdies festzuhalten, dass Argentinien nicht Afrika ist. Es hat ein wesentlich höheres Niveau in puncto Arbeitnehmerschutz, Umweltschutz und staatlicher Auflagen für ausländische Gesellschaften bei der Nutzung von Ländereien zur Erschließung natürlicher Ressourcen.⁷⁸ Sicherlich ist Argentinien unter den lateinamerikanischen Ländern kein Musterknabe, wenn es um die Sicherung der eigenen natürlichen Ressourcen geht, aber das kann auch ein vorübergehender Effekt zeitweiliger finanzieller Nöte und einer reaktiv agierenden Zentralregierung sein. Dass die argentinische Öffentlichkeit im Allgemeinen keine echte Kenntnis oder Meinung hinsichtlich der chinesischen Präsenz in der Volkswirtschaft hat – jenseits der vorher erwähnten Supermärkte –, trägt sicherlich nicht dazu bei, die Dinge klarer zu sehen. Die Beziehungen zwischen China und Argentinien bleiben ein Randthema für Politiker und

Argentinien hat ein wesentlich höheres Niveau in puncto Arbeitnehmerschutz, Umweltschutz und staatlicher Auflagen bei der Erschließung natürlicher Ressourcen als afrikanische Länder.

75 | Sergio Cesarín, „China: Una Mirada Estratégica desde la Perspectiva Argentina“, Seminar: La Relación entre Argentina y China – Presente y Futuro, 12.10.2010, 6.

76 | Sevares, Fn. 10; Amann, Fn. 15.

77 | Sevares, Fn. 10.

78 | Amann, Fn. 15.

Akademiker.⁷⁹ Da viele seiner Nachbarn Wege im Umgang mit dem China Handel und chinesischen Investitionen gefunden haben, steht jedenfalls auch Argentinien eine Auswahl solcher Wege zu Gebote, die für künftige Regierungen gangbar sind. Die derzeitige Regierung ist offenbar zu schwerfällig, sich für einen dieser Wege zu entscheiden, aber die nach Kirchner Kommenden täten gut daran, China als das zu sehen, was es ist: eine neue Wirtschaftsmacht, deren oberstes Ziel es ist, eine anhaltende Entwicklung zu gewährleisten. China hat wenig Interesse, als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten aufzutreten, was bedeuten würde, sich unnötigerweise mit der größten Wirtschafts- und Militärmacht der Welt anzulegen, zumal die Macht des Politbüros davon abhängt, inwieweit es die Versorgung seines Volkes mit Nahrungsmitteln, Energie und Basisdienstleistungen sowie wirtschaftliches Wachstum sichern kann.⁸⁰

Die argentinische Hoffnung auf einen neuen Partner anstelle der USA und die Wiederkehr eines Goldenen Zeitalters ist bestenfalls Wunschdenken, und China nahezu unbeschränkter Zugang zu natürlichen Ressourcen zu gewähren und endlos Soja zu exportieren würde zu einer ganz anderen Art der Primarisierung als früher führen.⁸¹ Je eher daher Argentinien die Stärke seiner eigenen Position erkennt, desto eher können die chinesisch-argentinischen Handelsbeziehungen eine Qualität gewinnen, die beiden zum Vorteil gereicht und die beide suchen. Für Argentinien würde das im Idealfall ein stärker diversifiziertes Spektrum an Exportgütern aus dem Agrarbereich bedeuten sowie einen industriellen und einen Dienstleistungssektor mit höherem Investitionsniveau und stärkerer Wettbewerbsfähigkeit. Man möchte annehmen, dass dieses Szenario durchaus wahrscheinlich ist; aber die Frage stellt sich, wann genau es soweit ist und wie viel Schaden in Umwelt und Wirtschaft bis dahin angerichtet sein wird.

79 | Moneta, Fn. 15; Nielsen, Fn. 15.

80 | Carlos Escudé, „China y la Inserción Internacional de Argentina“, CONICET, 2011, 10; Cesarín, Fn. 75, 7; Li, Fn. 9, 854-858.

81 | Cesarín, Fn. 75; Paz, Fn. 26, 27-28.

10 | 13



Konrad
Adenauer
Stiftung